M 3477 F

# blätter des iz3w

**informationszentrum dritte welt - iz3w**






Nr. 115 Februar 1984 DM 5,00

# impressum blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 40 03. Bürozeiten: Mo. - Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Florence Buchmann, Georg Cremer, Christian Dierstein, Benedikt Fehr, Wolf-Matthias Gall, Walter Hättig, Andrea Hassur, Uli Kieser, Werner Kobe, Claudia Koenig, Volker Krempin, Michael Krischer, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Matthias Rommel, Peter Schmidt, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Satz: Composer-Satz-Service, Bonn, Telefon: 0228/282619
Druck: SOAK Hannover, Tel. 0511/17618

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Vertriebs GmbH, Postfach 1165, Lollar, Telefon: 06406/5127





Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 40, (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).

Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
Luftpostabonnements:
Europa: 52,- (bzw. 42,-)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76, (bzw. 66, )

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-//ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

**Redaktionsschluß für Nr. 116**
Dienstag, den 28. Februar 1984

**Anzeigenschluß für Nr. 116**
Mittwoch, den 7. März 1984


*Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.*

# NACHRICHTEN UND BERICHTE



## Tunesien

# Eine Atempause für Bourguiba

**Eines der beständigsten und politisch angeblich stabilsten Regime des arabischen Raumes erlebte während der ersten Januarwochen einen Schock: anläßlich einer Preiserhöhung für Weizen und für die daraus hergestellten Produkte – allen voran dem Nationalgericht Kuskus, Brot und Teigwaren – flammten überall im Lande Unruhen auf. Der Staat, der gerade wieder einmal mit einer „Demokratisierung" experimentierte, griff zu ganz undemokratischen Mitteln: Polizei, Nationalgarde und Militär schossen vereint in die demonstrierende Menge. Das traurige Resultat: mindestens 143 Tote in einer Woche, davon allein 45 in der Hauptstadt, sowie Hunderte von Verletzten und über tausend Festnahmen. Der Großteil der Verhaftungen hatte ganz offensichtlich einen politischen Hintergrund.**
**Die brisante Situation entspannen konnte nur der greise, auf Lebenszeit gewählte Präsident Habib Bourguiba. Er mußte einsehen, daß die unpopulären Preiserhöhungen bei der Bevölkerung nicht durchzusetzen waren. Die Preise wurden wieder zurückgenommen, und Bourguiba schickte die Regierung in Klausur. Innerhalb von drei Monaten soll sie jetzt ein neues Budget ausarbeiten, das nun ohne erhöhte Lebensmittelpreise finanziert werden muß.**
**Gegenwärtig ist die Situation jedoch entschärft, aber noch längst nicht bereinigt. Die wiederhergestellte Ruhe kann leicht zur Grabesruhe werden. Denn Bourguibas Zurücknahme der Preiserhöhungen verschafft der Regierung nicht mehr als einen Zeitgewinn – die wirtschaftlichen und politischen Probleme des Landes bleiben weiterhin ungelöst. Die Ereignisse im Januar zeigen zudem, daß in der Führungsschicht des Landes bereits die Auseinandersetzung um die Nachfolge des nun schon 81-jährigen, kränkelnden Bourguiba begonnen hat.**

**Chronologie der Ereignisse**

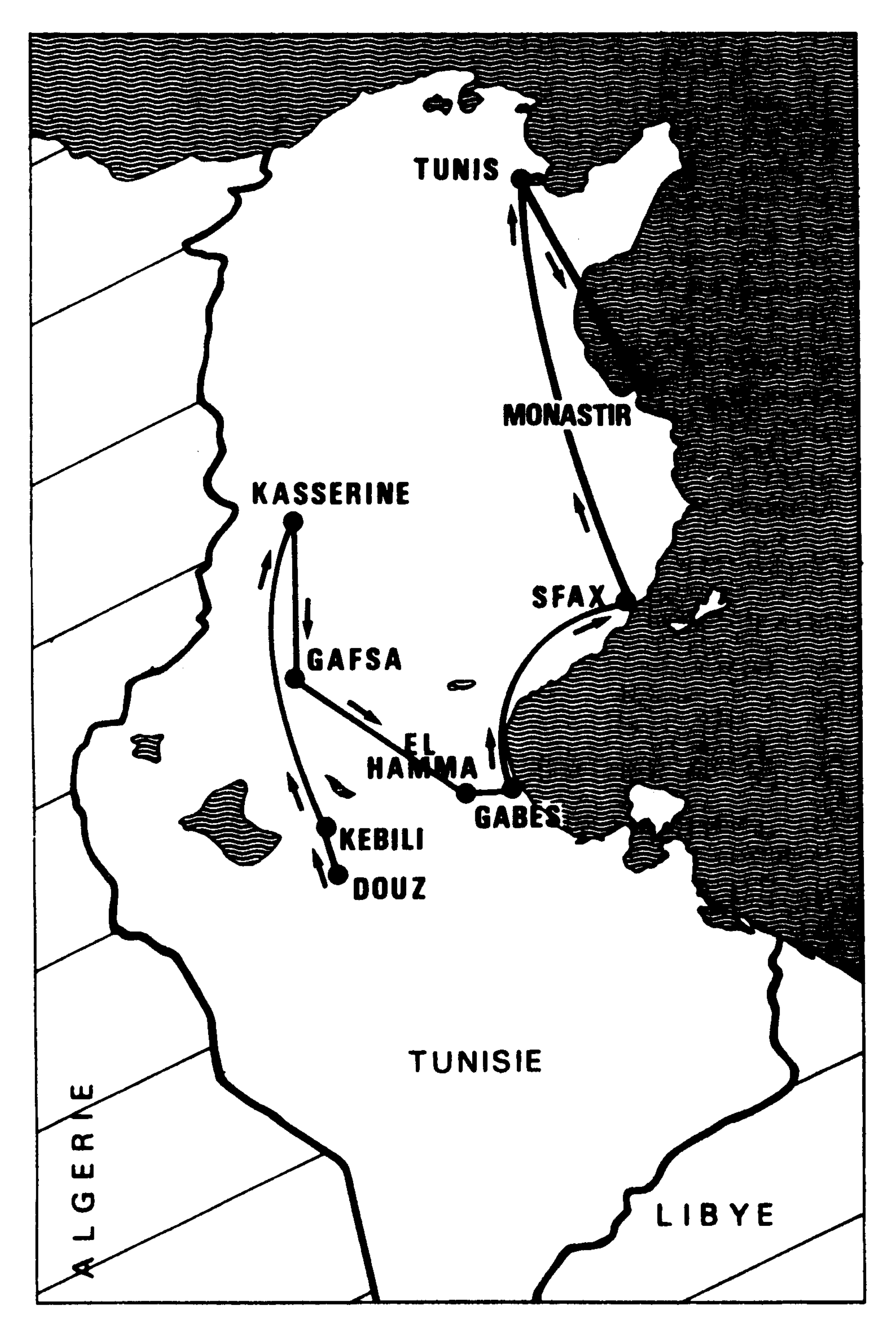
Die ersten Unruhen brechen am 29. Dezember im Süden des Landes in den Oasen Kebili, Douz, Thala und El Hamma aus. Sie waren spontan, unorganisiert und für die Staatsmacht völlig überraschend.
Geschäfte werden gestürmt, vor öffentlichen Gebäuden wird protestiert. Polizei und Nationalgarde müssen das Militär um Unterstützung anfordern. Schnell breiten sich die Unruhen nach Norden aus. In Kasserine – eine Stadt in der nur wenig entwickelten Bergregion im Westen zur algerischen Grenze hin – greift das Militär ein: Trauriges Ergebnis sind acht Todesopfer. Tags darauf in der Minenstadt Gafsa (Phospatgewinnung), immer noch rund 350 km von der Hauptstadt Tunis entfernt, werden eine Bank, ein Hotel und Verwaltungsgebäude überfallen. Die Menschen verlangen nach Brot und wieder sorgt das Militär für eine deprimierende Bilanz. In Gabes, der wichtigsten Industriestadt des Südens, wird die Statue des Präsidenten vom Sockel gestürzt. Über Sfax – mindestens 15 Todesopfer – erreichen die Unruhen schließlich am Dienstag, den 3. Januar die Hauptstadt Tunis.

„Arbeitslose, Müßiggänger und feindliche Elemente" – so werden von offizieller Seite die Menschen in den Straßen bezeichnet. Schaufenster werden eingeworfen, Geschäfte werden geplündert, Autos und Busse brennen, Straßen sind verbarrikadiert. Das öffentliche Leben der Stadt steht still.



*Tunis im Januar 1983*

Nur Bizerte im Norden, Mahdia im Osten und die nördliche fruchtbare Halbinsel Cap Bon mit seiner Hauptstadt Nabeul blieben ruhig.
Der Zorn, den die Brotpreiserhöhung auslöste, entlud sich meist an den




*Der Verlauf der Unruhen von Süd nach Nord*

Symbolen der Staatsmacht: Parteibüros, Verwaltungsgebäude, aber auch Symbole des Reichstums (Autos) und der wirtschaftlichen Macht (Banken) gingen in Flammen auf. Selbst auf Fabriken wurden Anschläge verübt, so beispielsweise auf eine Leder- und Tuchfabrik, die ausschließlich für den Export produziert. In Sfax brannte ein großes Kaufhaus aus, das einem Schuhfabrikanten gehörte, der kurz zuvor 400 Arbeitskräfte auf die Straße setzte. In Tunis war das Magasin General – ein Supermarkt im europäischen Stil – Ziel von Anschlägen und Plünderungen. Die entstandenen Schäden werden auf über 100 Mio. tunesische Dinar (400 Mio. DM) beziffert.

Begonnen hat alles bereits im Oktober 1983: per Regierungsbeschluß vom Oktober 1983 sollte der Preis von Weizen und Weizenprodukten zwischen 70 Prozent und 110 Prozent heraufgesetzt werden.

Der Versuch des tunesischen Staates, für die bisher subventionierten Grundnahrungsmittel „Marktpreise" einzuführen, mußte Probleme mit sich bringen. Denn Brot, Teigwaren und das Nationalgericht Kuskus (Weizen und Gerste) sind die wichtigsten – wenn auch nicht die einzigen – Nahrungsmittel für den Großteil der Bevölkerung. Gemüse und Fleisch mit ihrem nahezu europäischen Preisniveau sind für die meisten unerschwinglich geworden. Die Regierung versuchte in der Öffentlichkeit, das Ausmaß der Preiserhöhung herunterzuspielen: bei einem Tagesverbrauch von 500 gr Weizen pro Person steige der relative Anteil dieser Ausgaben an dem staatlich festgelegten Mindestlohn lediglich von 5 auf 8 Prozent. Bei dieser Rechnung bleiben allerdings die Arbeitslosen – mindestens 15 % – sowie die vielen Unterbeschäftigten (Saisonarbeiter) und die Klein- und Kleinsthändler (Schuhputzer etc.) völlig unberücksichtigt. Viele Menschen aus den Randzonen der städtischen Zentren und im armen Süden Tunesiens leben ohnehin schon unterhalb des Existenzminimums.

Die eilends zu Krisensitzungen zusammengerufene Regierung zeigte sich zunächst ratlos und handlungsunfähig. Darüber, wie die Regierung auf die Proteste reagieren soll, gab es keine einheitliche Einschätzung: die einen wollten eine partielle Rücknahme der Preiserhöhung; andere beharrten auf die einmal getroffene Entscheidung vom Oktober 1983 (Premier Mzali). Außerdem wurde vorgeschlagen, einen Hilfsfonds für die besonders Armen und Bedürftigen ins Leben zu rufen.

Staatschef Bourguiba, der gerade das 50-jährige Bestehen seiner Partei (Neo-Destour) in seiner Geburtsstadt Monastir feiern läßt, hält sich noch mit Äußerungen zurück, obwohl sich ein Machtkampf um die Brotpreiserhöhung abzeichnete.

Die Angst, ihre Glaubwürdigkeit und ihr Ansehen zu verlieren, ließ die Regierung zunächst auf ihren Machtapparat bauen; der Ausnahmezustand wurde verhängt; eine Ausgangssperre von abends 18 Uhr bis 6 Uhr morgens sollte wieder Ruhe im Land herstellen. Am Donnerstag, den 5. Januar, kehrt schließlich durch den Zwang der Gewehre eine scheinbare Ruhe in den Straßen der Hauptstadt ein.

Innenminister Driss Guiga versucht den Staatschef dafür zu gewinnen, die gesamten Maßnahmen rückgängig zu machen und die Regierungsmannschaft auszuwechseln.

Wie schon beim Generalstreik 1978 und beim Zwischenfall von Gafsa (vgl. blätter des iz3w, Nr. 85, 1980) sollten auch diesmal lediglich führende Köpfe ausgewechselt werden. Guiga, der die Gunst der Stunde für seine eigene Karriere nutzen wollte, forderte den Kopf des amtierenden Premierministers – und mußte mit seinem eigenen bezahlen. Bourguiba beabsichtigt sogar den

frei gewordenen Innenministerposten an Mzali weiterzugeben. Am 6. Januar setzte der Staatschef allen Spekulationen selbst ein Ende. Morgens um 10.30 Uhr verkündete er im Fernsehen die vollständige Rücknahme der Preiserhöhungen und verpflichtete die Regierung, binnen dreier Monate einen neuen Haushalt aufzustellen. Er machte sogar konkrete Vorschläge: Preiserhöhungen für Autos, Tabak und alkoholische Getränke sollen künftig die Finanzlöcher stopfen.
Die ökonomischen Probleme des Landes werden damit allerdings nicht gelöst werden, allenfalls vertagt. Die Beliebtheit Bourguibas – alle Oppositionsgruppen – selbst die kommunistische Partei (PCT) – zollten seiner Entscheidung Beifall – wurde einmal mehr unter Beweis gestellt. Nach wie vor ist er für Tunesien die Integrationsfigur. Die blutigen Auseinandersetzungen, die Unentschlossenheit und die Ratlosigkeit des Regierungslagers lassen jedoch ahnen, welche Probleme nach Bourguibas Tod auf Tunesien zukommen werden.
Die offiziellen Zahlen verharmlosen das wahre Ausmaß der Unruhen immer noch: offiziell werden lediglich 70 Todesopfer eingestanden. Nach Angaben der Menschenrechtsliga und nach Recherchen von Jeune Afrique (Nr. 1202, 18.1.1984) haben die Unruhen aber mindestens 143 Todesopfer gefordert. Ähnliches gilt auch für die Zahl der Verletzten und Inhaftierten.

Von tausend Verhafteten sollen mittlerweile 800 wieder freigelassen worden sein. Vor allem die Mitglieder der Oppositionsgruppen – Sozialdemokraten (MDS), Kommunisten, Mitglieder der extremen Linken sowie Integristen jeglicher Couleur und arabische Nationalisten sind während der Unruhen verhaftet worden.



*An der nördlichen Ausfallstraße von Tunis*

**Ökonomische und soziale Situation des Landes**

Schon die blutigen Auseinandersetzungen in den letzten Jahren waren indirekter Ausdruck der ökonomischen Misere. Die neuerlichen Unruhen jedoch haben unmißverständlich die unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zum Politikum werden lassen.
Die im 6. Entwicklungsplan (1982 – 1986) anvisierte durchschnittliche Wachstumsrate des Sozialproduktes von 6,3 % wurde zwar nicht erreicht, aber mit 4,5 % Wachstum und einer Inflationsrate von 3,7 % im Jahr 1983 war das wirtschaftliche Ergebnis nicht so schlecht. Allerdings reichten die Deviseneinnahmen (Erdöl, Phosphatausfuhr und Tourismus) nicht mehr aus, alle Einfuhren – darunter auch Weizeneinfuhren in Höhe von knapp 155 Mio $ (1980) und die Tilgung der 1982 auf 4.260 Mio $ angewachsenen Auslandsschulden auszugleichen.
Die reichlich in Anspruch genommenen Weltbankkredite (ca. 100 Mio $ pro Jahr) werden mehr und mehr zu einer Belastung der tunesischen Wirtschaft. Denn zumindest Teile dieser Gelder ‚verschwinden' in meist unproduktiven, aber statusträchtigen Projekten. So wird beispielsweise in Tunis viel Geld im Wohnungsbau ausgegeben, obwohl ein durchschnittlicher Verdienst ganz sicherlich nicht dafür ausreicht, dann Mieten mit europäischem Niveau zu

bezahlen. Die Einmischung der Weltbank in die tunesische Politik und Ökonomie verfolgt dabei einen ideologischen und zugleich finanziellen Aspekt: der tunesische Staatshaushalt soll entlastet werden indem auch die Preise für Grundnahrungsmittel dem „freien" Spiel des kapitalistischen Marktes überlassen werden. Aber selbst die minimalste Versorgung der marginalisierten Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln wird auch in Zukunft nur durch subventionierte Preise möglich sein.

Die Kompensationskasse, die die Zuschüsse für Grundnahrungsmittel regelt, hatte 1983 immerhin einen Etat von 180 Mio. tunesischer Dinar (ca. 700 Mio. DM), was ungefähr 10 % des ordentlichen Staatshaushaltes entspricht. Bedenkt man, daß 60 % dieser Kompensationsgelder für die Subventionierung von Weizen und Weizenprodukten ausgegeben werden, so hätte eine Preiserhöhung dieser Produkte um durchschnittlich 100 % eine beachtliche Entlastung der Kompensationskasse gebracht.

Die nach der Entscheidung der Regierung gestartete Aufklärungskampagne, die den Tunesiern die neuen Maßnahmen schmackhaft machen sollten, blieb ungehört.

Sozial gesehen ist das Land zerrissen. Der wachsende Reichtum der tunesischen Oberschicht hat die Schere zwischen arm und reich in den letzten Jahren vergrößert. So teilen sich heute 20 % der reichsten Tunesier 50 % der gesamten Ausgaben der privaten Haushalte, während 20 % der ärmsten Tunesier daran nur einen Anteil von 5 % haben.

In Tunesien leben heute vor allem Jugendliche und Kinder; ihr Bevölkerungsanteil macht nahezu 60 % aus. Das hohe Bildungsniveau der Jugendlichen – ungefähr 90 % haben mindestens einen Hauptschulabschluß – und die mangelnden Zukunftsaussichten steigern deren Unzufriedenheit. Ihre Bereitschaft, ihre eigenen Interessen zu artikulieren, ist gestiegen. Bisher ist es dem Staat allerdings noch gelungen, soziale Auseinandersetzungen weitgehend zu unterdrücken. So ist auch die sehr zaghaft begonnene Liberlisierung des politischen Lebens eher für die Außenwelt inszeniert, aber kein ernsthafter Demokratisierungsprozeß nach innen.

Die Beruhigung der innenpolitischen Situation, die nach Bourguibas Intervention eingetreten ist, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die integrative Kraft des greisen Präsidenten und die seiner Partei (PSD, Parti socialist destourien) abzubröckeln beginnt. Der Ruf nach einem starken

*Wir übersetzen hier einen kleinen Artikel des tunesischen Schriftstellers und Journalisten Mohsen Toumi zu den Ereignissen Anfang Januar in Tunesien. Er erscheint uns wichtig – wenn auch einige Wiederholungen zum vorstehenden Artikel nicht vermieden werden können – eine Analyse aus tunesischer Sicht hier abzudrucken, nicht zuletzt auch unter dem Aspekt seiner literarischen Form.*

## Die Unruhen in Tunesien: Das kurze Gedächtnis

von Mohsen Toumi

... Ich kenne den Namen desjenigen, der unser Land destabilisieren will. Es ist nicht Ghaddafi, nicht Khomeiny und nicht Carlos. Es ist derselbe, der die Unruhen vom Januar 1978 organisierte und den Aufstand von Gafsa 1980 anheizte; es ist derselbe internationale Terrorist, der die Armenviertel von Casablanca (Marokko) im Juni 1981 dazu trieb, sich zu erheben. Er heißt HUNGER.

Um die 70 %ige Preiserhöhung bei Weizenprodukten zu rechtfertigen, machte die Regierung die Notwendigkeit geltend, ihr Staatsbudgetdefizit abzubauen. Sie strebt einen „wahren Marktpreis" an, ganz im Sinne des Weltwährungsfonds. Die Operation wurde brutal durchgeführt ohne begleitende Maßnahmen für die ärmsten Schichten. Wäre es nicht sozial gerechter gewesen, die Staatsausgaben für das Funktionieren des Apparates zu kürzen, eine Reform der Zölle auf importierte Luxusprodukte vorzunehmen oder eine Reform der Einkommenssteuern durchzuführen, um das Defizit zu verringern? Aber dazu hätte es einen politischen Willen gebraucht.

Hat die tunesische Regierung nicht ihre ökonomische Verantwortung und ihre Souveränität dem Diktat des Weltwährungsfonds geopfert, dessen oberstes Ziel es ist, die sich entwickelnden Ökonomien in die Abhängigkeit der Weltwirtschaft zu „integrieren"? Hat die tunesische Regierung dabei nicht ihre soziale Verantwortung aufgegeben? Man muß sehen, daß eine Verdoppelung der Preise von Grundnahrungsmitteln heißt, einem Großteil der unteren Schichten der Bevölkerung, die sich tierisches Eiweiß sowieso nicht leisten können, von der minimalsten Lebensmittelversorgung auszuschließen. Anders ausgedrückt: ein physisches Überlebensrecht der Menschen wird nicht respektiert. Hat damit die tunesische Regierung nicht auch ihre politische Verantwortung aufgegeben? Wie konnte eine derartig ungerechte und unpopuläre Maßnahme gutgeheißen werden, die – aus einem afrikanischen und arabischen Kontext heraus, wo Unruhen immer mehr zur Normalität werden – einen Schritt zurück bedeuten mußte.

Kann man diese Unvorsichtigkeiten und dieses Versagen erklären? Die Regierung hatte mehr oder weniger freie Hand, da sich die oppositionellen Gruppen im Hinblick auf ihre Zulassung als Partei gemäßigt verhielten und die Gewerkschaft UGTT zerstritten ist. Dem Regime wurde dadurch ein Konsens der „entwickelten" Schichten vorgegaukelt...

### Das soziale Exil

Jene, die von den offiziellen Kommuniques „Arbeitslose, Müßiggänger und feindliche Elemente" genannt werden, d.h. die Opfer und Ausgeschlossenen einer falschen Entwicklung, befinden sich heute im Bruch mit allem was sie als „Establishment" empfinden. Sie halten sowohl Staatsmacht als auch legale Opposition für die Verantwortlichen ihres „sozialen Exils" und erkennen diese als Garanten und Nutznießer eines Systems von ökonomischen und kulturellen Werten, welche sie ablehnen. ...

In diesen schlimmen Zeiten versucht man sogar, den Ärmsten die Verantwortung für die Unruhen anzuhängen, obwohl das Elend, in dem sie zu leben haben, ihren Widerstand moralisch rechtfertigt. Die Schreie, die Tunesien von Süd nach Nord durchzogen, sind das Echo einer sich konstituierenden Massenpartei von Ausgebeuteten, die keine Rampenlichter offizieller Politik, keine offiziellen Einweihungen und keine Diplomaten benötigt. Diese Unruhen zeigen, daß, wenn Pluralismus nicht im Sinne von Ernährung, Gesundheit, Wohnung, Bildung und kultureller Identität verstanden wird, dieser nur ein Gedankenspiel Privilegierter in einem abgeschirmten Raum ist.

(teilweise Über setzung aus Le Monde vom 10.1.84)

Mann – wie ihn ein Geschäftsmann aus Sfax in einem Interview in Jeune Afrique mit – „ich träume von einem Colonel" – ausdrückt, ist überall im Land zu hören. Er vermittelt vor allem auch die Stimmung einer Bourgeoisie, die Angst vor „libanesischen Verhältnissen" und vor dem Verlust ihrer Privilegien hat.

**Die politische Situation des Landes**

Nach diesen Januar-Unruhen wird mit Sicherheit ein neues politisches Klima in Tunesien entstehen. Die Selbstsicherheit, mit der die Regierung noch die letzten zwei Jahre etwas auf eine gewisse politische Liberalisierung hinweisen konnte, wird verschwinden. Die zugelassenen Oppositionsgruppen – Bewegung der Volkseinheit (Mouvement d'Unité Populaire M. U. P.), Sozialistische Demokraten (Mouvement des démocrats socialistes M. D. S.) und die Kommunistische Partei (Parti communiste tunisien P. C. T. ) – haben kaum politische Macht. Bei den Wahlen, die allerdings von der Regierungspartei PSD manipuliert waren, errang keine der Gruppen Parlamentssitze. Die Oppositionsgruppen haben aber die Regierungsmaßnahmen der Preiserhöhungen zumindest geduldet; keine der Gruppen hatte die soziale Sprengkraft derartiger Maßnahmen erkannt, was kein sehr positives Licht auf ihre Fähigkeit wirft, die aktuelle politische und gesellschaftliche Situation zu analysieren. Auch die Gewerkschaft UGTT hatte sich gegen die Preiserhöhungen nicht zur Wehr gesetzt.
Die Regierung wirft der „Islamischen Richtung" (Tendance Islamique) vor, sie habe als Drahtzieher die Revolte gesteuert. Aber dieser Vorwurf stimmt ebenso wenig wie die pauschale Feindbildstimmung der Integristen auf prolibysch. Die Islamisten oder Integristen, wie sie sich nennen, gründeten 1980 die „Bewegung der islamischen Richtung" (Mouvement de la Tendance Islamique; M. T. I.) Ihr politisches Programm ist vage und diffus. Ihre politischen und gesellschaftlichen Ziele sollen den Lehren des „wahren" Islam genügen. Konkret wenden sie sich gegen das relativ libertäre tunesische Schulsystem und gegen das für ein islamisches Land „moderne" Scheidungsrecht. Bei ihrer Standort- und Zielbestimmung wird gern das Beispiel Iran als positives Beispiel angeführt, weil dort die Einheit von politischer und religiöser Macht wieder hergestellt sei.
Die zum ersten Mal im gesamten Land aufgeflammten spontanen Unruhen lassen sich mit Sicherheit nicht als Erfolg der Integristen auf dem Weg der Destabilisierung des tunesischen Staates werten, auch wenn sie in der Vergangenheit vor blutigen Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht nicht zurückschreckten. Schon im Frühjahr 1981 zeigte sich, daß sie ihre Kritik am „ungläubigen" System Bourguibas in die öffentliche Auseinandersetzung zu tragen vermochten. Ihre unter den Studenten große Anhängerschaft lieferte sich in der naturwissenschaftlichen und juristischen Fakultät der Universität Tunis blutige Kämpfe, bei denen Polizei und Nationalgarde einschritten. Die führenden Köpfe und weitere sechzig Anhänger der Integristen verschwanden danach in den Gefängnissen. Die Regierung zog aus den Ereignissen jedoch ihre politischen und ideologischen Konsequenzen: im Hinblick auf die damals im Herbst anstehenden Wahlen wurden im Parteiprogramm der PSD die islamischen Werte wieder mehr herausgekehrt. Den Gegensatz zwischen einer Bevölkerung, die letztlich an islamisch-traditionalistischen Wertvorstellungen festhält, und einer privilegierten Bourgeoisie, die sich mehrheitlich an den Werten der westlichen Industriegesellschaft orientiert, konnte die Regierung schon damals nicht überwinden – und das wird heute noch weniger möglich sein. Die noch immer bestehende Angst der Staatsmacht vor den Integristen, die mit Khomenys erfolgreicher Revolution und ab 1978 mit der vollständigen Unterdrückung jeglicher Opposition großen Zulauf hatten, drückte sich jetzt wieder darin aus, daß verhältnismäßig viele Integristen in die Gefängnisse gesteckt wurden. Eine Tendenz in der Bevölkerung, die in Richtung Rückkehr zur Tradition und zum Islam geht, wird an der tunesischen Politik der nächsten Jahre sicher nicht spurlos vorübergehen, zumal der Druck saudi-arabischer Investitionsgelder in der tunesischen Wirtschaft (tunesisch-saudische Großprojekte z.B. im Bereich Tourismus sind geplant) immer größer wird.

**Ergebnisse der „Brotrevolte"**

Die Brotrevolte verdeutlicht zweierlei: die verarmten Tunesier nehmen trotz des gewaltsamen Einschreitens der staatlichen „Ordnungskräfte" nicht mehr alle Entscheidungen der Regierung hin. Allein ein paar Sozialmaßnahmen, bei denen einige Dinar an die Armen verteilt werden, genügen mit Sicherheit nicht. Sollte es die Regierung nicht schaffen, die verarmten Bevölkerungsschichten am Volkseinkommen in stärkerem Maße als bisher teilhaben zu lassen, werden diese Unruhen nur ein Anfang gewesen sein.
Zudem ist schon seit Jahren ein mehr oder minder offener Machtkampf um die Nachfolge Bourguibas entbrannt. Innenminister Driss Guiga, der die Krise dazu ausnutzen wollte, Premierminister Mohamed Mzali die Schuld an den Unruhen zuzuweisen, hätte gerne selbst diesen Posten ingenommen. Bourguibas Entscheidung, sich hinter Mzali zu stellen, ist trotz Mzalis mangelnder Popularität ein Zeichen nach außen, das Kontinuität signalisieren soll. Die Umorganisation des Kabinetts allein wird kein Garant dafür sein, daß in drei Monaten – wie von Bourguiba angekündigt – ein neues Budget verabschiedet werden kann, das das Loch in der Staatskasse stopfen wird. Ohne eine veränderte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wird Tunesien zukünftige Entwicklung weiter von Unruhen in vermutlich noch größerem Ausmaß behindert werden, wie gegenwärtig in Marokko, wo die Bevölkerung aus den gleichen Gründen auf die Straße geht, oder wie in Ägypten in den vergangenen Jahren. So verdeutlicht der Fall Tunesien erneut, wie eng der Spielraum einer Politik geworden ist, die darauf abzielt, die immer größer werdenden ökonomischen Probleme auf die Masse – „die Vergessenen des Fortschritts" – abzuwälzen.

fbu/wko

**Quellen:**

Jeune Afrique, no 1201 (vom 11.1.1984), no. 1202 (vom 18.1.1984) und no. 1203 (vom 25.1.1984)
afriqueasie, no 313 (vom 16.1.1984)
Newsweek vom 16.1.1984
Le Monde vom 2.1.1984 bis zum 15.1.1984
Libération vom 3.1.1984 bis 11.1.1984
Die Tageszeitung 7.1.1984 bis zum 9.1.1984
Länderkurzbericht Tunesien 1982 (hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden); die meisten der verwendeten Zahlen stammen hieraus.

**PLO**

# Arafats neue Perspektiven für die PLO

**Kaum ein Politiker ist in den letzten Monaten so häufig totgesagt worden, wie Yassir Arafat. Die meisten sahen sein politisches Schicksal bereits bei seinem Abzug aus Tripoli besiegelt. Doch selbst die größten Optimisten gaben ihn auf, als er auf seiner ruhmlosen Heimreise nach Tunis in Kairo halt machte, um dem – seit dem Abkommen von Camp David – aus dem arabischen Lager verstoßenen ägyptischen Staatsoberhaupt seine Freundschaft anzubieten.**
**Doch das Unglaubliche geschah: Arafat hat politisch überlebt, und mehr noch: Er konnte seine neuen Perspektiven sowohl in der Fatah-Führung als auch in der islamischen Gipfelkonferenz von Casablanca durchsetzen.**
**Der folgende Artikel von Thomas Hartmann ist ein Nachdruck aus der taz vom 30. 1. 1984 (d. Red.)**

*Tunis (taz).*
*Innerhalb der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) gärt es: nach den Kämpfen in Tripoli Ende letzten Jahres ist PLO-Chef Arafat fest entschlossen, seine Politik einer Verhandlungslösung gegen die sozialistische Opposition innerhalb der PLO durchzusetzen. Ohne eine Entscheidung des PLO-internen Konflikts abzuwarten, beschreitet er auf internationalem Parkett bereits den von ihm anvisierten Weg: sein Besuch beim ägyptischen Präsidenten Mubarak und sein erfolgreiches Engagement auf dem islamischen Gipfel in Casablanca dienen der Wiederaufnahme Ägyptens in „die arabische Nation"; letzten Sonntag kündigte Abu Jihad, Arafats „rechte Hand", den baldigen Besuch des PLO-Vorsitzenden beim jordanischen König an; der politische Berater Mubaraks, Ossama el Bas, stellte für die nahe Zukunft gemeinsame Verhandlungen zwischen Jordanien und der PLO in Aussicht.*
*Die Elemente der neuen politischen Perspektive, auf die Arafat gemeinsam mit der Fatah-Führung die PLO ausrichten will, sind Thema des folgenden Berichts aus Tunis, dem Hauptquartier Arafats und seiner Anhänger.*

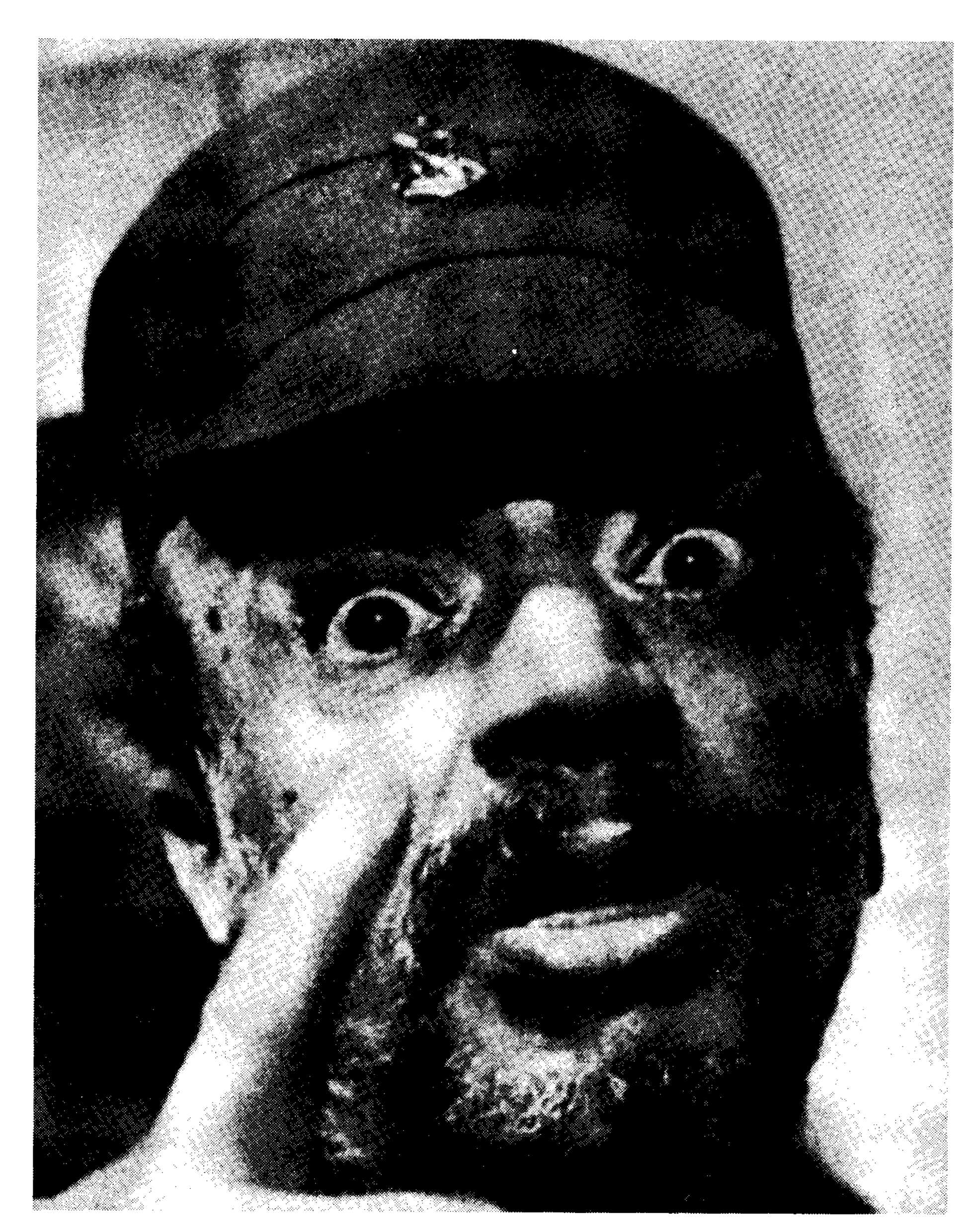
## Arafat will sein Haus in Ordnung bringen

Die PLO durchläuft derzeit eine entscheidende Wandlung. Seit den Kämpfen in Tripoli sind Arafat und seine engsten Mitarbeiter fest entschlossen, „das eigene Haus zu säubern": Erstens die Dissidenten aus der Fatah sowie deren Mitkämpfer aus der PLO auszuschließen und zweitens in der PLO nicht mehr auf den Konsens aller Strömungen Rücksicht zu nehmen – wie noch vor einem Jahr auf der Tagung des Palästinensischen Nationalrats in Algier –, sondern auch gegen die Opposition einer linken Fraktion um die Volksfront von Georges Habbasch qua Mehrheitsbeschluß die Weichen für eine neue Politik zu stellen, um nach den US-Präsidentschaftswahlen in Kooperation mit Jordanien und Ägypten auf der Basis des Fes-Plans Verhandlungen für einen Palästinenserstaat in der Westbank und dem Gazastreifen aufnehmen zu können. Für diese Perspektive traf sich Arafat mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak. Diese Linie setzte er Anfang Januar auf stürmischen Sitzungen in den Fatah-Führungsgremien durch, und auf internationaler Ebene überstand diese Politik letzte Woche auf dem islamischen Gipfeltreffen in Casablanca ihre erste Bewährungsprobe, als Ägypten zur Wiederaufnahme seiner Mitarbeit in diesem Gremium eingeladen wurde. Doch entscheidend wird sein, ob diese Linie auf einer neuen Sitzung des Nationalrats irgendwann im Frühjahr dieses Jahres verabschiedet wird, ohne daß es zu einer ernst zu nehmenden Spaltung der PLO kommt. Zwar ruft der im Dezember fehlgeschlagene Versuch Libyens, eine neue „revolutionäre sozialistische" PLO ins Leben zu rufen, bei Arafats Mitarbeitern in Tunis eher Belustigung hervor, doch wird die Opposition der zweitgrößten PLO-Organisation „Volksfront" (PFLP) gegen diese Zukunftspläne ernster genommen:
Jedoch nur als Widerstand der überwunden werden muß. Arafats Anhänger rechnen sich dafür gute Chancen aus, auch wenn sie wissen, daß es nicht ohne Krach gehen wird. „Habbasch und seine Freunde müssen sich entscheiden", erklärte mir ein Mitarbeiter Arafats, „ob sie als Opposition auftreten wollen oder die Macht in der PLO mittragen wollen: wer an der Macht ist, muß Mut für schwierige Entscheidungen haben."

**Ägypten zur Balance gegenüber Jordanien**

In tagelangen, teilweise stürmischen Debatten im elfköpfigen Zentralrat und rund 60 Mitglieder zählenden Revolutionsrat der Fatah steckte Arafat mit der Fatah-Führung bis Mitte Januar die Eckpfeiler für seine zukünftige Politik ab:
Trotz der – nur zur taktisch motivierten – Kritik an Arafats Treffen mit Mubarak (was als 'persönliche Initiative' verharmlost wurde, da die PLO nach den Beschlüssen des Nationalrats keine Beziehungen mit Ägypten unterhalten darf, solange kein Widerruf des Camp-David-Abkommens von 1978 erfolgt ist), soll die Rückkehr Ägyptens ins arabische Lager erreicht werden – „um die Politik von Camp David zu verlassen, damit Ägypten schließlich seine führende Rolle (unter den arabischen Staaten, d.V.) von Neuem praktiziert",

heißt es im Kommunique des Zentralrats.
Ägypten, das aufgrund seiner Geschichte, seiner großen Bevölkerung und seiner geographischen Lage natürliches Zentrum der arabischen Welt ist, wird die Rolle zugedacht, dem Machtstreben Syriens einen Riegel vorzuschieben, den Einfluß Saudi-Arabiens zu relativieren und vor allem im Hinblick auf eine Kooperation der PLO mit dem jordanischen König Hussein zu diesem ein Gegengewicht zu bilden.
Denn für zukünftige Verhandlungen mit Israel und darüber hinaus für das spätere Zusammenleben zwischen einem Palästinenserstaat und Jordanien soll eine Formel der Zusammenarbeit mit König Hussein gefunden werden. Unter gegenseitigen Verbeugungen und lächelnden Gesichts bereiten sich Hussein und Arafat auf einen Ringkampf um die Vertretung der Palästinenser in der Westbank vor.
Den Fatah-Führern liegt König Husseins Initiative Anfang Januar schwer im Magen, das jordanische Parlament seit 1974 zum ersten Mal wieder zusammenzurufen und dank einer Verfassungsänderung den Weg zu ebnen, auch ohne Wahlen im besetzten Gebiet Abgeordnete für die Westbank kooptieren zu können. 1974 hatte sich Hussein dem Votum der arabischen Staaten gebeugt, die PLO als alleinige „Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt" und „sein" Parlament, in dem 50 % Palästinenser sitzen, nach Hause geschickt. Mit der jetzigen Initiative – so beruhigte Hussein – werde der Alleinvertretungsanspruch der PLO für alle Palästinenser nicht berührt. Mit diesem Kommentar begnügen sich auch die Fatah-Führer wie Khaled al Hassan.
Die jordanische Informationsministerin Leila Charaf präzisierte, es handele sich um eine bloß inner-jordanische Maßnahme, die PLO vertrete natürlich die Palästinenser in ihrer Gesamtheit. Aber weil auch die Fatah-Führung befürchtet, daß König Hussein die Verhandlungen über einen Palästinenserstaat gerne dominieren möchte, wollen sie präziesere Modalitäten der Kooperation möglichst erst zu einem Zeitpunkt vereinbaren, wenn die PLO intern wie auf internationaler Ebene – z. B. durch eine Beteiligung Ägyptens an den Gesprächen – gestärkt ist. Derzeit kommt es Arafat nur darauf an, die Türen offen zu halten und Zeit zu gewinnen.
Man muß sich in Erinnerung rufen, daß König Hussein im „schwarzen September" 1970 die Palästinenser genauso brutal zusammenschießen ließ wie letztes Jahr Syriens Präsident Assad. „Die Rollen haben sich nur vertauscht", meinte ein Fatah-Funktionär in Tunis. „1970 schossen die Jordanier und die Syrer versuchten, uns danach zu spalten und zu beherrschen. Diesmals versuchen die Jordanier, vom Massaker der Syrer zu profitieren und uns in die Defensive zu drängen. Hussein weiß genau, daß für die Kritiker Arafats in der PLO die Einberufung des jordanischen Parlaments mit palästinensischen Vertretern nur ein weiteres Argument ist, Arafats Politik zu bekämpfen und damit seine Verhandlungsposition zu schwächen."



*Jassir Arafat, umzingelt in Tripoli*

Bei all diesen Überlegungen gehen die Fatah-Führer davon aus, daß erst nach den Präsidentschaftswahlen in den USA wirklich Bewegung in die Situation im Nahen Osten kommen könnte. Frühestens 1985 oder 1986 können neue Initiativen fruchten; bis dahin kommt es Arafat und seinen Mitarbeitern darauf an, ihre Ausgangsbedingungen zu verbessern. Dazu gehört die Hoffnung, daß Frankreich noch 1984 die PLO diplomatisch anerkennt und mit Ägypten den im Juli 1982 gemeinsam von beiden Staaten in der UNO formulierten Lösungsvorschlag zum Nahost-Problem reaktiviert. Er sah, ausgehend vom Fes-Plan, praktische Schritte zur Aufnahme von Verhandlungen auf der Basis gegenseitiger Anerkennung auch zwischen der PLO und Israel vor. „Im Augenblick ist es das Wichtigste", erklärte Abu Jihad letzte Woche „Mittel und Wege zu finden, das Überleben der palästinensischen Sache in den kommenden zwei Jahren zu sichern." Und darunter verstehen Arafats Anhänger auch die Reorganisation der PLO.

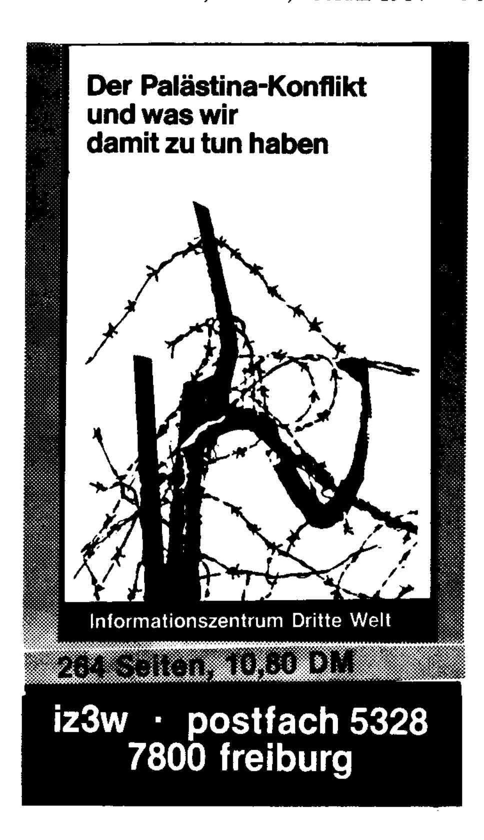
**Reorganisaion der PLO; Mehrheitsbeschluß statt Konsens**

Die Kämpfe in Tripoli waren für Arafat und seine Anhänger der Wendepunkt. Schlimmer als die Belagerung durch die Israelis in Beirut 1982 waren sie nicht

nur, weil Palästinenser aus allen Rohren auf die Belagerten schossen, sondern auch, weil dreimal so viel PLO-Kader wie in Beirut fielen: rund 500 Fedayin und Funktionäre. „Diese Schlacht hat alles Schlechte aufgedeckt und zu Tage gefördert, was auf palästinensischer und arabischer Ebene existiert. Sie hat all diejenigen bloßgestellt, die für sich akzeptieren, auf der Seite der Feinde ihres Volkes zu Instrumenten in der Durchführung der Verschwörung zu werden. Die Schlacht um Tripoli war das Ende eines Weges und der Beginn eines neuen Weges."
Gemäß dieser Grundstimmung aus dem Kommunique des Fatah-Zentralrats vom 4. Januar wurden die führenden Dissidenten, darunter Abu Moussa, bereits aus der Fatah ausgeschlossen. Aus der PLO sollen die drei Organisationen geworfen werden, die in Zusammenarbeit mit Syrien und Libyen zu den Angreifern in Tripoli gehörten: die „Saiqa", das „Volksfront-Generalkommando" unter Ahmed Jibril und die noch kleinere „Volkskampffront". Doch dies kann nur der Palästinensische Nationalrat, das aus rund 360 Mitgliedern bestehende Exil-Parlament und oberste Gremium der PLO beschließen.
Mehrere palästinensische Massenorganisationen (der Ärzte, der Arbeiter, der Studenten) haben jedoch bereits ihre Kongresse abgehalten und – wie auch der Oberste Militärrat der PLO – solche Ausschlüsse entschieden. Nicht einig waren sich die Fatah-Führer zunächst in Bezug auf die „Volksfront" (unter Georges Habbasch) und die „Demokratische Front" (unter Nayef Hawatmeh), die zwar die Kämpfe von Tripoli kritisiert hatten, aber entsprechend ihrer politischen Positionen eine „strategische Zusammenarbeit" mit dem syrischen Regime aufrecht zu erhalten suchen. Während Mitglieder der Fatah-Führung Ende Dezember in Tunis bemüht waren, mit Vertretern dieser linken PLO-Organisationen einen Konsens über die zukünftige PLO-Politik zusammenzubasteln, zerschlug Arafat diese Bemühung durch sein Treffen mit Mubarak.
Die Kritik des Fatah-Zentralrats war der Versuch, eine Einigung zwischen den drei größten PLO-Organisationen doch noch zu retten. Aber die Kontroverse war an zwei Punkten nicht zu überbrücken. Für die Volksfront bedeutet jeder Schritt nach Ägypten ein Abrücken von der Revolution und Arafat bestand auf einer klaren Verurteilung Syriens und Libyens als eigentliche Drahtzieher der Kämpfe in Tripoli. Bis Mitte Januar wurden in Tunis die Fatah-Führungsgremien von den Protagonisten beider Positionen umworben. Schließlich setzte sich Arafats Position durch. Die Fatah-Führung pokert darauf, daß die Volksfront – eben als interne Opposition – jedenfalls auch dann der PLO bleibt und nicht etwa deren Spaltung riskiert, wenn Arafats Politik auf der kommenden Tagung des Nationalrats durchgesetzt wird. Das ist zu erwarten. „Wir kennen doch die Delegierten", versichern Arafats Mitarbeiter siegessicher. „Uns reicht das demokratische Prinzip der Mehrheitsentscheidung."
In Anbetracht der jetzt offenen Richtungskämpfe in der PLO wird es allerdings noch einiges Gerangel geben, ehe der Nationalrat – sicher nicht vor Ende März – zusammentreten kann. Dessen Präsident Fahoum wird inzwischen in Tunis als klarer Parteigänger der Syrer eingeschätzt. Er lebt in Damaskus und weigerte sich bisher, das 'Exilparlament' offiziell einzuberufen. (Allerdings kann dies nach der Satzung auf Antrag eines Drittels der Delegierten zur Not erzwungen werden). Ferner ist damit zu rechnen, daß die Zusammensetzung der Delegierten, unter denen die Fatah sowie „Unabhängige" mit ähnlichen Vorstellungen derzeit eindeutig die Mehrheit stellen, problematisiert werden wird.
In den nächsten Wochen sollen die Beschlüsse der Fatah-Führung dem Generalkongreß (dem Parteitag) der Fatah zur Zustimmung vorgelegt werden. Gleichzeitig versucht ein Ausschluß, die linken PLO-Organisationen oder zumindest einzelne deren Mitglieder doch noch für den Fatah-Kurs zu gewinnen.

„Die Demokratische Front wird unsere Politik, sei es auch in der Oppositionsrolle, akzeptieren", kommentierte ein Mitarbeiter Arafats in Tunis die Aussichten, „sie verlegen auch gerade ihr Hauptquartier von Damaskus nach Algier. Bei der Volksfront liegen die Dinge anders, aber angesichts der Alternative, vor den Karren Syriens gespannt zu werden, wird auch sie – wie schon früher – auf den fahrenden Zug aufspringen."

Thomas Hartmann
aus: taz vom 30.1.1984




# Haftbedingungen in Israel

**HAFTBEDINGUNGEN PALÄSTINENSISCHER FRAUEN IN ISRAEL**

Im Herbst 1983 – 16 Jahre nach Beginn der israelischen Besatzung – kam es zu ersten gemeinsamen Begegnungen und Aktionen von israelischen Frauengruppen ('Women against Occupation', 'Democratic Women') und den vier bedeutendsten palästinensichen Frauenkomitees der Westbank. Anlaß waren die Haftbedingungen der 32 Palästinenserinnen, die im Gefängnis der israelischen Stadt Ramleh inhaftiert sind. Ihnen allen wird vorgeworfen, Verbrechen 'gegen die Sicherheit des israelischen Staates begangen zu haben, doch bisher wurde ihnen nicht der Status politischer Häftlinge und die damit verbundene Behandlung gemäß der Genfer Konvention gewährt.

Im Mai 1983 hatte sich die Situation im Gefängnis zugespitzt, als die Frauen sich weigerten, für ihre Bewacher zu kochen, weil sie diese Anforderung als demütigend und degradierend empfanden. Folge davon war, daß sich ihre Haftbedingungen rapide verschlechterten. Sie sind nun 23 von 24 Stunden am Tag in ihren Zellen eingeschlossen und voneinander isoliert. Schreibmaterial, Bücher und Zeitungen werden ihnen seither verweigert, der Zugang zu Radio und Fernsehen ist verboten und Familienbesuche, die bisher alle 14 Tage erlaubt waren, sind höchstens nur noch alle 2 Monate gestattet.

Nach einer ersten Protestdemonstration vor dem Gefängnis von Ramleh trafen sich am 4. November ca. 100 palästinensische und israelische Frauen zu einem sit-in vor dem Gebäude des Internationalen Roten Kreuzes in Ost-Jerusalem. Auf dieser Veranstaltung berichtete die israelische Rechtsanwältin Lea Tsemel über neue Repressalien. Am 31. Oktober hatten die inhaftierten Frauen bemerkt, daß Wärter die Bücher, die die Frauen von ihren Familien erhalten hatten, aus der ihnen nicht mehr zugänglichen Bibliothek entfernten. Sie begannen laut zu rufen und gegen die Zellentüren zu klopfen und forderten die Rückgabe der Bücher. Als Antwort bekamen sie eine Ladung Tränengas in die winzigen Zellen gesprüht (ähnlich wie es auch aufmüpfigen Häftlingen in Bayern und Niedersachsen passiert). Die Frauen zerschlugen das Glas ihrer Fenster, um atmen zu können. Daraufhin fingen die Aufseher an, sie mit Stöcken zu taktieren und noch mehr Gas zu versprühen. Einige Frauen bekamen keine Luft mehr und fielen röchelnd zu Boden, unfähig, sich noch gegenseitig zu helfen.

Drei Tage mußten sie in ihren verpesteten Zellen ausharren, ohne die Kleider wechseln zu können und ärztliche Hilfe zu bekommen. Später erhielten sie lediglich Vaseline gegen die Verbrennungen und Tylenol gegen die Schmerzen. Selbst vier Tage nach diesem Vorfall durften sie ihre Zellen noch nicht verlassen. Sie waren gezwungen, in den Zellen, die die Wärter nur mit Gasmasken betraten, zu essen. Als zwei israelische Rechtsanwältinnen zehn Tage nach dem Vorfall das Gefängnis besuchten, bekamen sie noch die Auswirkungen des Gases zu spüren. Dies legt die Vermutung nahe, daß es sich nicht um 'gewöhnliches' Tränengas handelt.

Mit ihrem sit-in am 4. November haben die palästinensischen und israelischen Frauengruppen erreicht, daß eine Kommission des Roten Kreuzes die Besuchserlaubsnis für das Gefängnis von Ramleh erhielt – allerdings wurde die Genehmigung zeitlich hinausgezögert, wahrscheinlich, um die Spuren der Brutalitäten zu beseitigen. Der gemeinsamen Aktion der Frauen ist es außerdem zu verdanken, daß zum ersten mal in der israelischen Presse über die Haftbedinungen der palästinensischen Frauen berichtet wurde.

Doch der Report des Roten Kreuzes, der an die israelische Regierung geht wie auch an das Büro in Genf, wird nicht veröffentlicht werden. Die Ergebnisse einer Untersuchungskommission, die von der Knesset eingerichtet wurde, bleiben abzuwarten. Von daher ist es sehr wichtig, auf andere Art und Weise diese Grausamkeiten, die in der 'einzigen Demokratie im Nahen Osten' begangen werden, bekannt zu machen und Druck auf die israelische Regierung auszuüben.

Wir rufen alle auf, denen das Leben der weiblichen palästinensischen Gefangenen im Ramleh-Gefängnis am Herzen liegt, die Rücknahme der Sanktionen und die Garantie der Menschenrechte zu fordern. Protestbriefe bitte richten an:

1. **Sherut Batei Hasohar (Gefängnisbehörde)**
   **Tel Or Cinema Building**
   **Jerusalem/Israel**

2. **Minister of Interior Mr. Yosef Burg**
   **Knesset Israel**
   **Jerusalem/Israel**

**Solidaritätsbriefe an:**

**Women Against Occupation**
**P. O. Box 2760**
**Tel Aviv / Israel**

**Muster**

*Dear Sir,*
*I learned from the press about the miserable treatment of Palestinian female detainees in the prison of Ramlah in Israel. I am protesting therefore by this letter against to use of teargas and the worsening of the conditions of imprisonment. I ask you to treat these women in a correct way and to grant them the status of political prisoners according to the Geneva Convention.*
*Yours sincerely*

Peru

# Das Volk sagt nein

**„Wahlfarce" oder Protest?**

Die Kommunalwahlen in Peru fanden statt. Ein demokratisches Zuckerbrot nach der in letzter Zeit immer härter zuschlagenden Peitsche aus Repression und Rezession? Vielleicht. Zumindest Sendero Luminoso, der den bewaffneten Kampf gegen den „bürokratischen Kapitalismus" in Peru führt, sieht das so. „WAHLFARCE" oder „NICHT WÄHLEN – DIE MACHT IST AUF DER STRASSE" kann man überall auf den Hausmauern lesen. Doch Sendero sucht sie eher in den Gewehrläufen.

Es waren die Minen- und Fischereiarbeiter, die auf der Straße stehen, die den Kampf auf die Straße trugen, die von Dürre und Korruption heimgesuchten Bauern, die die Straßen blockierten und die Versorgung der Städte unterbanden. (Ein Nothilfeprogramm wurde darauf vom Parlament wenigstens verabschiedet). Am 10. März und am 27. September legten von den Gewerkschaften und den Oppositionsparteien organisierte Bürgerstreiks Industrie, Handel und Verkehr im ganzen Lande lahm.

Der dritte, größte und diesmal nicht mit Staatsgewalt unterdrückbare Protest gegen die monetaristische Hungerpolitik und drohende „zivile Diktatur" der Regierung Belaunde fand am 13. November statt. Die regierende Koalition von AP (Accion Popular) und PPC (Partido Popular Cristiano) beschwörte vergeblich den angeblich apolitischen Charakter dieser Gemeindewahlen. Für das Volk war's ein Plebiszit.

Die Oppositionsparteien Izquierda Unida (Vereinigte Linke) und APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana) haben landesweit eine klare Mehrheit von etwa 63 % der Stimmen auf sich vereinigt. Die Regierungspartei AP (Accion Popular) und die PPC (Partido Popular Cristiano) erhielten zusammen nur 25 %, während sie 1980 noch 47 % der Stimmen erreichten. IU und APRA stellen in den meisten Provinzen und praktisch allen größeren Städten den Bürgermeister: in Cuzco, Puno, Ilo, Huaraz, Huancayo IU, in Callao, Arequipa und den Städten des Nordens die APRA. Während die APRA eine numerische Mehrheit von Provinzen und Distrikten im Land erobern konnte, kommt Lima – das allein einen Drittel der peruanischen Wählerschaft stellt – durch diese Protestwahl mit Alfonso Barrantes zu seinem ersten sozialistischen Bürgermeister.

Die APRA hat mit ca. 33 % der Stimmen in etwa ihre frühere Stärke wiedergewonnen. Besonders bemerkenswert ist aber der Vormarsch der Linken, die in den bevölkerungsreichsten Andendepartementen deutlich vorne liegt.

In Lima hat die IU nicht nur den Ring von Arbeiter- und Armenvierteln für sich zu gewinnen verstanden, sie hat mit Barrantes auch in einigen bürgerlichen Quartieren des Zentrums sehr gute Resultate erzielt.

Während die APRA mit ihrem Kandidaten der Parteirechten (Barnechea) hier nicht auf die erhofften Resultate kam, vermochte die PPC, eine im wesentlichen sich auf Lima beschränkende Partei des Finanzkapitals und der oberen Mittelklasse, sich einigermaßen zu halten. Die AP jedoch mußte mit ihrem unabhängigen Kandidaten, dem früheren Arbeitsminister Grados Bertorini, eine schwere Schlappe einstecken: sie kam noch auf ganze 12 %.

Die Zahlen in Lima sprechen eine deutliche Sprache: IU 35 % (in den Kommunalwahlen von 1989: 28 %), APRA 28 % (16 %), PPC 19 % (20 %), AP 12 % (35 %). Es war eine Protestwahl mit klarer politischer Botschaft und nicht, wie die Regierung weismachen wollte, nur eine „Nachbarschaftswahl".

Das zeigt auch das Ergebnis von Ayacucho, wo die Auseinandersetzungen zwischen Sendero und der peruanischen Regierung am heftigsten sind: dort gewann mit über 50 % der gültigen Stimmen — IU hatte wegen der Wahlbehinderungen zum ungültigen Stimmen aufgerufen – die Repräsentantin der unbedeutenden bürgerlichen Oppositionspartei PADIN (Partido de Integracion Nacional). Sie hatte nachdrücklich den Abzug des Militärs, die Wiederherstellung der bürgerlichen Rechte und der Demokratie in diesem Departement verlangt und gegen Folter und außergerichtliche Hinrichtungen protestiert. Dafür war sie kurz vor den Wahlen verhaftet worden.

„Wahlfarce" (Sendero-Propaganda) – das kommt wohl eher den Vorstellungen der Belaunde-Regierung entgegen, die sich dumm stellt und behauptet, aus einer Niederlage in Kommunalwahlen keine Konsequenzen für ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik ziehen zu müssen.

---

**PERU: Folter und extralegale Hinrichtungen**
**Brief von amnesty international (Peru-Koordinationsgruppe, Berlin) an Präsident Fernando Belaunde Terry, Peru**

August 1983

Sehr geehrter Herr Präsident!

Seit Anfang 1983 hat amnesty international regelmäßig Kenntnis von Vorfällen erhalten,bei denen Berichten zufolge Gefangene, die von uniformierten Mitgliedern der pruanischen Sicherheitskräfte oder anderen, diesen Sichereitskräften Verantwortlichen, inhaftiert worden waren, getötet wurden auf eine Weise, die diese Tötungen als extralegale Hinrichtungen erscheinen läßt... Einige dieser Gefangenen sollen vor ihrer Hinrichtung unter Anwendung von Folter verhört worden sein. ... amnesty international möchte ebenso Ihre Aufmerksamkeit lenken auf offensichtlich neue und unzulässige Arten der Verhaftung, die seit Ende Dezember 1982 aus dem Notstandsgebiet um Ayacucho berichtet werden. Verdächtige sollen im Verlauf von nächtlichen Haussuchungen durch in Zivil gekleidete Sicherheitsbeamte inhaftiert werden, die ihre Identität durch Maskierung verbergen.... Gefangene, deren Inhaftierung geleugnet wird, „verschwinden" zeitweise... amnesty international beunruhigen ebenso die Belege, daß ein unabhängiges Überwachen, Berichten oder Untersuchen dieser Übergriffe durch Nachrichtenmedien und peruanische Menschenrechtsorganisationen behindert und unterbunden wurde. Kräfte des militärischen Oberkommandos in Ayacucho schüchterten die Repräsentanten von Medien und Menschenrechtsorganisationen durch Verhaftungen, Drohungen und Gewalttaten ein...

Thomas Hammarberg
Generalsekretär



*Bauern im Hochland von Ayacucho*

Der bislang größte Stimmenanteil der IU (rund 30 %) darf die peruanischen Linke also nicht zu Illusionen verleiten. Es waren zur Hauptsache Nein-Stimmen, die Lima erstmals in seiner Geschichte einen linken Bürgermeister bescherten, Nein-Stimmen zur IWF-Politik der Regierung.

**Zwei ungleiche Verlierer: Guzman und Belaunde**

Der Wahlboykott von Sendero Luminoso wurde kaum befolgt: die Anzahl der Nicht-Wähler blieb im üblichen Rahmen und der von Abimael Guzman, Führer des Sendero Luminoso, über Ayacucho verhängte 3tägige Streik vermochte trotz einiger Attentate die große Mehrheit Ayacuchos nicht am Urnengang zu hindern. Das wird sogar als eigentliche Demonstration gegen Sendero interpretiert. Denn die bisherigen Streikaufrufe des PC del Peru/Sendero Luminoso hatten in Ayacucho meist den gewünschten Erfolg.
Doch das Volk hat genug. Im Kreuzfeuer von Sendero und Streitkräften kommen viele Bauern ums Leben, die sich weder den einen noch den anderen unterordnen wollen. Bei Vergeltungsaktionen sind ganze Dörfer dem Erdboden gleichgemacht worden und politische Arbeit wird von beiden Seiten unterbunden.
Hauptsächliche Zielscheibe des Wählerprotests vom 13. November ist jedoch unbestritten Belaunde Terry, der Architekt im Regierungspalast und Architekt einer bald 170 % Inflationsrate, einer 35 % Arbeitslosigkeit (rund 50 % sind unterbeschäftigt) und einer 11 Milliarden Dollar-Schuld, die allerdings – das hat sein Finanzminister in den Umschuldungsverhandlungen von Paris erreicht – zum größten Teil erst nach seiner Regierungszeit bezahlt werden muß.
Als Belaunde – gleichzeitig mit Sendero Luminoso – im Mai 1980 die politische Bühne des Landes zum zweiten Mal betrat, versprach er, eine Million Arbeitsplätze zu schaffen. Mit seiner Mannschaft von neoliberalen „Chicago-Boys" hat er's gewissermaßen auch geschafft: Peru importiert heute selbst Güter, die es traditionellerweise noch exportiert hatte (Zucker, Reis, Textilien etc.)
„Für verlorene oder nur kurzfristig rentable Investitionen haben wir uns in eine exzessive Verschuldung hineinmanövriert. Daher die Verarmung des Volkes, dessen Einkommen niemals dem Anstieg der Lebenshaltungskosten angepaßt worden ist!" Das sagt nicht Barrantes, das verkündete niemand anders als Belaunde selber, bei seinem Regierungsantritt im Juli 1980. Damals kostete das Brot Soles 2.50, heute zahlt man schon mehr als das 12fache dafür, während der Mindestlohn seither um höchstens 40 % angehoben worden ist.
Unter Velasco verstaatlichte Schlüsselindustrien im Minen- und Fischereisektor werden mangels Investitionen in den Bankrott getrieben (um dann reprivatisiert werden zu können), aber für den Kauf von 20 Mirage-Jägern (das Stück zu 70 Mio. US $) scheut der Architekt keine Kosten. Als Demokrat hat er mit fast 50 % der Stimmen in den Präsidentschaftswahlen von 1980 nach der Militärregierung von Morales Bermudez eine neue Aera einzuleiten versprochen. Heute, nach monatelanger Verhängung des Ausnahmezustands und einer Militarisierung und Argentinisierung der zentralen Provinzen des Landes (mit Folterungen, willkürlichen Verhaftungen und über 100 „Verschwundenen"), heute wird seiner Partei die Rechnung präsentiert: in Lima kommt AP noch auf ganze 12 % und auf nationaler Ebene steht sie nicht viel besser da.

**Vereinigte Linke?**

Dennoch zeichnet sich eine neue Phase in der Geschichte der peruanischen Linken ab: Izquierda Unida ist kein taktisches Wahlbündnis wie die ARI (Alianza Revolucionaria de Izquierda) oder selbst die IU von 1980 mehr. Sie ist ein Programm – und sie hat auch seit einem halben Jahr ein Parteiprogramm, das mehr ist als nur der kleinste gemeinsame Nenner ihrer Mitgliedsorganisationen. Und sie hat sich vor allem auch eine solide Basis in den armen Vierteln von Lima (sowie auch einigen „besseren" Quartieren) und in marginalisierten Regionen wie Puno und Cuzco geschaffen. Sogar im Norden des Landes hat sie sich als maßgebliche politische Kraft etablieren können. Erstmals kann sich damit die Linke neben der sozialdemokratischen APRA als Sprachrohr und Kampfinstrument der Massen behaupten.
1976 präsentierte sich in Peru eine Palette von über 20 linken Parteien aller Schattierungen. Zusammen – aber nicht vereint – erzielten sie 2 Jahre darauf, bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, zur eigenen Überraschung immerhin fast 30 % der Stimmen.
Wie wenig Zahlen und Wahlen an sich aussagen, zeigte sich freilich bei den Präsidentschaftswahlen von 1980: das fragile Wahlbündnis ARI zerbricht und die ungeeinte Linke kommt lediglich auf 13 %! Dieser Mißerfolg, der sich auch in der Bestellung des heutigen Parlaments niederschlug, führte am 13. September 1980 zur Gründung einer neuen, etwas homogeneren Allianz, der Izquierda Unida.
Izquierda Unida konnte schon zwei Monate nach ihrer Geburt anläßlich der letzten Kommunalwahlen rund 29 % der Wähler mobilisieren. Mit dem jetzigen Ergebnis von 35 % in Lima und ca. 30 % im Landesdurchschnitt ist sie zusammen mit der APRA (28 % bzw. 33 %) zur stärksten politischen Kraft des Landes geworden – immer und sofern man Wahlen als Gradmesser für politischen Rückhalt annimmt.
Die IU bleibt allerdings ein labiler Verband, der für „kannibalistische" Selbstzerfleischungspraktiken in den eigenen

## PERUANISCHE MINENARBEITER BRAUCHEN UNTERSTÜTZUNG

Am 26. Oktober 1982 schlossen die privaten Besitzer der Mine CATA ACARI (Südperu) die Mine aus wirtschaftlichen Gründen.
Daraufhin besetzten die 1800 Arbeiter die Mine und arbeiteten auf eigene Regie weiter bis die letzten Arbeitsmaterialien aufgebraucht waren und man ihnen den Strom abstellte. Daraufhin begannen die Minenarbeiter mit der Mobilisierung der Öffentlichkeit durch Hungerstreiks, öffentlichen Versammlungen, Kirchen- und Botschaftsbesetzungen, Straßenblockaden und 1100 Arbeiter mit ihren Familien machten sich dann auf einen Fußmarsch von über 1000 Kilometer von Arequipa nach Lima, auf dem einige Frauen und Kinder starben.
In Lima angekommen, besetzten sie den Regierungsplatz, was viele Verletzte und Verhaftungen zur Folge hatte.
Seit Dezember 1982 sind die 1100 Minenarbeiter nun mit ihren Familien hier in Lima und warten auf eine Lösung durch die Regierung. 700 Arbeiter blieben in der Mine zurück. Die Bedingungen unter denen die Minenarbeiter hier in Lima leben, sind unerträglich:
Ihr Essen besteht aus 2 Tellern Suppe und 2 Brötchen, die Krankheiten nehmen immer mehr zu (27 Fälle von Tuberkulose), einige Kinder starben bereits infolge von Krankheit und Unterernährung. Viele müssen in primitiven, kleinen Zelten im Innenhof des Gewerkschaftshauses schlafen, was dies bei Regen und Kälte bedeutet, kann sich wohl jeder ausmalen. Die Probleme der medizinischen Versorgung, der Kleidung und der Versorgung von so vielen Menschen auf engstem Raum werden immer größer. Es müßten z.B. Impfungen gegen Tbc vorgenommen werden. Des weiteren können die Kinder nicht zur Schule gehen und die Arbeiter müssen Tag für Tag in den Straßen und Bussen um Solidaritätsspenden bitten, die jedoch die Kosten allein für Nahrung nicht decken.
Bisher war die Solidarität aus dem Ausland recht dürftig. Bis auf Chile, Holland, Frankreich, Schweden und der UdSSR hat kaum jemand reagiert. Die internationalen Arbeiterorganisationen wurden angeschrieben, damit diese die Infos weitergeben, die Reaktion bisher war ein offener Brief an den Präsidenten Belaunde Terry.
Die Minenarbeiter verstehen sich als Kämpfer für die gesamte Arbeiterklasse, da dieses Problem nicht allein ihr Problem ist – und wenn sie ihren Widerstand aufgeben, wird dies auf die gesamte Arbeiterklasse Auswirkungen haben.
Eine internationale Arbeitersolidarität, vor allem auch in praktischer Hinsicht, ist hier dringend notwendig, um zum einen die Regierung zu einer Reaktion zu zwingen und zum anderen das Leben der Minenarbeiter mit ihren Familien zu retten.
Die Minenarbeiter haben inzwischen zum äußersten Mittel gegriffen, das ihnen noch verblieb: dem unbefristeten Hungerstreik. Sie haben diesen allerdings kürzlich unterbrochen, weil die Regierung mit ihnen Verhandlungen aufgenommen hat.
Die Arbeiter hier benötigen dringend Eure Solidarität, da dies kein Einzelfall ist. Weitere Minenarbeiter aus anderen Minen sind seit März 1983 hier in Lima, Fischer von Pesca-Peru sind zu Fuß von der gesamten Küste hier in Lima zusammengekommen. 20 000 Arbeiter der Schuhfabrik Diamante wurden von heute auf morgen auf die Straße gesetzt und besetzten ihre Fabrikhallen, . . . so könnte ich weitere Beispiele anfügen.
Der Arbeitskampf der Minenarbeiter ist einzigartig, um so begreiflicher ist es, daß weder die Regierung Perus, noch das Ausland bisher reagiert haben.

**Solidaritätsadresse der Minenarbeiter:**
Dr. Ricardo Dias Chavez
Jr. Puno 387, oficina 404
Lima/PERU

**Geldspenden bitte auf das CAJ-Konto mit dem Stichwort „Minenarbeiter" überweisen. CAJ, Okenstraße 15, 7800 Freiburg, PSch-Kto 114380-753, PSCHAmt Karlsruhe.**

entnommen (leicht verändert) aus: „aktion" (Christl. Arbeiterjugend), Januar 1984

Reihen anfällig ist. Das zeigt das Beispiel von Arequipa, wo die Spaltung innerhalb von IU der APRA trotz klarer linker Mehrheit zum Bürgermeister verholfen hat.
Auch wenn es nicht die großen Persönlichkeiten sind, die die Weltgeschichte machen, so ist doch nicht zu übersehen, daß es Alfonso Barrantes ist, der neue Bürgermeister von Lima, der in erheblichem Maß die „Harmonie der Auseinanderstrebenden" in der IU garantiert. Wird er aber mit dieser Hypothek, mit dem geringen Haushalt der Stadt und der zu erwartenden Obstruktion von Seiten der Zentralregierung seine Versprechen einlösen können? Wird er den Pueblos Jovenes, dem Armutsgürtel, der Lima umschließt, zu einer besseren Versorgung und Infrastruktur verhelfen können? Wird er die enormen Verwaltungs-, Transport-, Wohnungs- und Müllprobleme der aus allen Nähten platzenden Hauptstadt lösen können? Wird er überdies eine politische Plattform schaffen können, die der Wirtschaftspolitik der Regierung Paroli zu bieten und damit u.a. auch die massive Arbeitslosigkeit einzudämmen vermag?
Die bürgerliche CARETAS freute sich über den linken Pyrrhus-Sieg in Lima. Lima meinte sie, sei ein Danaergeschenk für die IU, sie werde sich an dieser Stadt die Zähne ausbeißen und so der APRA den Weg zur nächsten Präsidentschaft – in 1 1/2 Jahren – ebnen. Die Mittelklasse schwenkt bereits um: von der verbrauchten AP zur APRA. Es ist zu hoffen, daß sich IU nicht so sehr von dieser Wahl-Perspektive nur leiten läßt, daß sie vielmehr – wie im Wahlkampf angekündigt – zu allererst konkrete Schritte gemeinsam mit den „Armen in der Stadt und auf dem Land" unternimmt.
Einem Bündnis mit dem Volk steht der eifersüchtige Mitgliederdrang der IU-Parteien fast noch mehr im Wege als einem auch schon erwogenen mit der APRA. Nur gegen harten Widerstand von Parteiseite konnte Barrantes beispielsweise im März die Einrichtung von lokalen IU-Komitees durchsetzen, die auch unabhängigen Linken offenstehen. Der Andrang war dann gerade von dieser Seite groß. Diese nicht parteigebundenen Kräfte in der neuen IU könnten vielleicht noch am ehesten dem Ruf der letzten Wochen Nachdruck und wirkliche Geltung verschaffen: IZQUIERDA UNIDA JAMAS SERA VENCIDA!" (Die vereinte Linke wird niemals besiegt werden.)

(Beat R. Dietschy, Peru)






**Sendet folgenden Aufruf bitte an die beiden Adressen:**

1. Senor
Fernando Belaunde Terry
Presidente de la Republica del Peru
Palacio Presidencial
Lima PERU

2. Señoras y Señores
Dipûtados del Perú
Palacio Congreso
Lima - PERU

Estimado Senor Presidente,

aqui en la Republica Federal de Alemania hemos oido tento de los mineros despedidos de la mina de cobre de CATA ACARI como de otros mineros. Desde mas que onze messe los mineros de CATA ACRI y sus familias viven en circunstancias indiguas de un su hermano.
Cada esfuerzo a acercarse a Ud. con los reivindicaciónes justes era rechazado. Partialmente acciones policiales y detenciónes eran la respuesta.
Appoyamos el assunto legitimo de los mineros despedidos enérgicamente y su lucha para su reposicion.
Le pedimos de ofrecer ayuda economica inmediatamente y tambien de forcan la reposicion de los mineros de CATA ACRI.
Además le pedimos de cumplir con sus deberes como presidente democraticamente elejido y garantizar la realisación de los derechos humanos para todos los Peruanos.

Atentamente

Remitente/Absender:

...

...

**Sendet diesen Aufruf an folgende Adresse:**

Dr. Ricardo Dias Chavez
Jiron Puno 387
Oficina 404
Telephon 287106
Lima PERU

A los mineros de las minas CATA ACARI, Aquila, Ancash

Queridos amigos!

Aqui en la Republica Federal de Alemania hemos oido de su lucha por sus puestos de trabajo. Sabemos que están desde diciembre 1982 en Lima y tienen que vivir bajo condiciónes indiguas de un ser humano.
Estámos consternado y indiguado que el gobierno Belaúnde no reacciona sino con violencia y repressión a sus reivindicaciónes y los de su sindicato. Su lucha es unica en el movimiénto obrero internacional. Nos declaramos solidarios con Vds.; por el Gobierno Belaúnde para que termine la repression y ofresca negociaciónes.
Les apoyamos en la lucha común.
Les salúdamos muy solidariamente

Remitente/Absender:

...

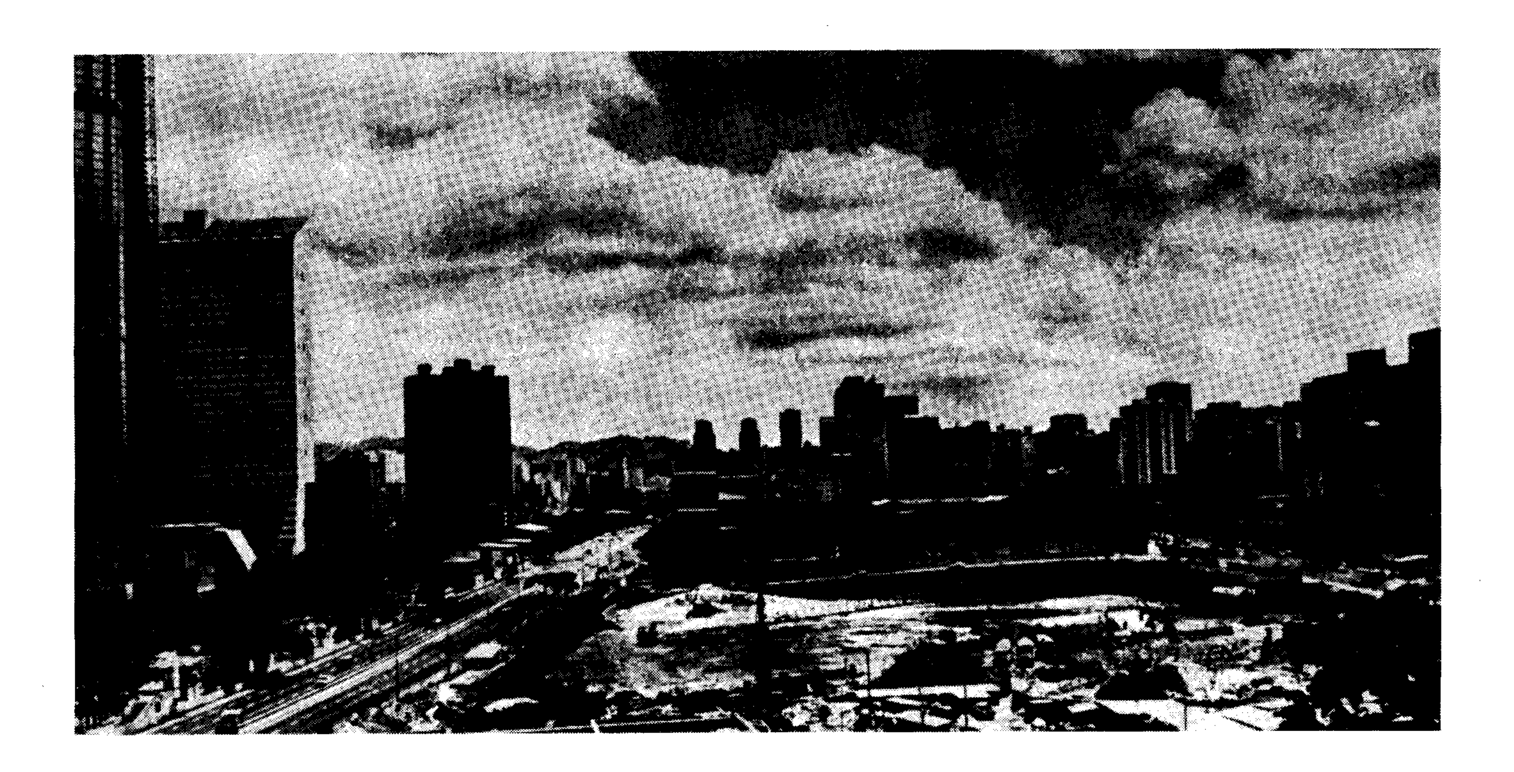
...





Venezuela

# Die längsten und teuersten Wahlen der Welt



**Am 4. Dezember 1984 fanden in Venezuela Präsidentschafts- und Kongreßwahlen statt. In dem südamerikanischen Ölland besteht seit 1958 eine repräsentativ-demokratische Herrschaftsform. Seit den Wahlen von 1968 haben sich die beiden staatstragenden Parteien, die sozialdemokratisch ausgerichtete Accion Democratica (AD) und die christdemokratisch orientierte COPEI, nach jeder Wahl an der Regierung abgelöst. Bei den jüngsten Wahlen verlor die COPEI aufgrund der unpopulären christdemokratischen Regierung von Herrera Campins (1979 – 1984); dagegen konnte die AD, die den Aufbau einer „sozialen Demokratie" versprach, einen hohen Wahlsieg erzielen. Den zersplitterten Linksparteien gelang es trotz krasser Einkommensunterschiede und wachsender wirtschaftlicher Probleme nicht, ihren politischen Einfluß in der Gesellschaft und ihren Stimmenanteil an den Wahlergebnissen zu vergrößern.**

Die Regierung des scheidenden Präsidenten wird allgemein als die unpopulärste Administration seit dem Sturz des letzten Diktators im Jahre 1958 angesehen. Im Wahlkampf 1978 hatte Herrera Campins eine „Regierung für Arme angekündigt" und versprochen, die Korruption und Mißwirtschaft in der staatlichen Bürokratie zu beenden, um dadurch eine gerechte Verteilung des Ölreichtums zu ermöglichen (vgl. iz3w, Nr. 75, Febr. 79, S. 11-14). 1980 stellte sich jedoch ein Zustand wirtschaftlicher Stagnation ein, und die Einkommenslage der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren verschlechtert.

**Wirtschaft ohne Wachstum**

Als Ölexportland wies Venezuela jahrzehntelang ein kontinuierliches ökonomisches Wachstum auf, erreichte ein mit den Industriestaaten vergleichbares Konsumniveau eines (kleineren) Teils der Bevölkerung und verfügt über das höchste Pro-Kopf-Einkommen in Lateinamerika (1980 = 3.630 US-Dollar). Die Auswirkungen der Öleinnahmen auf die Gesellschaft waren dabei sowohl stabilisierender wie destabilisierender Art. Auf der einen Seite hat das Öl dem Staat eine herausragende Rolle in der Wirtschaft verliehen und bildet damit die Voraussetzung für einzelne systemstabilisierende Maßnahmen und indirekte Ausschüttungen zugunsten der armen Bevölkerung. Zum anderen hat die Konzentration auf den Erdölexport gesellschaftliche Verzerrungen und soziale Ungleichheit hervorgerufen und ein Entwicklungskonzept entstehen lassen, dessen Bestand von einem weiteren Fluß der Öleinkünfte abhängt.
Diese Doppelfunktion des Öls wurde unter der AD-Regierung von Carlos Andres Perez (1974 – 1979) besonders deutlich. So wurden zwar durch die weltweite Vervierfachung der Ölpreise im Jahre 1974 und die Nationalisierung der Erdöl- und Eisenerzindustrien die Bedingungen geschaffen, um ein großangelegtes staatliches Modernisierungsprogramm in Gang zu setzen, gleichzeitig wuchsen jedoch die gesellschaftlichen Ungleichgewichte: Die mit Verzögerung fertiggestellten Schwerindustrien sind defizitär und nicht ausgelastet, mit dem Einfließen der Petro-Dollars stiegen die öffentlichen Ausgaben und Korruption und die Abhängigkeit vom Öl nahm entgegen den Zielsetzungen der Entwicklungspläne („Das Eröl aussäen"!)

weiter zu. Dank einer allgemeinen Konsumsteigerung konnte die Einkommensverteilung kurzfristig etwas verbessert werden, und die Arbeitslosigkeit sank von 8,4 % (1970) auf 4,9 % (1978).(1) Ab 1977 zeichnete sich jedoch immer deutlicher eine Rezession ab.

Die Schwierigkeiten der AD-Regierung beim Umgang mit den Ölgeldern bildeten das zentrale Thema im Wahlkampf des Jahres 1978 und wurden von von dem späteren Präsidenten Herrera Campins in drastischer Weise aufgegriffen. So lautete ein Slogan der COPEI „Wo sind die Groschen geblieben?", während der Präsidentschaftskandidat Reformen zugunsten der Armen ankündigte. Der Gegensatz zwischen den Reformversprechen im Wahlprogramm und den liberal-monetaristischen Vorstellungen der Christdemokraten äußerte sich ab 1979 in einer widersprüchlichen Wirtschaftspolitik. Im Gegensatz zu der vorangeganenen Regierung kündigte Herrera Campins nach seiner Amtsübernahme eine Austeritätspolitik und die Kürzung unproduktiver staatlicher Ausgaben an. Erklärtes Ziel der christdemokratischen Wirtschaftspolitik war der Übergang von einer stark interventionistischen Rolle des Staates zu einer Wirtschaftsordnung, in der die „freien Kräfte" des Marktes die realen Preise für Güter, Arbeitskräfte und Kapital bestimmen sollten. Diese Wirtschaftspolitik stieß schnell an ihre Grenzen: Zum einen ist die einheimische Industrie international nicht konkurrenzfähig, weshalb die Aufhebung protektionistischer Bestimmungen gegenüber Importwaren zum Bankrott von kleinen und mittleren Industrien führte. Zum anderen scheiterte der Versuch, durch eine Preisliberalisierung den Wettbewerb zu fördern, an der Realität des venezolanischen Marktes. Die starke Oligopolisierung der Wirtschaft führte dazu, daß die in sog „roscas" zusammengeschlossenen Unternehmer nach Aufhebung von Kontrollbestimmungen die Preise durch Absprachen in die Höhe trieben und damit ihre ohnehin extrem hohen Gewinnraten zunächst noch weiter vergrößern konnten. Nach zunehmenden Protesten gegen die unpopuläre Wirtschaftspolitik von Seiten der Gewerkschaften erfolgte im August eine Rückkehr zur Preisregulierung. Anfang 1983, nach der Abwertung des Bolivar und der Einführung von Wechselkurskontrollen, folgte dann eine vorübergehende Einfrierung der Preise und ein sog. „administriertes Preissystem". (2)

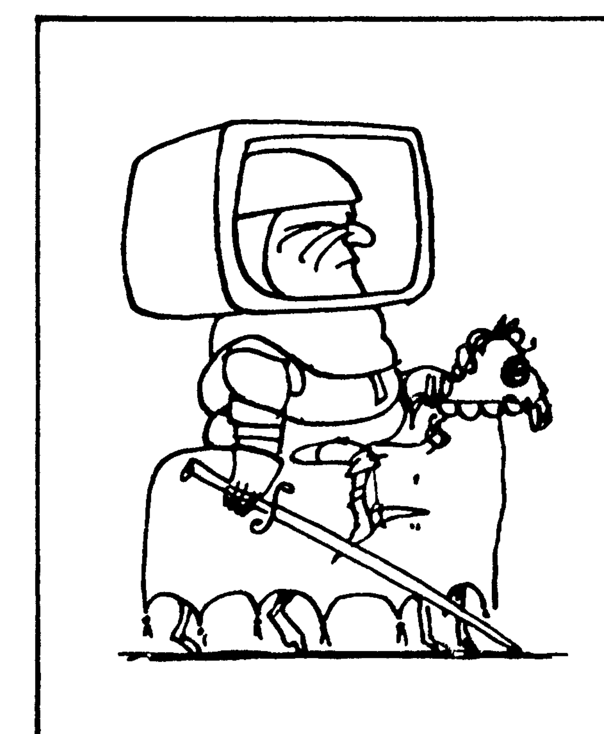
Aufgrund dieser wechselhaften Politik geriet die christdemokratische Regierung, deren Wirtschaftskurs anfangs den Beifall der Unternehmer fand, zunehmend im Gegensatz zur Privatindustrie. Dies kam in zahlreichen Reibereien zwischen der Regierung und dem mächtigen Unternehmerverband FEDECAM ARAS zum Ausdruck. Die Regierung warf den Unternehmern mangelnde Aktivität vor, und der Präsident bezeichnete sie u.a. als „die Reichen, die nicht in der Öffentlichkeit weinen sollten". (3) Am Ende seiner Amtsperiode standen Herrera Campins damit vor dem für ihn fatalen Ergebnis, daß alle relevanten Interessengruppen Kritik an seiner Wirtschaftspolitik übten.

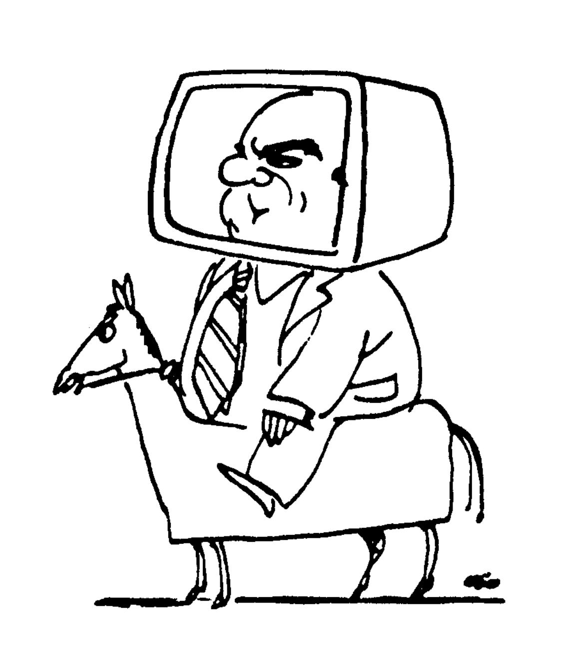
Unter den venezolanischen Wirtschaftswissenschaftlern gibt es zwar unterschiedliche Einschätzungen, was das Ausmaß und die Überwindungschancen der gegenwärtigen Krise anbelangt. Eine Reihe von ihnen weisen auf den strukturellen Charakter der Krise und die „Grenzen des Akkumulationsmodells" hin (4).

Es herrscht jedoch eine seltene Einmütigkeit, daß die Regierung wesentlich zur Verschärfung der Krise beigetragen hat und daß die internen politischen Faktoren eine wichtige Rolle gespielt haben. Negative Auswirkungen hatte vor allem die plötzliche Aufgabe der in Venezuela ausgeprägten staatlichen Orientierungsfunktion der Wirtschaft (5), die geringe Berechenbarkeit der wirtschaftspolitischen Dekrete der Regierung sowie die Meinungsunterschiede zwischen dem Finanz-, dem Wirtschaftsminister und dem Präsidenten der Zentralbank, die jeweils unterschiedliche Industriefraktionen vertreten. (6)

Ein wichtiger Beleg für die Bedeutung der internen Faktoren bei der Krise ist die Tatsache, daß die Rezession mit

**los partidos.** Caldera Lusinchi 22 de agosto de 1983





dem durch den iranisch-irakischen Konflikt ausgelösten zweiten Ölboom zusammenfällt, der zwischen 1979 und 1981 einen realen Anstieg der Exporte um 16,9 % brachte (7). Die Durchschnittspreise für venezolanisches Öl stiegen von 12,04 US-Dollar/Faß (1978) auf 29,73 US-Dollar/Faß (1981) und sanken dann etwas auf 27,42 US-Dollar (1982). (8) Damit verfügte Herrera Campins in den ersten drei Regierungsjahren über höhre Öleinnahmen als die vorherige Regierung während ihrer gesamten Amtszeit.
„Ich übernehme ein verschuldetes Land", hatte Herrera Campins in seiner Antrittsrede Anfang 1979 gesagt und schwere Vorwürfe gegenüber der vorherigen Regierung erhoben. Tatsächlich ist die öffentliche Verschuldung während seiner Amtsperiode von 81,4 Mrd. Bs. (1978) auf ca. 145,3 Mrd. Bs (1982) gestiegen. (9) Zu den öffentlichen Auslandsschulden von 26 Mrd. US-Dollar kommen 8 Mrd. US-Dollar private Auslandsschulden, womit Venezuela die höchste Pro-Kopf-Auslandsverschuldung Lateinamerikas besitzt (2.312 US-Dollar). (10) Der genaue Betrag der Auslandsverschuldung war lange unbekannt, da die Regierung keine Richtlinien für die Kreditaufnahme im Ausland ausgab und auch keinerlei Kontrolle ausübte. Dies hatte zur Folge, daß eine Reihe von staatlichen Instituten und Gesellschaften unabhängig von der Regierung kurzfristige Kredite bei ausländischen Privatbanken aufnahmen. Die meisten Schulden bestehen nun gegenüber ausländischen Privatbanken, während gleichzeitig ihre Laufzeit stark zurückging. Seit 1978 diente die Verschuldung weitgehend zur Bezahlung der schon bestehenden Auslandsschuld und zur Finanzierung der Kapitalflucht in die USA. (11) 1980 entstand dadurch ein Zustand der Stagflation. Venezuela erzielte nur ein Nullwachstum, wobei neben den Schuldenabzahlungen die staatliche Bürokratie den größten Teil verschlang. Für 1983 rechnet man mit einem Rückgang des Wachstums um mindestens – 3 %. Die Arbeitslosigkeit liegt gegenwärtig bei 18 % (d.h. über 800.000 Arbeitslose). (12) Angesichts der Verteuerung der Lebensmittel u.a. durch die Freigabe der Preise für Grundnahrungsmittel hat sich die Einkommenslage der Bevölkerung erheblich verschlechtert. Die industriellen Kapazitäten sind derzeit im Durchschnitt nur zu etwa 40 % ausgelastet, und vor allem der Baubereich ist nach dem Ausbleiben öffentlicher Aufträge in eine Flaute eingetreten. Die Abwertung des Bolivar hat besonders in der Automobilindustrie die Produktionskosten in die Höhe getrieben und könnte den Rückgang der produzierten Einheiten (1978 = 200.000; 1982 = 160.000) verstärken. (13)
Die Korruption, die 1978 ein Wahlkampfthema war, ist weiter gestiegen. Die Privatisierung staatlicher Gelder erreichte einen neuen Höchststand: Während der von der Regierung Andres Perez für das Kühlschiff „Sierra Nevada" bezahlte Überpreis von 2 Mio. Dollar dem Ex-Präsidenten eine öffentliche Rüge der eigenen Partei und eine wochenlange parlamentarische Diskussion einbrachten, (14) blieben die weitaus größeren Affären der Regierung Herrera Campins bislang ohne Folgen. Bei dem Skandal um den Ankauf von südafrikanischem Mais sollen statt 300 Mio. Bolivar 400 Mio. bezahlt worden sein, und der ehemalige Präsident der Elektrizitätsgesellschaft Cadafe soll sich mit 200 Mio Bolivar nach Paris abgesetzt haben. (15)
Die laufenden Ausgaben erhöhten sich darüber hinaus durch den weiteren Anstieg der in irgendeiner Form beim Staat beschäftigten Bevölkerung von 800.000 (1979) auf etwa 1,2 Mio. (1983).

Die Probleme bei den Umschuldungsverhandlungen riefen den Internationalen Währungsfonds (IWF) auf den Plan, der Mitte 1983 Vorschläge zur wirtschaftlichen Sanierung vorlegte, die tiefgreifende Einschnitte beinhalten würden. Dazu gehören: Preiserhöhungen bei den Inlandspreisen für Benzin und Erdölderivate sowie im Dienstleistungssektor; Rückgang bei den öffentlichen Ausgaben um 20 %; Reduzierung der staatlichen Subventionen und Einfrieren der Löhne. (16) Die Rezepte des IWF wurden vor den Wahlen von allen Parteien abgelehnt. Die Aussichten der neuen Regierung, die Verhandlungen mit den Gläubiger-Banken ohne die Einschaltung des IWF zum Abschluß zu bringen, sind nicht schlecht angesichts der Öleinnahmen des Landes. (17)

**Viele Kandidaten – schwache Programme**

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der COPEI-Regierung standen im Mittelpunkt des Wahlkampfes. Jaime Lusinchi, der Präsidentschaftskandidat der AD, stellte seine Wahlstrategie unter das Motto „Bringen wir das Land wieder in Schwung" und gab die bürgernahe Parole aus: „Mit AD lebst Du besser!" In seinem Regierungsprogramm mit dem Titel „Ein Pakt für die soziale Demokratie" versprach er, die Einkommensunterschiede abzubauen und durch einen „Sozialpakt" zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern Elemente der Mitbestimmung zu fördern. Absolute Priorität sollen der ländliche Bereich und die Reaktivierung der Wirtschaft erhalten. Im Vordergrund der AD-Propaganda stand die Kritik an der Regierung und es wurden gegen die christdemokratische Partei gerichtete Parolen ausgegeben: „Die Copeianer bringen nur Unglück" oder „So etwas hält keiner aus. Gott sei Dank, daß sie gehen."

Aufgrund der Ablehnung des amtierenden Präsidenten konnte die COPEI nicht von der Regierungspropaganda profitieren; sie ging vielmehr auf Distanz zur eigenen Regierung. Ihr Kandidat, der Ex-Präsident Caldera, behauptete, die Krise habe ein solches Ausmaß erreicht, daß nur ein „nationaler Kandidat" das Land wieder nach vorne bringen könne. „Die Lösungen, die Venezuela braucht", lautete deshalb der Titel seines Regierungsprogrammes. Um sein Ziel zu erreichen, hatte Caldera seit 1982 häufig Regierungsmaßnahmen kritisiert. Seine Kampagne lief unter dem gut gereimten Slogan: „Venezuela entera mecesita a Caldera" (ganz Venezuela braucht Caldera). Er versprach 1 Mio. neuer Arbeitsplätze zu schaffen und die Einführung eines Lebensmittelbons für die Armen, womit sein Wahlkampf wesentlich populistischere Züge trug als der von Lusinchi. Caldera stellte im Wahlkampf seine eigene Person völlig in den Vordergrund. Auf der großen Abschlußkundgebung in Caracas überraschte er das Publikum mit der Ankündigung „Ich werde die beste Regierung in diesem Jahrhundert machen".
Gegenüber den beiden staatstragenden Parteien AD und COPEI besaßen die übrigen Gruppierungen keine Chancen. Die venezolanische Linke, deren eigentliches Stimmenpotential auf bis zu 20 % geschätzt wird, leidet an chronischen Spaltungstendenzen und trat 1983 mit mehreren Kandidaten an. Die beiden wichtigsten Kandidaten waren Teodoro Petkoff für die „Bewegung zum Sozialismus" (MAS) und die „Bewegung der Revolutionären Linken" (MIR) sowie Jose Vicente Rangel für ein linkes Wahlbündnis von neun kleineren Gruppierungen. Die MAS, bisher drittstärkste Partei, legte ein gemäßigt sozialistisches Programm unter dem Titel „Kraft, um zu wechseln" vor. Damit wollte die MAS besonders die Jungwähler ansprechen, deren Zahl im Jahre 1983 bei 1,6 Mio. lag und sich als sympathische Kraft einer politischen Erneuerung präsentieren. Auch die Wahlpropaganda beruhte auf dieser Idee: ein Abziehbild mit dem Namen Teodoro enthielt in dem o eine aufgehende Sonne, vor der sich die Silhouetten von zwei Palmen abzeichneten. Die „Bewegung zum Sozialismus" hat sich von ihren marxistischen Ursprüngen zu einer Partei mit einem schon fast sozialdemokratischen Programm entwickelt. In den Monaten vor den Wahlen gab




*Wahlwerbung der AD: „Die Copeianer bringen nur Unglück*

es eine heftige Debatte über die Aktualität der sozialsitischen Zielsetzungen für die Partei. Eine Fraktion in der MAS hatte Kritik an der innenpolitischen Situation in Kuba und Nicaragua geäußert, während die Parteiführung die Notwendigkeit einer sozialistischen Position hervorhob. (18) Im Unterschied zu den vorherigen Wahlkämpfen verfügte die MAS diesmal über größere Geldmittel.
Rangel, den man in Venezuela auch als den „Dauerkandidaten der Linken" bezeichnet, war diesmal Kandidat eines Wahlbündnisses von neun kleineren Gruppierungen, deren einigendes Band im Grunde die Ablehnung von Petkoff und der MAS war. Dabei profitierten die Mini-Parteien von der Popularität, die Rangel in der öffentlichen Meinung und bei der Bevölkerung besitzt. Er wurde als „die Lösung" präsentiert; sein Programm trug den Titel „Eine Regierung des nationalen Notstandes". Rangel verfügte über sehr viel weniger finanzielle Mittel als die MAS und kritisierte die hohen Wahlkampfausgaben der anderen Parteien.
Darüber hinaus kandidierten noch acht weitere Präsidentschaftsbewerber, die keinerlei Erfolgsaussichten hatten.

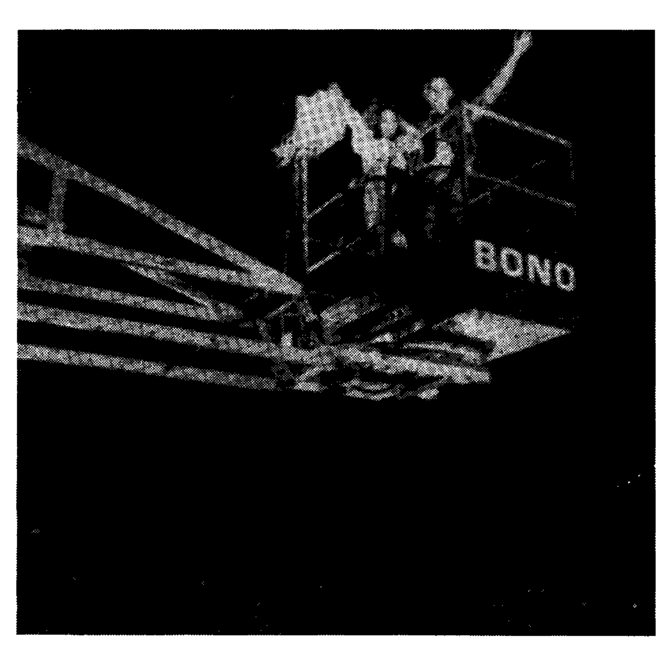



*Wahlwerbung für Jose Vincente Rangel*

Unabhängig von den heftigen persönlichen Angriffen in dem Wahlkampf sind die tatsächlichen Unterschiede zwischen den etablierten Parteien AD und COPEI gering. Ihre Programme sind nur schwer zu erhalten und enthalten keine genauen Angaben, wie die Krise überwunden werden soll. Außenpolitische Themen – etwa die nordamerikanische Invasion der vor der Haustür liegenden Insel Grenada oder die Politik gegenüber Mittelamerika – waren im Wahlkampf völlig bedeutungslos.

**Der längste Wahlkampf der Welt**

Die Wahlkämpfe in Venezuela gelten als die längsten und teuersten auf der ganzen Welt. Offiziell begann der Wahlkampf im April 1983, tatsächlich beschäftigten sich die Parteien seit gut zwei Jahren mit nichts anderen. Das kommerzielle Fernsehen und die Tageszeitungen waren monatelang voller Anzeigen, die sich auf einem niedrigen politischen Niveau bewegten und sich vollkommen auf die Person des jeweiligen Spitzenkandidaten konzentrierten. Wahlforscher haben errechnet, daß eine Stimme bei den letzten Wahlen (1978) ganze DM 70,– gekostet hat (die Kosten in der Bundesrepublik liegen bei etwa DM 4,–) (19). Nach vorsichtigen Schätzungen hat der Wahlkampf des Jahres 1978 DM 325 Mio. verschlungen. Davon waren 10 % Zuwendungen der Obersten Wahlbehörde, 90 % entstammen jedoch privaten Geldquellen. (20) Für die jüngsten Wahlen liegen noch keine genauen Zahlen vor. Bis Juni 1983 entfielen jedoch 88 % der Wahlkampfkosten allein auf AD-COPEI. (21) Die etablierten Parteien sind damit den Linksparteien durch ihre finanziellen Ressourcen und Machtmittel haushoch überlegen. Bei den Wahlen von 1973 soll ihr Verhältnis an propagandistischem Aufwand gegenüber den linken Parteien 118 : 1 betragen haben. (22) 1978 und besonders 1983 fiel das Verhältnis aufgrund des erhöhten Aufwandes vor allem der MAS günstiger aus.
Beim letzten Wahlkampf dürften die Gesamtausgaben noch höher gelegen haben, es wurde daher eine Einschränkung




*Kandidatose Vincente Rangel auf dem Kran und in der Luft*

des überlangen Wahlkampfes gefordert. Gleichzeitig wurde Kritik an den beiden hochbezahlten nordamerikanischen Wahlkampfberatern David Garth und Jo Napolitan geübt, die für die COPEI bzw. für die AD tätig sind. Seit 1968 nehmen die beiden etablierten Parteien jeweils US-Wahlexperten unter Vertrag. Mittlerweile verfügen die großen Parteien über eigene, mit modernstem technischen Gerät ausgerüstete Wahlkampfteams. Die Orientierung an nordamerikanischen Werbetechniken führt zu immer kostspieligeren Materialschlachten und zu entideologisierten Wahlkämpfen.

Bei den im Fünfjahresabstand stattfindenden Präsidentschafts- und Kongreßwahlen besteht Wahlpflicht. Es wäre allerdings falsch, die bei ca. 90 % liegende Wahlbeteiligung allein auf die Wahlpflicht und den massiven Einsatz von modernen Werbetechniken zurückzuführen. Die Venezolaner beteiligen sich aktiv an den Wahlkämpfen, die zuweilen den Charakter von Festen annehmen. Größere Kundgebungen beginnen zumeist mit dem Absingen der Nationalhymne. Zu Beginn der Veranstaltung treten Folkloregruppen und Animateure auf. Währenddessen verteilen Aktivisten Parteifahnen, Mützen und zuweilen auch Bierdosen und Kekse. Nach einigen Vorrednern tritt der jeweilige Präsidentschaftskandidat ans Mikrofon und hält den abschließenden Beitrag, der meist nur wenige programmatische Aussagen enthält.
In der Woche vor dem Wahlsonntag finden in der Hauptstadt Caracas die Abschlußkundegebungen statt. Dann ruht auf der Stadtautobahn Avenida Bolivar für vier Tage der Verkehr und auch in mancher staatlichen Behörde wird die Arbeit eingestellt. Aus den verschiedenen Stadtteilen ziehen ab Mittag die Anhänger der Parteien mit Fahnen und teilweise mit Trommeln in die Innenstadt, um die Avenida Bolivar vorübergehend zu „besetzen". Zunächst treten Musikgruppen und Sänger auf. Meistens beginnen die Reden der Kandidaten erst nach Einbruch der Dunkelheit. Die Spitzenkandidaten der Linksparteien ließen sich dieses Mal einen neuen Werbetrick einfallen: Von einer hellerleuchteten Tribüne, auf der sich die Parteiführer versammelt hatten, ließen sie sich mit ihren Frauen von einem hydraulichen Kran noch einmal 20 m über die Menschenmenge heben. Hinter den Präsidentschaftskandidaten der „Bewe-

**„Mayanische Weberei im Spannungsfeld Zentralamerika"**
**Eine Ausstellung**
Das ist keine Kunstausstellung im herkömmlichen Sinn. Auch keine reine Verkaufsausstellung. Unter dem Titel „Mayanische Weberei im Spannungsfeld Zentralamerika" soll der Öffentlichkeit zunächst in Mainz ein neuartiges Beispiel der praktizierten Partnerschaft mit der sogenannten Dritten Welt vorgeführt werden. Näheres verrät die Unterüberschrift: Versuch eines Projektes mit der Cooperative Sancta Jolobil im Hochland von Chiapas, Mexiko. Was hier auf Initiative eines Mitglieds der Dritte-Welt-Gruppe Worms verwirklicht werden soll, läßt sich als eine Kombination von Informationsarbeit und gleichzeitiger materieller Unterstützung für eine indianische Minderheit charakterisieren.
Die in der Ausstellung gezeigten Originaltextilien sind so mit Fotos, Grafiken und Texten verbunden, daß sie beim Besucher Verständnis schaffen können für die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Produzenten.
Die Ausstellung kann bis 19. Februar im Rathaus von Mainz besichtigt werden.

**Sie kann auch ausgeliehen werden über:**
**Wolfgang Vogel, Zehnthofstraße 36, 6503 Mz.- Kastel, Tel 06134/21326**

gung zum Sozialismus" erschien eine Leuchtreklame mit der Aufschrift „cambio" (Wechsel), gleichzeitig stiegen Feuerwerkskörper in die Luft.
Am folgenden Tag erscheinen Bilder von den Massenkundgebungen im Fernsehen und in der Tagespresse. Mit den Zahlangaben wird dabei schamlos übertrieben. So bezeichnete die COPEI ihre Abschlußkundgebung als „nationale Invasion der Avenida Bolivar", und die AD sprach von der „größten Versammlung unter dem Himmel von Caracas". Die beiden staatstragenden Parteien AD und COPEI konnten diesmal fünfmal so viele Menschen mobilisieren wie die Linksparteien.

**Der Wahlsieg der AD**

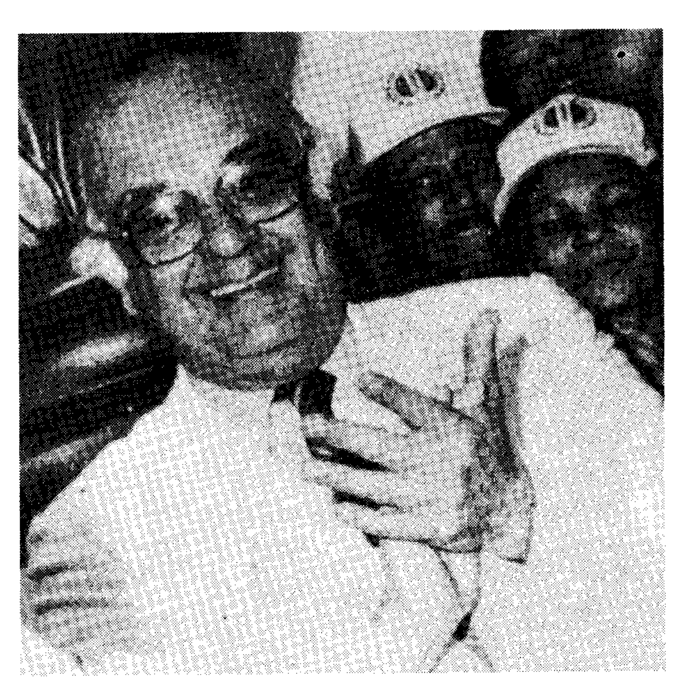
Überraschend an dem Wahlausgang war die Höhe des Sieges von Lusinchi und der AD. Lusinchi erreichte den höchsten Stimmenanteil aller gewählten Präsidenten seit 1958.

*Erststimmen*

| | | % |
|---|---|---|
| Eingeschriebene Wähler | 7.777.892 | |
| Enthaltungen | | 12,67 |
| Jaime Lusinchi | 3.770.647 | 56,84 |
| Rafael Caldera | 2.292.637 | 34,57 |
| Teodoro Petkoff | 276.263 | 4,17 |
| Jose Vicente Rangel | 220.207 | 3,32 |

Quelle: SIC, Nr. 461 (1984), S. 3 – 4

Die Stimmenkonzentration auf AD und COPEI nahm gegenüber 1978 weiter zu und erreichte fast 80 % der Zweitstimmen. Der Wahlsieg der AD erstreckte sich auf alle 21 Bundesstaaten. Dagegen konnten die Linksparteien ihr Ergebnis gegenüber 1978 nur minimal verbessern. Leichte Verluste für die Linke gab es in der Zentralregion um Caracas, während sie in einigen ländlichen Gebieten Stimmgewinne verzeichnen konnte.
Für den hohen Wahlsieg der AD kann man folgende Gründe anführen. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage für breite Bevölkerungsschichten war ein wichtiger Faktor. Die AD erschien als einzige Regierungsalternative und konnte die Stimmen der Unzufriedenen auf sich konzentrieren. Der Partei kam dabei zugute, daß sie intern geeint war und es keine sichtbaren Flügelkämpfe gab wie in der COPEI. Ob die AD allerdings ihren Vorsprung bis zu den nächsten Wahlen halten kann, hängt von dem Erfolg ihrer wirtschaftlichen Politik ab. Ansonsten droht ihr ein ebenso schneller Popularitätsverlust wie der COPEI ab Ende 1979.
Die COPEI mußte die größte Niederlage in ihrer Geschichte hinnehmen. Die Kritik an der eigenen Regierung im Wahlkampf wurde von der Bevölkerung als unglaubwürdiger und rein personalistischer Streit empfunden. Die Strategie, ein düsteres Krisenbild zu zeichnen, um dann Caldera in der Wahlwerbung als rettenden Messias darzustellen, kam bei der Wählerschaft nicht an.
Der zweite große Verlierer der Wahl war die politiche Linke, der es trotz der sozialen und wirtschaftlichen Krise nicht gelang, ihren Stimmenanteil zu verbessern. Ein grundsätzliches Problem der venezolanischen Linken ist ihre chronische Tendenz zur Zersplitterung. Wenn sich die verschiedenen Gruppierungen auf einen Kandidaten einigen würden, könnten sie ein wesentlich besseres Wahlresultat erzielen. Darüber hinaus gibt es jedoch politische Differenzen: Die sog. traditionelle Linke neigt zu Wahlbündnissen um einzelne populäre Politiker und unternimmt keinerlei ernsthafte Anstrengungen, um eine gemeinsame Plattform auszuarbeiten. Dagegen trat die MAS ursprünglich mit dem Anspruch auf, ein neues, den venezolanischen Verhältnissen angepaßtes Parteiprogramm und Konzept zu entwerfen, um die Ära der populistischen Linksbündnisse zu beenden. Zwischen diesen beiden Konzepten ist eine Annäherung derzeit kaum möglich.
Darüber hinaus hat die Linke zunehmend Schwierigkeiten, sich vor der armen Bevölkerung als wirkliche politische Alternative darzustellen. So hängt das schlechte Abschneiden der MAS nicht zuletzt mit ihrer starken Anpassung an die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zusammen. In den letzten Jahren hat die MAS sowohl im Parlament als auch an der Basis auf konkrete Arbeit verzichtet und sich zunehmend der politischen Praxis sowie den Wahl-



*Der neue Präsident*

kampfmethoden der etablierten Parteien angeglichen. Dadurch hat sie ihr eigenes Profil eingebüßt und Protestwähler, die mit dem bestehenden System unzufrieden sind, verloren.

**Die Aussichten der neuen Regierung**

In seinen ersten Äußerungen hat der neugewählte Präsident Jaime Lusinchi, der am 2. Februar 1984 die Regierung übernommen hat, allzu hohe Erwartungen auf eine schnelle Verbesserung der wirtschaftlichen Lage gedämpft. Für die nächsten zwei Jahren sind die wirtschaftlichen Prognosen ungünstig, erst danach könnte sich eine leichte Verbesserung einstellen.
In Ansätzen beginnt sich in der venezolanischen Gesellschaft die Erkenntnis durchzusetzen, daß die Zeiten des aus dem Öl-Boom leicht gewonnenen „schnellen Geldes" der Vergangenheit angehören. Die Ausgabefreudigkeit der konsumorientierten Mittelschicht, die in den Einkaufs- und Ferienreisen von einer halben Million Venezolaner im Jahr nach Miami und New York ihren sichtbarsten Ausdruck fand, wurde durch die Abwertung des Bolivar Anfang 1983 ohnehin eingeschränkt. Unterdessen debattiert man in der venezolanischen Öffentlichkeit über ein sog. „alternatives Entwicklungsmodell", mit dem man die absolute Abhängigkeit von den Öleinnahmen abbauen und den – im Unterschied zu den ärmeren südamerikanischen Nachbarstaaten – vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum gerechter verteilen möchte. Da sich von der Regierung über den Unternehmerverband bis hin zu den Gewerkschaften nahezu alle

gesellschaftlichen Macht- und Interessengruppen einträchtig an dieser Debatte beteiligen, sind die Aussichten gering, daß es zu einer wirklichen Kurskorrektur der Entwicklungsstrategie kommen könnte.
Ob die neue Regierung Versuche unternimmt, um ihre Versprechen von der Einrichtung einer „sozialen Demokratie" einzulösen, hängt von zwei Faktoren ab: Einmal von der Entwicklung der Weltmarktpreise für Erdöl, die in Venezuela traditionell den Handlungsspielraum der Sozialpolitik der jeweiligen Regierung markieren. Zum anderen davon, ob der reformwillige Flügel in der „Partei der demokratischen Aktion" (AD) ein größeres Gewicht erhält. Dieser sozialdemokratische Flügel in der AD gruppiert sich um den Planungsminister Matos Azocar. Ein Teil der AD begegnet den Mitbestimmungskonzepten jedoch mit Skepsis, so daß es zweifelhaft ist, ob sie in die Praxis umgesetzt werden können. Die Ernennung von Manuel Aizpurua, der eng mit dem Wirtschaftsimperium des Mendoza-Clans verbunden ist, zum Wirtschaftsminister weist in die entgegengesetzte Richtung. Vor und während des langen Wahlkampfes wurden Vorschläge gemacht, um sein zeitliches Ausmaß und die horrenden finanziellen Ausgaben einzuschränken. Angesichts der Tatsache, daß fast 40 % der städtischen Bevölkerung in Armutsvierteln lebt und etwa 50 % der Kinder Zeichen von Fehl- und Unterernährung aufweisen, sind die hohen Aufwendungen für den Wahlkampf nicht zu rechtfertigen, zumal sie nur zu Werbezwecken dienen.
Nach den bisherigen Wahlen hat es jedoch stets an dem politischen Willen gefehlt, solche Überlegungen auch tatsächlich in die Praxis umzusetzen. Wahrscheinlich wird es auch dieses Mal nicht zu einer Reform der Wahlgesetzgebung kommen. Schon jetzt beginnen sich in den großen Parteien einzelne Gruppen auf den nächsten Wahlkampf vorzubereiten, um dadurch eventuell innerparteilich ihren Kandidaten durchzusetzen. Schließlich sind die nächsten Wahlen ja erst im Jahre 1988.

Nikolaus Werz

**Anmerkungen**

1) Jose A. Silva Michelena, Evaluacion General de la Politica Gubernamental durante el Perido 1979– 1983, in: Cuadernos del Cendes, 1, (1983), S. 98
2) Proye Consult, Wirtscaftsbrief Venezuela, Nr. 7 (1983), S. 6-7
3) Numero 173 Oktober 1983, S. 11
4) Michelena, S. 4 und Ricardo Hausmann/Gustavo Marquez, La Crisis Economica de Venezuela, in: Cuadernos del Cendes, 1 (1983), S. 48 - 73
5) Eduardo Mayorbe, Los Diversos Rostros de la Recesion, in: Pensamiento Iberoamericano. Revista de Economia Politica, Nr. 4 (1983), S. 133-144
6) Proyect Consult, Wirtschaftsbrief Venezuele, Nr. 9 (1983), S. 4
7) Hausmann/Marquez, S. 41
8) Wirtschaftsbrief Venezuela, Nr. 9, S. 5
9) Wirtschaftsbrief Venezuela, Nr. 9, S. 5
10) Handelsblatt Nr. 192, 5. 10. 1983, S. 22
11) Zwischen Oktober 1982 und März 1983 soll die Kapitalflucht 6 Mill. US-Dollar betragen haben. NZZ 4.3.1983
12) El Diario de Caracas 4.12.1983
13) Latin American Weekly Report, 24.10.1983
14) Nikolaus Werz, Parteien, Staat und Entwicklung in Venezuela, München 1983, S. 160-161
15) Eine Zusammenstellung der bekannteren Fälle in dem Artikel von Martin Gester, Woche für Woche neue Korruptions-Skandale in Venezuela, in: FAZ, 30.11.1983. Der bekannte Wirtschftsexperte Maza Zavala gelangt zu dem Ergebnis, „daß ein erheblicher Teil der öffentlichen Ausgaben unter diejenigen Kosten fällt, die wir als Korruption bezeichnen." in: Ders. und andere, Petroleo y Crisis Fiscal en Venezuela, Maracaibo 1983, S. 9
16) Numero 173, 23. 10. 1983, S. 13 und Latin America Weekly Report 1. 7. 1983
17) Die gesamte Auslandsverschuldung Venezuelas entspricht den Erlösen von zwei Jahresexporten. In Argentinien und Brasilien ist die Verschuldung mehr als doppelt so hoch. Handelsblatt, Nr. 192, 5. 10. 1983
18) H. R. Sonntag, Los mercaderes de las falsedades o como perder un hermoso proyecto, in: La Otra Banda, Nr. 2 (1983), S. 22 - 27
19) H. R. Pennimann (hg.), Venezuela at the Polls. The National Elections of 1978, Washington 1978, S. XII
20) Estudios Venezolanos de Communicacion, Campana electoral 1978. Perspectiva critica y alternativa, Caracas 1978, S. 24
21) J. Dominguez, Como vender a un candidato. El producto politico en el mercado electoral venezolano, in: Nueva Sociedad, Nr. 68 (1983), S. 149
22) Estudios..., S. 122

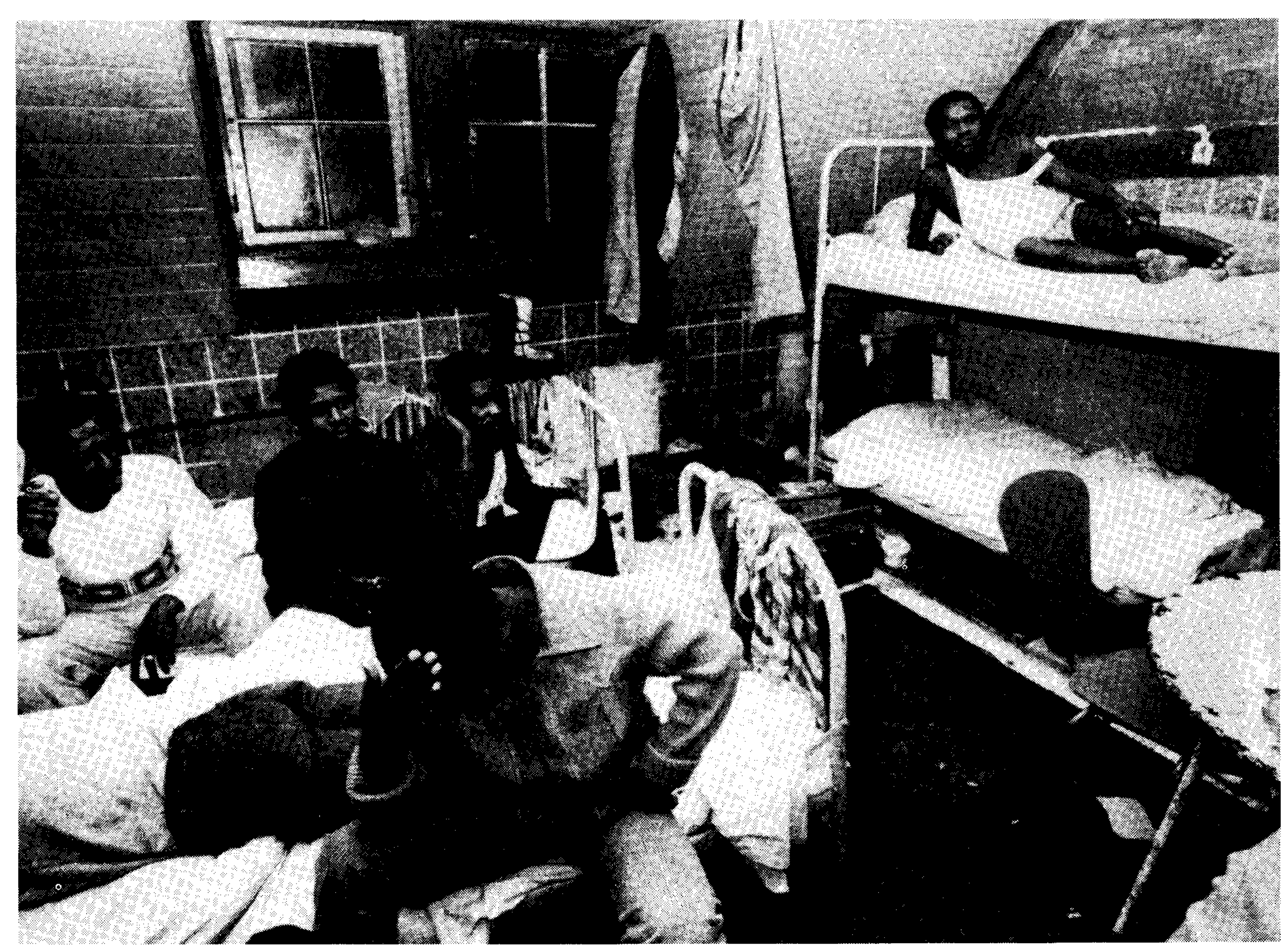
# ASYLANTEN

# Ausgewiesen, ausgeliefert, abgelehnt

## Bericht über das Hearing zur rechtlichen und sozialen Lage der Asylbewerber in West-Berlin (20.-22.1.1984)

**Der Wert eines Ausländerlebens**

Als ich vor zwei Monaten einen Vorbericht über das Berliner Hearing für die Dezemberausgabe der „blätter des iz3w" schrieb, beschränkte ich mich auf die Schilderung der Durchschnittsserfahrungen eines Asylbewerbers, wobei mir schon damals die aufgeführten Mißstände schlimm genug erschienen. Seither haben sich die Ereignisse in Berlin ins Grauenhafte gesteigert, obwohl viele derartige Steigerungsmöglichkeiten kaum noch vorstellbar waren: In der Neujahrsnacht verbrannten im Abschiebegewahrsam Augustaplatz sechs Ausländer, von denen alle rechtswidrig in Haft gehalten wurden; später wurden überlebende Hergangszeugen eilfertig aus Berlin abgeschoben, die Leichen der Brandopfer teilweise vertauscht u.ä. mehr.
Die Vorgänge im Abschiebegewahrsam Augustaplatz rückten plötzlich die Gesamtproblematik der Westberliner Abschiebepraktiken in den Vordergrund. Deshalb standen sie auch am Beginn des Hearings, das auf Initiative des Flüchtlingsrats Berlin vom 20. - 22. 1. 1984 in den Räumen der evangelischen Martha-Gemeinde in Berlin-Kreuzberg durchgefüht wurde. Abschiebung, so war im einleitenden Bericht eines Mitglieds der „Gesellschaft für bedrohte Völker" zu erfahren, bedeutet rechtlich so viel wie Ausweisung: Um eine erneute Einreise des Ausländers zu verhindern, wird der Ausgewiesene ins Fahndungsregister eingetragen und kann somit bei jeder weiteren Einreise sofort festgenommen und erneut ausgewiesen werden. Die Festnahme und Ausweisung droht Ausländern in West-Berlin im Verlauf ihres gesamten Asylverfahrens: bei der Einreise, noch bevor ein Antrag gestellt werden konnte, bei „freiwilligem" Abbruch des Verfahrens (weil man z.B. in ein anderes Land möchte oder grundsätzlich keinen Sinn mehr in der jahrelangen, oft vergeblichen und immer qualvollen Warterei in der Bundesrepublik mehr sieht) oder auch bei Ablehnung des Asylantrages. Besonders problematisch ist, daß Abschiebehäftlinge oft noch über die gesetzlich vorgesehene Frist von sechs Wochen monatelang unter Bedingungen in Haft gehalten werden, die zu Depressionen, Selbstmordver-

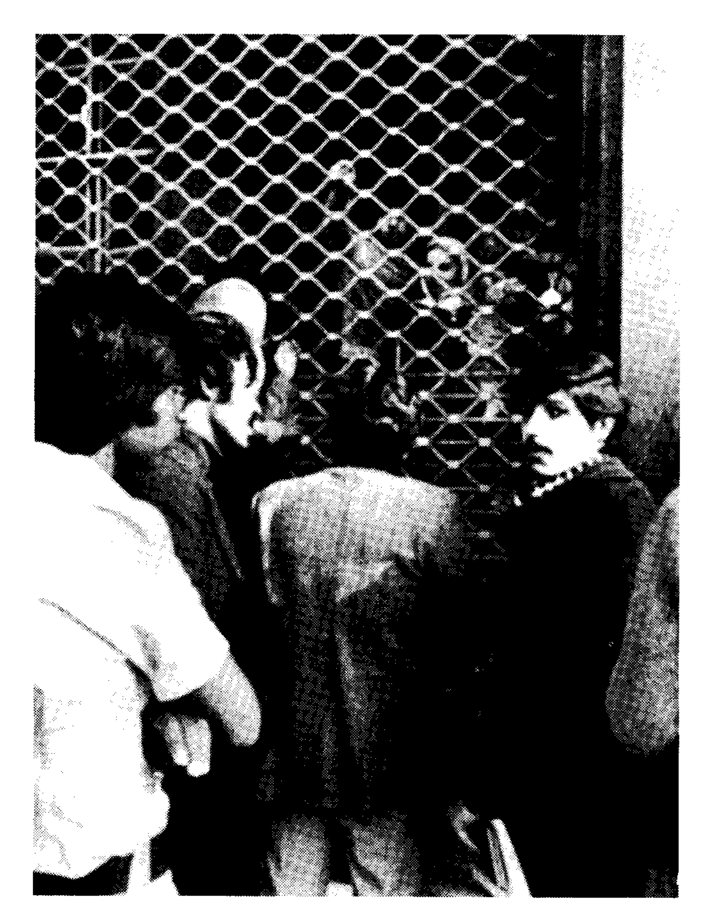


*Unterkunft für Asylbewerber in Berlin*

suchen bzw. Selbstmorddrohungen führen: So wurde am 30. 1. 1983 ein Ghanaer, der sich seit dem 10. 11. 1982 in Abschiebehaft befand, erhängt in seiner Zelle aufgefunden. Ein Syrer, der ebenfalls schon mehrere Monate in Haft saß, verweigerte jede Nahrungs- und Flüssigkeitsaufnahme und klammerte sich mit einem Papierhefter die Lippen zu, um sich an der Nahrungsaufnahme zu hindern. Kommt es dann zur Abschiebung, so führt der Weg bisweilen direkt in die Folterkammer: Die „Gesellschaft für bedrohte Völker" berichtete vom Fall eines Tamilen, der am 5.4.1983 aus der Schweiz nach Colombo ausgeflogen worden war und dort noch am Flughafen festgenommen, verhört und gefoltert wurde. Trotz der seit August auch in der offiziösen lankaische Presse bestätigten Tatsache, daß abgeschobene oder „freiwillig" aus dem Ausland nach Sri Lanka zurückkehrende Tamilen dort mit verschärften Verhören rechnen müssen, schob die dem Berliner Innensenat unterstehende Ausländerbehörde zwischen dem 1.8. bis 28. 11. 1983 sechs tamilische Asylbewerber nach Sri Lanka ab, – obwohl nicht nur verschiedene politische und Menschenrechtsorganisationen an den Innensenator Lummer appelliert hatten, angesichts der Tamilenpogrome vom Juli/August die Abschiebungen von Tamilen nach Sri Lanka einzustellen, sondern selbst das Auswärtige Amt im August 1983 mitteilte, abgeschobenen Tamilen drohe laut lankaischer Pressemeldungen in Zukunft eine Überprüfung wegen „terroristischer Aktivitäten" im Ausland.
Der Kommentar eines tamilischen Asylbewerbers zur Abschiebesituation in Berlin klingt deshalb zynisch, trifft aber leider zu: „Tamilen sind weder in lankaischen noch in Berliner Gefängnissen sicher. Dort wurden sie während der letzten Pogrome von singhalesischen Mithäftlingen „spontan' ermordert, hier droht ihnen der Tod durch das Versagen der Vollzugsbeamten oder eine Abschiebung mit letztlich ebenfalls tödlichen Folgen."
Der Wert eines Menschen aus Afrika oder Asien wird bei uns leider nur gering veranschlagt.

**Verletzungen der Menschenwürde**

Zweieinhalb Tage hörten sich das Publikum – im Durchschnitt 300 Menschen aus Berlin und Westdeutschland – und die Jury die Berichte von Anwälten, Sozialarbeitern und Angehörigen verschiedener Menschenrechtsorganisationen über die rechtliche und soziale Lage der Asylbewerber in Berlin an; diese Berichte waren nach teilweise monatelanger Vorarbeit und Nachforschungen mit großer Sorgfalt erstellt worden, um jeglichem methodischen Vorbehalt von Anfang an zu begegnen. Trotz der betont sachlichen, unemotionalen Art des Vortragsstils, um den sich die Berichterstatter im Durchschnitt nachdrücklich bemühten, entstand von Beitrag zu Beitrag der immer stärkere Eindruck von einer lückenlosen Gesetzes- und Verordnungsmaschinerie, deren einziges Ziel darin zu bestehen scheint, den Flüchtling in sämtlichen Lebensbereichen – beim Einkaufen, Essen, Wohnen, im Krankheitsfall – unter das halbwegs erträgliche Minimum zu drücken, um ihm das Leben so unangenehm wie möglich zu machen und ihn, derartig abgeschreckt, zur Abreise zu motivieren. Das Publikum und die Jury erfuhren von auseinandergerissenen Familien und schikanöser Behandlung durch Senatsangestellte.
Bisweilen verstoßen derartige Behördengängeleien und Schikanen aber auch ganz kraß und offensichtlich gegen das sonst in unserem Staat so hochgehaltene Effizienzdenken und Kostensenkungsprinzip, – nämlich dann, wenn sich dieser Staat die Abschreckung ausländischer Flüchtlinge etwas kosten läßt. So wurde z.B. ein 59-jähriger Asylbewerber von den Philippinen vom zuständigen Sozialamt aufgefordert, in ein Asylbewerberheim zu ziehen (für das dann das Sozialamt einen relativ hohen Tagessatz bezahlt), obwohl er im Haushalt eines evangelischen Pfarrers eine kostenlose und weitaus menschenwürdigere Wohnmöglichkeit besaß! Noch makabrer klingt der Fall eines chronisch nierenkranken und dadurch Dialyse-abhängigen Asylbewerbers aus dem Libanon, dem die Übernahme von Kosten für eine Nierentransplantation während seines Asylverfahrens abgelehnt wurde. Die Transplantation hätte nur soviel wie ein einziges Jahr Dialysebehandlung gekostet und den kranken Libanesen für immer von der unangenehmen Dialyse unabhängig gemacht. In der Regel werden Asylbewerbern allerdings gesundheitserhaltende bzw. die Gesundheit wiederherstellende Maßnahmen vom Sozialamt im Namen des Kostensenkungsprinzips versagt. So wurde vom Antrag eines Asylbewerbers auf Zahnersatz und eine kiefernorthopädische Behandlung vom Sommer 1983 berichtet, die nach einem halben Jahr (!) abgelehnt wurde, da die Krankenhilfe eine Kann- und keine Mußhilfe sei. Offensichtlich ist die für diese Entscheidung verantwortliche Zentrale Sozialhilfestelle (ZSA) der Ansicht, daß ein Asylbewerber sich auch zahnlos von Brei oder anderer Weichkost ernähren könne.

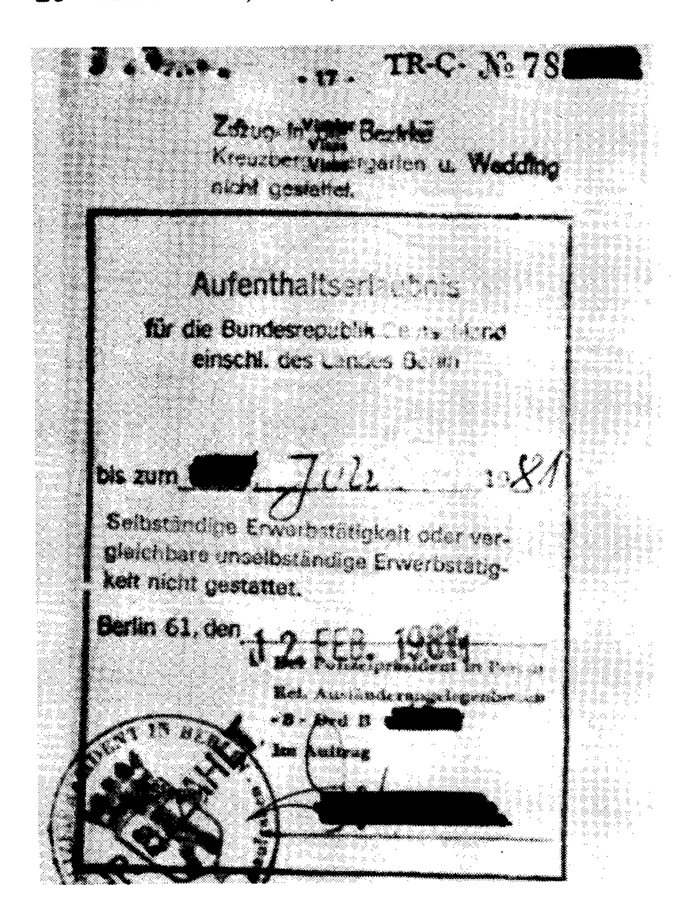


*Vor dem Gebäude der Ausländerpolizei in Berlin*

Nicht minder deprimierend waren die Berichte über die Wohnsituation der Asylbewerber in sogenannten „Sammelunterkünften". Beispielsweise klagen Asylbewerber im „Schöneberger Hof", einer privaten „Sammelunterkunft", über Schlafstörungen, weil sie Nacht für Nacht bei den „Kontrollgängen" der deutschen Heimleiter aus dem Schlaf gerissen werden. Der Ton des deutschen Heimpersonals in den Unterkünften ist sehr rüde und beleidigend: Die Flüchtlinge werden mit „Idiota, Kanacke, Krücke, Verbrecher" u. ä. tituliert.

**Die Stellungnahme der Jury**

Der Jury gehörten neun Mitglieder an, davon fünf Juristen


TR-Ç- № 78

Zuzug in Bezirke
Kreuzberg, Tiergarten u. Wedding
nicht gestattet.

Aufenthalts...

für die Bundesrepublik ...
einschl. des Landes Berlin

bis zum ... Juli 1981

Selbständige Erwerbstätigkeit oder vergleichbare unselbständige Erwerbstätigkeit nicht gestattet.

Berlin 61, den 12. FEB. 1981

Im Auftrag

aus der Bundesrepublik, Norwegen und Belgien. Ihnen oblag es, am Ende des Hearings einen vorläufigen Bericht vorzulegen – ein umfassender Schlußbericht wird in zwei Monaten bekanntgegeben –, der nun zum Ausgangspunkt für die weitere Arbeit des Flüchtlingsrats werden soll.
Einleitend heiß es im vorläufigen Bericht der Jury: „Prinzipiell muß davon ausgegangen werden, daß das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl das Bundesland Berlin dazu verpflichtet, den Asylbewerber in die Lage zu versetzen, seinen Asylantrag zu stellen. Während seines Aufenthalts haben die bundesdeutschen Behörden inbesondere die physische, psychische und soziale Integrität des Flüchtlings zu gewährleisten. Dabei ist der in der Bundesrepublik für die Qualität des Alltagslebens geltende Maßstab ausschlaggebend."
Ferner kritisierte die Jury nachdrücklich

- Artikel 20 (Aufenthaltsgestattung Residenzpflicht), Artikel 23 (Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und Artikel 25 (Einschränkung der Reisefreiheit; vorübergehendes Verlassen des Aufenthaltsortes) des bundesdeutschen Asylverfahrensgesetzes vom 16.7.1982;
- das zweijährige Arbeitsverbot, das „die Menschenwürde der Asylbewerber erheblich (beeinträchtigt) und (...) auf Dauer der Verschärfung der psychischen Krisensituation (führt), in der sich Flüchtlinge auf Grund ihrer besonderen Situation befinden. (...) in der gegenwärtigen Praxis des Arbeitsverbots sieht die Jury einen klaren Verstoß gegen Art. 16 Abs. 2, Satz 2 GG;
- die Heranziehung von Flüchtlingen zur sogenannten „Gemeinnützigen Arbeit" nach dem Bundessozialhilfegesetz sei juristisch fragwürdig;
- die Verletzung des bundesdeutschen Asylrechts durch die Ausweisungspraxis des Berliner Innensenats: „Es war den Mitgliedern der Jury nicht unbekannt, daß sich der Berliner Senat in dieser Beziehung nicht durch besondere humanitäre Zurückhaltung auszeichnet, sondern anstehende Ausweisungen (nicht allein bei Asylbewerbern) mit bemerkenswerter Rigidität vollziehen läßt. (...) Darüber hinaus scheint der Hinweis notwendig, daß auch in der Abschiebehaft die Würde des Menschen unantastbar sein sollte."

Die Jury empfahl der Asylbehörde für die Zukunft eine stärkere Beachtung humanitärer Aspekte: „Z. B. wenn ein Asylbewerber zu näheren Angehörigen ziehen möchte, sollte dieser Wunsch unbedingt berücksichtigt werden. Es fällt der Jury schwer, in der vergleichsweise kleinen Zahl von Flüchtlingen, die in der Bundesrepublik einen Asylantrag stellen, für das Land nur ein unter Mühen zu bewältigendes Problem zu sehen. Diese beschränkte Zahl rechtfertigt nicht, die persönliche Freiheit des Flüchtlings auch in dieser Beziehung derart einschneidend zu begrenzen."
Hinsichtlich der katastrophalen sozialen und medizinischen Lage der Flüchtlinge appellierte die Jury auch an die Bundesregierung, den Asylbewerbern künftig den vollen Sozialhilfesatz auszubezahlen: „Die Einschränkungen in der Sozialhilfe auf ein Taschengeld bzw. die 'Auszahlung' in Sachleistungen und/oder Wertgutscheinen stellt einen gravierenden Verstoß gegen die Würde des Menschen dar und kommt einer faktischen Entmündigung des Asylbewerbers gleich."
Über die Kosten, die dem Senat – und letztlich dem deutschen Steuerzahler – aus den Abschreckungsstrategien des Senats bei der Wohnsituation der Asylbewerber erwachsen, heißt es: „Der Senat bezahlt große Summen für überhöhte Mieten, um die Unterbringung von Asylbewerbern in teilweise katastrophalen räumlichen und hygienischen Verhältnissen zu finanzieren. Es scheint völlig unverständlich, warum der Senat hier seiner Aufsichtspflicht nicht nachkommt. Diese Praxis kann deshalb nur als Mittel der Administration gewertet werden, Asylbewerbern den Aufenthalt in Berlin so unerträglich wie möglich zu gestalten."
Stattdessen forderte die Jury eine menschenwürdige Unterbringung in Wohnungen, die dem bundesdeutschen Standard entsprechen, sowie die Betreuung der Asylbewerber durch qualifizierte Sozialarbeiter.
Im europäischen Vergleich stellt die Jury der Bundesrepublik Deutschland eine schlechte Note aus, denn „in vielen europäischen Ländern (sei) die Lage ausgesprochen besser als gegenwärtig in der Bundesrepublik und in Berlin."

**HINWEIS UND BITTE**

**Sämtliche Berichte, Zeugenaussagen sowie der Vorläufige Bericht der Jury und das Lummer-Interview im SFB erscheinen im April als Dokumentation in einer Sonderausgabe der Zeitschrift „pogrom"; sie kann über die „Gesellschaft für bedrohte Völker", Postfach 2024, 3400 Göttingen (Telefon 0551/55822) bestellt werden.**
**Die Kosten für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des Hearings sind leider noch immer nicht vollständig gedeckt!**
**Unterstützt darum mit einer Geldspende diesen nicht nur für Berlin wichtigen Bereich der humanitären Arbeit des Flüchtlingsrats Berlin. Die Arbeit muß auch nach dem Hearing weitergehen!**

**Spenden: Gossner Mission, Stichwort: Flüchtlingshilfe. Berliner Bank AG Konto 0407480 700**

**Lummer legt die Bibel aus**

Obwohl sich die meisten Vorwürfe des Hearings letztlich gegen Innensenator Heinrich Lummer richteten, der rechtzeitig zu der Veranstaltung eingeladen war, erschienen dort nur zwei Beobachter des Senats. Lummer selbst hatte wenige Stunden vor Beginn des Hearings dem Flüchtlingsrat Berlin brieflich mitgeteilt, er weise die Behauptung, asylsuchende Ausländer müßten hierzulande ein menschenunwürdiges Leben führen, „mit Nachdruck" zurück.
In einem Interview, das Gabriele Weber nach dem Hearing mit Heinrich Lummer für den Sender Freies Berlin führte, fragte sie den christdemokratischen Innensenator u.a. nach seiner Einstellung zum 3. Buch Mose, 19, 33 und 34: „Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Lande, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben, wie dich selbst" Dazu nun Lummer in seiner notorisch dumm-dreisten Art::

*„Der (Christ Lummer, T. H.) kann dies genauso unterstreichen, wie dies Moses getan hat, obwohl Moses ja bekanntermaßen kein Christ gewesen ist, sondern mosaischen Glaubens ist – und wir wollen nicht über die Historie in diesem Zusammenhang reden, auch nicht darüber, inwieweit damals das jüdische Volk, das Moses angeführt hat, gegen Fremdlinge gekämpft hat, sie keineswegs toleriert hat, entgegen diesem Worte. Wir tun das ja in einem großen Umfange, allerdings nicht einfach jeden Fremdling, denn auch dieses hat Moses nicht gesagt und auch nicht gemeint, daß ein Volk etwa durch Zuwanderung seine eigene Identität zu verlieren bereit ist. Sondern er redet von e i n e m Fremdling, d.h. er ging genauso wie die Väter des Grundgesetzes davon aus, daß die Bewegung der Flucht und der Verfolgung in die Bundesrepublik Deutschland hinein der Ausnahmefall sein würde und nicht etwa Größenordnungen dabei entstehen würden, die eine solche Identitätsproblematik heraufbeschwören können."*

Das springen ausländische Flüchtlinge in Berlin aus Gerichtsfenstern, erhängen und verbrennen sich, oder werden verbrannt, aber der Politiker Lummer – über den Menschen Lummer gebe ich hier lieber keinen Kommentar ab – übersteht dies alles, unbeschadet in Seele und Amt. Er überstand auch am 3. 2. 1984 einen Mißtrauensantrag der oppositionellen SPD- und AL-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Warum? Weil man die Lummer und Zimmermann momentan in der Ausländerpolitik unentbehrlich findet? Oder weil sich Regierung und große Teile der Bevölkerung gegenseitig in dem Wahn bestätigen, die verschwindend geringe Anzahl von Asylbewerbern – um 0,15 % der Gesamtbevölkerung – vermöge es, die nationale und kulturelle Identität der deutschen Mehrheits- und Staatsbevölkerung zu zerrütten? Wenn dem wirklich so sein sollte, hätten es die Deutschen nicht besser verdient.

Tessa Hofmann

# In deutscher Abschiebehaft verbrannt

**Wie im vorhergehenden Bericht über das Hearing zur Situation der Asylbewerber in West-Berlin schon erwähnt, waren die sechs Ausländer, die in der Nacht zum 1. Januar in ihren Abschiebezellen grauenhaft verbrannten, ausnahmslos rechtswidrig in Haft gehalten worden.**
**Der folgende Beitrag skizziert die skandalösen Hintergründe für die Festnahmen der sechs verbrannten Menschen sowie den Hergang dieses entsetzlichen Geschehens. Zusammengestellt wurde das Material von einem Mitglied der Alternativen Liste Berlin. (d. Red.)**

Berlins Innensenator Heinrich Lummer beantwortete eine Kleine Anfrage der Alternativen Liste über Festnahmen einreisender Flüchtlinge, die via Ost-Berlin aus ihrem Heimatland kommen folgendermaßen: „Alle Asylbewerber haben während der ersten 14 Tage ihres Berlin-Aufenthalts die Möglichkeit, ihr Asylbegehren vorzutragen und sich frei zu bewegen."
Die Realität sieht anders aus. Polizeiliche Greiftrupps, meistens in Zivil, kontrollieren gezielt Ausländer in U- und S-Bahn. Dabei werden alle Ausländer festgenommen, die sich nicht ausweisen können und aus deren Pässen hervorgeht, daß sie über Ost-Berlin – der letzten verbliebenen Möglichkeit, ohne Visum in die Bundesrepublik, deren Grundgesetz das Asylrecht garantiert, zu kommen – eingereist sind.
Alle Ausländer werden in Abschiebehaft gebracht, um ihre Abschiebung zu sichern. Ohne Hilfe eines Rechtsanwaltes kommen auch solche Ausländer nicht mehr aus der Haft, die ihr Asylbegehren vor dem Haftrichter beim Haftprüfungstermin oder den Beamten der Haftanstalt vortragen.
Ein authentischer Bericht eines iranischen Flüchtlings belegt diese traurige Tatsache. Er meldete sich sofort nach seiner Einreise bei einer Polizeidienststelle, um sein Asylbegehren vorzutragen. Er wurde festgenommen, in Abschiebehaft gebracht und dort mehrmals entwürdigenden Körperkontrollen unterzogen. 3 Wochen blieb er in Haft und er verdankt seine Freilassung nur dem glücklichen Umstand, daß ein iranischer Mithäftling, der von einem Anwalt vertreten wurde, dafür sorgte, daß dieser Anwalt sich seines „Falles" annahm und den Asylantrag der zuständigen Behörde weiterleitete.
Asylbewerber waren auch zwei der sechs Brandopfer vom


*Hamed Djelassie*


*Kassem Said*


*Rejasingam Jevakumaran*


*Izam Ez*


*Kulanthaigopulu Thirunavukkarasu*


*Krishnapillai Velautvapillai*



*Die Todeszelle in der Polizeikaserne Augustaplatz*

31. 12. 1983. Sie kamen aus Sri Lanka und waren am 27. 12. 1983 über Ost-Berlin eingereist und am 27. bzw. 28. 12. festgenommen worden. Einem der beiden, *Kulanthaigopulu THIRUNAVUKKARASU,* 26 Jahre alt, geschah das Wunder, daß er nach Vorbringen seines Asylbegehrens auf freien Fuß gesetzt wurde. Sein Paß wurde eingezogen und er erhielt eine „Paßeinzugsbescheinigung", ein Stück Papier, das er kurz danach verlor. Bei einer weiteren Kontrolle wurde er am 28. 12. erneut festgenommen, weil er diesen ca. DIN A 6-großen Zettel nicht mehr bei sich hatte. Obwohl sein Paß zu der Zeit bereits eingezogen war, konnte bis einschließlich 31.12. nicht festgestellt werden, daß der Paß bereits bei der Ausländerbehörde vorlag. Ein Anruf hätte das sicher klären können.

Der Haftrichter ordnete beim Haftprüfungstemin am 30.12.1983 für beide Tamilen die Fortdauer der Haft an. Am 31. 12. erhielten sie von einem Anwalt Besuch, der von Angehörigen alarmiert worden war. Er konnte das Asylbegehren für den zweiten Tamilen, *Krishnapillai VELAUTVAPILLAI,* 22 Jahre alt, wegen des Wochenendes nicht an die zuständige Ausländerbehörde weiterleiten und auch dort aus demselben Grund keine Klärung wegen des eingezogenen Passes herbeiführen. Beide Tamilen wären mit Sicherheit wenige Tage später in Freiheit gewesen.

Ein 22jähriger Tunesier, *Hamed DJELASSI,* der seit über 20 Jahren einen festen Wohnsitz in Nizza/Frankreich hatte und dort bei seinen Eltern lebte, befand sich seit dem 27.9.1983 in Abschiebehaft, trotz Vorlage einer französischen Identitätskarte und seines immer wieder beteuerten Wunsches, nach Frankreich zurückzukehren. Er hatte seinen Paß verloren. Man glaubte seinen Angaben erst, als er tot war und man innerhalb von 3 Tagen seine Eltern in Nizza ausfindig gemacht hatte, um deren Einwilligung zur Überführung des Leichnams ihres Sohnes einzuholen.

Ein weiterer Tamile *Rejasingam JEVAKUMARAN,* 24 Jahre alt, war am 10. 12. aus Colombo (8.12. Abreisetag – Flugticket hat uns vorgelegen) kommend in politischer Mission über Ost-Berlin in West-Berlin eingereist. Für seine Rückreise hatte er bereits ein Durchreisevisum vom griechischen und türkischen Konsulat besorgt. Diese Tatsache wird durch die Unterlagen der Ausländerbehörde bestätigt, die der Senat den Abgeordneten vorlegen mußte. Am 22. 12. wurde dieser Tamile festgenommen, als er sich ein Bahnticket für seine Rückreise kaufen wollte. Am 24. 12. wurde er auf freien Fuß gesetzt, sein Paß eingezogen und er erhielt die Auflage, am 30. 12. bei der Ausländerbehörde vorzusprechen. Als er dort vorsprach, wurde er festgenommen, da angeblich ein Fahndungsersuchen aus Heilbronn vorlag. Vom 24. bis 30. 12. konnte nicht geklärt werden, daß es sich bei dem Fahndungsersuchen aus Heilbronn nur darum handelte, ihm mitzuteilen, daß sein 1981 damals in Heilbronn gestellter Asylantrag inzwischen abgelehnt war. Er war zwischenzeitlich vor Entscheidung über diesen Antrag ausgereist, um nicht in sein Heimatland direkt und damit in die Hände der dortigen Polizeibehörde abgeschoben zu werden. Durch seine Festnahme wurde er von deutschen Behörden an der Ausreise gehindert. Er fand am 31.12.1983 in dem Polizei-„Gewahrsam" Augustaplatz den Tod, obwohl er sich wie die anderen Opfer nichts hatte zuschulden kommen lassen.

Weiterhin kam der 19-jährige Libanese *Kassem SAID* in den Flammen um, der 16-jährig vor dem Bürgerkrieg in sei-

nem Heimatland geflohen war. Aufgrund seiner schlimmen sozialen und finanziellen Situation kam der Jugenliche hier mit Drogen in Berührung. Er verbüßte eine 2-jährige Jugendstrafe. Danach kam er im September 1983 direkt in die Abschiebehaft, obwohl das libanesische Konsulat derzeit weder Pässe verlängert noch ausstellt. Er wäre mit Sicherheit noch sehr viel länger in Abschiebehaft geblieben, wenn nicht die Ereignisse vom 31. 12. sein Leben beendet hätten. Er hatte wegen seiner verzweifelten Situation bereits einen Suicidversuch hinter sich.
Bei dem 6. Brandopfer handelt es sich um einen 19-jährigen Mann aus Syrien, der noch bis zum 30.1.1984 der Öffentlichkeit als ein Palästinenser aus dem Libanon namens *Nzar Sleiman* verkauft wurde, obwohl er bereits am 25.10. 1983 seine wahre Identität preisgegeben hat und der Innensenator am 13.1.1984 auf einer Pressekonferenz zugegeben hat, daß ihm das seit diesem Zeitpunkt bekannt war. Seine wahre Identität ist *Izam EZ.* Er stammt aus Homs/Syrien und war Palästinenser. 1976 desertierte er aus der syrischen Armee, als diese im Libanon einmarschierte. Er gehörte zu den Verteidigern von Tel el Sataar. Dort fiel sein Freund *Nzar Sleiman* und mit Einverständnis der Eltern von Sleiman nahm er dessen Identität an.
Dadurch erhielt er ein libanesisches „laissez-passé" für Palästinenser und konnte den Libanon verlassen.
Er reiste in West-Berlin ein, wo er einen Asylantrag stellte. Er erhielt eine Gefängnisstraße wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz und kam nach Verbüßung dieser Haftstrafe ebenfalls sofort in Abschiebehaft. Wegen fehlender Papiere konnte er nicht abgeschoben werden und blieb deswegen bis zu seinem Tod in der Abschiebehaftanstalt Augustaplatz.
Nach seinem Tod wurde sein Leichnam in den Libanon geschickt, obwohl bekannt war, daß er *Izam Ez* aus Syrien war. Der tote *Kassem Said* wurde nach Syrien gebracht und dort beigesetzt. Die Eltern von ihm ließen den Sarg öffnen und fanden den falschen Leichnam. In ihnen wurde die Hoffnung geweckt, daß ihr Sohn am Leben sei. Jetzt bemühen sich die deutschen Botschafter in Beirut und Damaskus, die Toten in Cypern auszutauschen.

**Geschehnisse nach Ausbruch des Brandes und danach im Polizei-„Gewahrsam" Augustaplatz am 31.12.1983**

Nach übereinstimmenden Aussagen der von uns und anderen gehörten Zeugen spielten sich folgende Ereignisse vor, während und nach dem Brand im Polizeigewahrsam ab:
Die Zellen wurden gegen 18.00 Uhr (genaue Zeitangaben sind nicht möglich, da die Gefangenen keine Uhren tragen dürfen) wegen der Einnahme des Abendessens geschlossen. Danach wurden alle Zellen, wie gewöhnlich wieder geöffnet. Später kam ein Kommissar, um die Zellen zu inspizieren. Die Zellen wurden deshalb wieder geschlossen. Nachdem der Kommissar gegangen war, wurden *alle* Zellen wieder geöffnet. Im Trakt befinden sich 4 Zellen, und zwar Zelle A, B, C und D. Dieser Trakt ist nur durch eine Schleuse in Richtung Gang und durch eine weitere gesicherte Tür in Richtung winzig kleinen Hof, der wiederum mit hohen festen Gitterstäben und Stacheldraht gesichert ist, zu verlassen. In der Zelle D befand sich der Beamte H., der dort mit den Gefangenen über die Sylvesterknallerei sprach, als Schreie aus der Zelle A drangen. Er verließ die Zelle, rief etwas von „Feuer" und schloß nacheinander die Zellen ab. Alle Zellen haben Gittertüren. Diese Türen befinden sich in einer U-förmigen Anordnung, d.h. einer etwa 1 m tiefen Einbuchtung. Die Wände dieser Einbuchtung sind ebenfalls aus Gitterstäben, die in die Zelle hineingebaut sind. Ca. 1 m vor den Fenstern gegenüber befindet sich in allen Zellen noch einmal eine Gitterwand mit einer Gittertür, die verschlossen ist. Die Gefangenen können also an die Fenster nicht heranreichen. Als der Beamte die Zelle A verschließen wollte, wurde er von den Insassen daran gehindert, indem einige Gefangene ihn festhielten und ihn zwangen, die Tür zu öffnen.
Die Gefangenen kamen auf den Flur und zwangen den Beamten, auch die Tür der Zelle D wieder zu öffnen. Beide Zellen liegen sich schräg gegenüber am Anfang des Ganges. In Zelle B brannte das Feuer bereits lichterlohn, auch in Zelle A brannte es.
Außerdem steht fest, daß der Beamte mindestens 2 Gefangene, die sich außerhalb der Zellen befanden, in Zelle C und D stieß. Einen weiteren Gefangenen versuchte er, nachdem die Zelle A bereits leer war, in diese zu stoßen.
Es wird von allen Gefangenen ausgesagt, daß während des gesamten Geschehens nur dieser eine Beamte „aktiv" war. Dienst hatten an diesem Abend aber mindestens 4 Beamte. Sollstärke ist 5 Beamte. Die befreiten Gefangenen liefen auf den Hof, der bereits von einem Sonderkommando Polizei umstellt war. Als sie bemerkten, daß noch zahlreiche Gefangene fehlten, rannten sie zurück in den Trakt. Sie versuchten, den Beamten zu zwingen die Schlüssel herauszugeben, um die anderen Gefangenen aus Zelle B, aus der schreckliche Hilferufe drangen, und die Gefangenen aus C, die schräg gegenüber am Ende des Ganges liegen, zu befreien.

Wahrscheinlich hat der Beamte dann den Universalschlüssel durch die Schleuse geworfen, so daß die Gefangenen nicht mehr herankamen. Der Beamte verschwand und die Gefangenen mußten mehrmals auf den Hof rennen, um Luft zu schnappen. Sie flehten auch die anwesenden Polizisten des Sondereinsatzkommandos an, den Gefangenen zu helfen. Sie ernteten jedoch nur Hohngelächter.
Nach Aussagen von Gefangenen aus C verstummten die Hilfeschreie aus der Zelle B nach kurzer Zeit und ihnen war klar, daß diese Gefangenen tot waren. Sie selbst mußten sich wegen der starken Rauchentwicklung an das hintere Ende der Zelle retten und legten sich dort auf den Boden. Sie wickelten sich Tücher um Nase und Mund, da sie kurz vor dem Ersticken waren.
Es gibt Aussagen aus C, daß später ein Beamter die Tür geöffnet habe. Es ist aber nicht klar, wer es war, da das Licht inzwischen ausgefallen war. Die Gefangenen wagten jedoch nicht, die Zelle zu verlassen, da die Flammen aus B loderten und der Gang schwarz vor Rauch war. Erst einem Beamten der Feuerwehr mit Atemschutzgerät und wahrscheinlich Megaphon drang dann zu den Gefangenen vor, ließ sie sich alle an den Händen fassen und brachte sie so durch den verqualmten Gang ins Freie.
Dort mußten die bereits befreiten Gefangenen aus A und D sich ca. 1 1/2 Stunden an der Wand aufstellen, bedroht von Polizisten mit Knüppeln und Hunden. Als ein Gefangener, der nur mit einem umgewickelten Bettlaken bekleidet war (er hatte seine Hose in der Hektik in der Zelle gelassen), darum bat, eine Hose zu bekommen, wurde ihm von einem Polizisten geantwortet: „Du bist doch so schön genug".
Später wurden die Gefangenen zu den Transportwagen gebracht. Vor den Wagen mußten sich alle Gefangenen nackt ausziehen. Danach durften sie sich wieder Anziehen, nachdem sie die Wagen betreten hatten, wurden sie dort erneut gezwungen, sich auszuziehen und eine Afterkontrolle wurde bei allen Gefangenen durchgeführt. Die weinenden und zitternden Gefangenen wurden direkt in die nächste Haftanstalt gebracht. Keiner der Gefangenen, obwohl zumindest die Gefangenen aus Zelle C knapp dem Erstickungstod entgangen waren, wurden ärztlich versorgt.

**Vernehmungen der überlebenden Gefangenen durch die Kripo und andere Merkwürdigkeiten**

Seit dem Geschehen in der Sylvessternacht sind 6 Zeugen abgeschoben. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß einer der Zeugen, der gleichzeitig bzw. überwiegend der Gefangenenmeuterei und der Brandstiftung beschuldigt wird, am 12.1.1984 in „ein Land seiner Wahl", nämlich nach Frankreich ausreisen durfte.
Nach übereinstimmenden Aussagen der Gefangenen werden sie bei den Vernehmungen lediglich danach gefragt, ob sie die Brandstiftung bemerkt haben und etwas über Verabredungen für einen Ausbruch mitbekommen haben.
Wenn Gefangene sich zum Geschehen, z.B. Verhalten des Beamten und Nichtanwesenheit der anderen diensthabenden Beamten äußern wollen, werden diese Aussagen abgetan und gesagt: „Das gehört nicht hierher!"
Ein Zeuge, der bei 3 Vernehmungen das tatsächliche Tatgeschehen schilderte, wurde vom Dolmetscher solange bearbeitet, bis er das Geschehen in der gewünschten Weise schilderte. Dann wurde er dem Richter vorgeführt und wiederholte dort diese Aussagen. Er hatte sich tagelang in Einzelhaft befunden und war für 2 Stunden mit dem nach Paris ausgereisten Hassan I. zusammengesperrt, der ihn in dieser Zeit zu überreden versuchte, es so zu machen wie er, dann könne er auch in ein Land seiner Wahl ausreisen oder käme frei.

*Rita Kantemir*

**SÜDASIEN BÜRO**
**Kiefernstraße 45**
**5600 Wuppertal 2 (Barmen)**

An den Bundesminister des Innern
Bundesinnenministerium
Graurheindorfer Straße 198
5300 Bonn

Wuppertal, den 16.1.1984

Betrifft: Abschiebung von Tamilen aus Sri Lanka

Sehr geehrter Herr Innenminister,

wir haben erfahren, daß in verschiedenen Bundesländern tamilische Asylbewerber wieder abgeschoben wurden oder demnächst abgeschoben werden sollen. Dabei berufen sich die Innenminister der Länder auf Empfehlungen Ihres Ministeriums.
Die Länderinnenminister und Senatoren haben nach den Unruhen in Sri Lanka im Juli/August 1983 ihre Ausländerbehörden angewiesen, die Abschiebung von Tamilen solange auszusetzen, bis die innenpolitische Situation in Sri Lanka sich beruhigt hat und für die abgeschobenen Asylbewerber eine Gefährdung von Leib und Leben nicht mehr zu erwarten ist.
Entgegen der offiziellen Darstellungen der Regierung von Sri Lanka kann die momentane Beruhigung der Lage im Land nicht als gesichert angesehe angesehen werden. Die weitere Entwicklung hängt entscheidend von der von Präsident Jayewardene einberufenen Allparteienkonferenze ab. Falls diese nicht zu einem für alle Seiten akzeptablen Ergebnis führt, sind mit großer Wahrscheinlichkeit weitere Unruhen zu erwarten.
Da sich bei den bisherigen Unruhen gezeigt hat, daß die Regierung Jayewardene nicht willens oder in der Lage ist, Leben und Eigentum der tamilischen Bevölkerung Sri Lankas zu schützen, bitten wir Sie, Ihre Empfehlung an die Länderinneniminister und Senatoren dahingehend abzuändern, daß die Abschiebung von Tamilen zumindest so lange weiterhin ausgesetzt wird, bis das Ergebnis der All-Parteienkonferenz feststeht.
Bitte informieren Sie uns über Ihre Schritte.
Mit freundlichem Gruß
Helga Ostermann-Kirchhoff

Hintergrundinformationen siehe:
*blätter des iz3w, Nr. 109, S. 24 ff*
*blätter des iz3w, Nr. 112, S. 5 ff*

**SÜD ASIEN BÜRO gegründet**

Am 13. – 15. Januar trafen sich auf Einladung des „SRI LANKA COORDINATIONS CENTERS KASSEL" in der ökumenischen Werkstatt Kassel Vertreter verschiedener entwicklungspolitischer Aktionsgruppen zur Gründung eines „SÜD ASIEN BÜROS". Aufgabe dieses Büros mit Sitz in Wuppertal wird es sein, die Öffentlichkeit über die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse und Entwicklungen in den Ländern der südasiatischen Region – speziell Sri Lanka und Süd-Indien – zu unterrichten.
Damit übernimmt das „SÜD ASIEN BÜRO" gleichzeitig auch die bisher vom „SCCK" wahrgenommene Informations- und Koordinationsarbeit zu Sri Lanka. Die Gründungsmitglieder des Kreises hoffen, durch das „SÜD ASIEN BÜRO" eine bessere Zusammenarbeit der in diesem Bereich arbeitenden Gruppen und Einzelpersonen zu ermöglichen.

# USA/MITTELAMERIKA

# Militarisierung – die treibende Kraft der US-Politik in der 3. Welt

**„Die nationale Sicherheit des gesamten amerikanischen Kontinents steht in Mittelamerika auf dem Spiel. Wenn wir uns dort nicht verteidigen können, können wir auch nicht erwarten, anderswo die Oberhand zu behalten. Unsere Glaubwürdigkeit würde zusammenbrechen, unsere Allianzen würden einstürzen, und die Sicherheit unseres Heimatlandes geriete in Gefahr."**
**(Präsident Reagan am 28. April 1983 vor beiden Häusern des Kongresses)**
**„Die Krise Mittelamerika ist unsere Krise ... Die Krise wartet nicht. Es ist keine Zeit zu verlieren... Die Situation in Mittelamerika hat sich derart verschlechtert, daß wir uns bei der Verteidigung unserer nationalen Interessen und bei der Verfolgung unserer nationalen Zielsetzungen keine Paralyse leisten können.**
**Wir sind jetzt in Mittelamerika herausgefordert. Keine Agonie der Unentschiedenheit kann diese Herausforderung verschwinden machen ... Wie hoch auch immer die kurzfristigen Kosten sein mögen, wenn wir jetzt handeln – sie werden weit geringer sein als die langfristigen Kosten, wenn wir jetzt nicht handeln."**
**(Aus dem Bericht der – von Henry Kissinger geleiteten – „National Bipartisan Commission on Central America" vom 11. Januar 1984).**

### Deklarationen zur Jahreswende: Große weltpolitische Ziele verlangen die Einigkeit aller Amerikaner

Zu Beginn des Wahljahres 1984 präsentiert sich die Reagan-Administration nach innen wie außen als strahlender „Sieger" an allen „Fronten". Nie zuvor – so heißt es – war die „Lage der Nation" besser, „Amerika" politisch stärker oder militärisch sicherer.
Da sie nun in quasi allen Bereichen die „Ersten" und die „Besten" seien, könnten alle US-Amerikaner voller Stolz, Selbst- und Gottvertrauen daran teilnehmen, „die Welt neu zu beginnen" (1) und den „amerikanischen Traum" des „amerikanischen Jahrhunderts", einer „amerikanischen Weltordnung" nach dem „American way of life" zu neuer Größe verhelfen.
„Amerika" kann – so die Auffassung in diesen Verlautbarungen – in der Welt tun und lassen, was es will – wenn es nur will. Bei ihrer Außenpolitik, die die weltweite Vormacht anstrebt, kann sich „Number One" alles leisten, nur nicht innenpolitische Zwietracht, nur keine „Agonie der Unentschiedenheit" oder eine Selbst-Paralyse „durch kleinliche Parteizwiste. In Bezug auf die Außen- und Weltpolitik darf es daher weder „Republikaner" noch „Demokraten" geben, sondern nur noch „Patriotische Amerikaner". Ist aber erst einmal jener „patriotische" Konsens über das Ziel hergestellt, sei auch keine „Grenze" mehr dafür abzusehen, was dieser „Patriotismus" alles erreichen (oder eher: anrichten) kann...
Solche lauthals verkündete Allmachts-Euphorie schlägt allerdings häufig in Or gien von Unsicherheits- und Ohnmachts-Bekundungen um:
Überall brauen sich Gefahren zusammen. Selbst jede „lokale Krise" kann die US-Position in der Welt bedrohen. Wenn schon nicht die „nationale Sicherheit der USA, so steht in einem solchen Fall zumindest die „Glaubwürdigkeit" der gesamten Außen- und Weltpolitik auf dem Spiel. Keine „lokale Krise" die nicht schon „regionale Domino-Effekte" und eine globale Ausweitung heraufbeschwörte. Kein Ort, wo nicht global-strategische US-Interessen tangiert sind.

### Amerikanische Wirtschaftskontrolle in der Welt in Gefahr!

Zwar soll vordergründig nach wie vor die Sowjetunion als das „Reich des Bösen" für die Bedrohung verantwortlich sein (obgleich selbst US-Studien im Auftrag des Pentagon oder des Kongresses zu dem Ergebnis kommen, die UdSSR hätte durch ihre Militärdiplomatie in der 3. Welt keine „gesicherten Positionen" erreichen können, und ihr politischer Einfluß bleibe weiterhin „bestenfalls marginal" (2)); doch mehr und mehr rückt selbst in offiziellen Deklarationen die 3. Welt als die „wahre" und „eigentliche" Herausforderung in den Mittelpunkt:
Mehr und mehr „autonome" Kräfte, Entwicklungen und Bewegungen gewinnen dort an Gewicht, denn die anhaltende Weltwirtschaftskrise hat mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die Volkwirtschaften und auf das Leben der Bevölkerung die Situation verändert. Aus US-Sicht können sie nur die „globale Anarchie" oder das „globale Chaos" anrichten. „Radikale, vom Volk getragene antiwestliche Regimes" in der 3. Welt zeigen auf, daß die USA „die Kontrolle über die politische Entwicklung in der 3. Welt" zu verlieren droht. In dem Maße, wie solche Regimes von einer Massenbasis getragen werden, sich nach „innen" wenden und bereit und fähig sind (wenn auch unter großen Opfern), ihre politische Souveränität, ökonomische Unabhängigkeit und gesellschaftliche Autonomie auszubauen, greift die bisherige wirtschaftliche Kontrolle immer weniger, die über Mechanismen wie ungleiche Arbeitsteilung und den Weltmarkt aufrechterhalten wurde.

### Militärische Überlegenheit als Vorbedingung für „ökonomische Sicherheit"

Aus der Sicht der US-Strategen steht jetzt in der 3. Welt die „ökonomische Sicherheit" der USA auf dem Spiel, und damit die Basis ihrer Machtposition in der Welt: „Heute ist unser (!) Golf-Öl bedroht, ebenso wie unsere Bodenschätze in Afrika bedroht sind und selbst das, was früher einmal unsere private Reserve in Lateinamerika war." (4) Vor dem Hintergrund zunehmender Revolutions- und Befreiungsbewegungen in der 3. Welt bleibt da nur noch der Rückgriff auf militär- und sicherheitspolitische Strategien. Wollen die Amerikaner in einer „rein ökonomischen Weltordnung" nicht die „Geiseln der Armen" werden – so wird es dargestellt – dann müssen sich die „Reichen" mit militärischen Mitteln „gegen die Armen" schützen. (5) Die militärische Macht muß „wieder zählen", denn erst die militärische Überlegenheit kann die Vorbedingungen für die angestrebte „ökonomische Sicherheit" schaffen: Erst die militärische Überlegenheit erlaubt es, „offensiv aus lokalen Krisen auszubrechen", sie sichert die „horizontale" und „vertikale Eskalationsdomi-

nanz" und im Kriegsfall dann – mit dem „Sieg" – die Bestimmung der „Nachkriegsordnung" (6). Und dann können jene „politische Kontrolle" oder der „hinreichende Einfluß" hergestellt werden, die für die Regierung die Voraussetzungen für „ökonomische Sicherheit" sind.
So wie die „nukleare Überlegenheit" den globalen Interessen der USA in der 3. Welt eine „atomare Garantie" verleihen soll (E. Rostow), so müssen „überlegen" Seestreitkräfte, umfassende Transportkapazitäten, ein Netz von Stützpunkten und „schnelle Eingreiftruppen" sicherstellen, daß überall und jederzeit jedwede Art von Krieg und Intervention geführt (und „gewonnen") werden kann. (7)
Alle Formen der militär- und rüstungspolitischen „Hilfe" und „Kooperation" mit „alliierten" und „befreundeten Regimes " in der 3. Welt erhalten in diesem Konzept einen wichtigen Platz, ja sie werden sogar als die „billigsten und wirksamsten Vehikel amerikanischer „World leadership" bezeichnet. (8) Dagegen wird „Entwicklungshilfe" und „Wirtschaftshilfe" ähnlich eingeschätzt, wie etwa „Welfare"-Leistungen in der Sozialpolitik des Inneren: sie schadeten der Produktivität oder seien bestenfalls ineffektiv. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung soll vor allem der „Magie des Marktes", der Eigendynamik des „privaten Sektors" und der Risikofreude des „freien Unternehmertums" überlassen werden...
Logischerweise haben im amerikanischen Militärhaushalt die Ausgaben für „Militärhilfe" im weiteren Sinne mit die höchsten Steigerungsraten. Zugleich haben Kanonenbootdiplomatie, militärische Großmanöver, alle Formen der „schmutzigen" verdeckten Kriegsführung ebenso wie offene Kriege in der 3. Welt erheblich zugenommen. Nach einer Aufstellung des Zentrums für Verteidigungsinformation waren die USA im Frühjahr 1983 in mindestens 20 Ländern in bewaffnete Konflikte verwickelt. (9)

**Einfluß der eigenen Innenpolitik auf die amerikanische Krisenbewältigung**

In diesem Zusammenhang ist es nicht erstaundlich, wenn Reagan den Vietnam-Krieg als „noble Sache" bezeichnet und wenn die amerikanische Administration die folgerichtige Lehre aus ihm zieht, daß es „keinen Ersatz für den Sieg gebe". Es muß – koste es, was es wolle – „gewonnen werden".
Freilich muß dazu der patriotische Konsens vorhanden sein. Die Grenada-Invasion (und das organisierte Grenada-Syndrom) haben jedoch die Mechanismen aufgezeigt, über die der Konsens gesichert und der demokratische Schein gewahrt werden soll: durch (militärisch) „vollendete Tatsachen" und die Manipulation der öffentlichen Meinung wird im Nachhinein die Unterstützung wenigstens in der breiten Bevölkerung erreicht.
Gerade solche innenpolitischen Zusammenhänge sind ein wichtiger Grund für die starke Militarisierung der US-Außenpolitik und beeinflussen die Strategie gegenüber der Dritten Welt noch mehr als „nur" militärtechnologische Überlegungen. (10)
Da „gewonnen" werden muß, haben „Initiative" und „Offensive" in einer Krise den Vorrang und da vor allem „schnell gewonnen werden muß", aus den genannten innenpolitischen Gründen, sind Übergriffe und Überreaktionen von vornheherein angelegt, ebenso wie militärisch die Einbeziehung aller amerikanischen Waffengattungen und Teilstreitkräfte von Anfang an (in „schnellen", „tiefen" „kombinierten", „synchronisierten" und „koordinierten" Operationen (11). Nach dem schnellen Sieg folgt der politisch-ideologische Test der Aktion vor der öffentlichen Meinung. Auch er soll sich an positiven Kriterien orientieren: Jede US-Intervention und Invasion gilt automatisch der „Befreiung" – sei es eine Befreiung vom „marxistisch-leninistischen Totalitarismus", sei es nach einer „verratenen Revolution". Jedes „völkermordende", „autoritäre" „Militär- und Mordregime", das unterstützt wird, läßt danach noch Fortschritte in Richtung auf einen „demokratischen Pluralismus", auf „Menschenrechte" und „soziale Reformen" erwarten oder erkennen. (12)
Auf der anderen Seite kann kein „patriotischer" Amerikaner hinnehmen, wenn sich ein Regime etwa im Stil der Sandinisten etabliert, das automatisch als nach innen „totalitär" und nach außen „expansiv" eingestuft wird. (13)

**US-Politik in Mittelamerika als Beispiel für den Rest der Welt**

Entwicklungen und Tendenzen in der „westlichen Hemisphäre" im allgemeinen und in Mittelamerika und der Karibik im besonderen haben die Ideologie und Praxis der Reagan-Administration gegenüber der 3. Welt stark geprägt. Von den „neuen Rechten" bis zu den „neuen Konservativen" war man sich einig, daß hier „eigentlich" der „Dritte Weltkrieg" schon begonnen habe: „Ganz Amerika wird von außen und innen angegriffen. Lateinamerika ist dabei, von Satelliten und Stellvertretern der Sowjetunion überrannt zu werden" (14). Die Befreiungsbewegungen in Mittelamerika seien – so Weinberger – dabei, die USA 'vom Süden her anzugreifen' und die Administration unter Druck zu setzen, damit sie sich aus US-Positionen in Europa, Asien und in Nah- und Mittelost zurückziehen muß, um sich „am Rio Grande" in einer „Festung Amerika" einzuigeln (15)...
Jeanne Kirkpatrick (die heutige US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen) brachte in ihrem berühmt-berüchtigt gewordenen Aufsatz vom November 1979 in der Zeitschrift „Commentary" die politisch-ideologische Unterscheidung zwischen „autoritären" Diktaturen (die es zu unterstützen gelte) und „totalitären" Regimes (die zu

stürzen seien) ein. Durch die „erfolgreiche" Stützung „autoritärer" Diktaturen müßten die USA der ganzen Welt gegenüber demonstrieren, daß „die Zukunft" in Mittelamerika nicht den Revolutionen noch den Befreiungsbewegungen gehöre. Die USA müßten vielmehr den „Lauf der Geschichte" anhalten und durch „umgekehrte Dominos" – also durch Konterrevolution – auch die „Geschichte umdrehen" (16) ...




Gerade die amerikanische Politik in Mittelamerika soll ein Beispiel geben für die US-Politik gegenüber der 3. Welt insgesamt: In Mittelamerika geht es nach Reagan – und er nimmt damit direkten Bezug auf die Truman-Doktrin von 1947 – um „alternative ways of life". Der Welt muß gezeigt werden, daß gerade auch in der 3. Welt allen „Mißverständnissen" zu Trotz einzig und allein der Kapitalismus „Überfluß" und „soziale Gerechtigkeit" garantieren kann (18): „Autoritäre" Diktaturen sollen in „pluralistische Demokratien" umgewandelt werden, die dann – mit „ein wenig" US-Unterstützung – selbständig „democracy, development and dialogue" verwirklichen sollen. Dies alles würde für die USA nur geringfügige Kosten verursachen, die im Rahmen des Gesamtaufwandes für die US-Globalstrategie geradezu winzig erscheinen müssen. Seien erst einmal der aktute Not- und Ausnahmezustand, die Kriege und Bürgerkriege „gewonnen", hätten die „Gewinner" den „Job" weitgehend selbst zu tun und könnten nur mit „realistischen Wirtschaftshilfe-Leistungen" der USA rechnen (19)...
Ein Beispiel, das zu Anfang als willkommene Gelegenheit erschienen war, um seitens der USA innere Geschlossenheit und äußere Entschlossenheit zu demonstrieren, um aus einer Krise einen ‚exemplarischen" Sieg zu machen (der damalige Außenminister Haig drängte auch gleich darauf, „an die Quelle zu gehen" und en passant das „Kuba-Problem" zu lösen: „Mr. President, this is one you can win" (20)), ein Beispiel, das als eine Chance erschienen war, das Gesetz des Handelns (wieder) in die Hand zu bekommen, hat sich jedoch mittlerweile in das Gegenteil verkehrt. Zielte die US-Administration noch im April 1983 mit der dramatischen Reagan-Rede vor beiden Häusern des Kongresses darauf ab, über eine Erhöhung der Militärhilfe, vor allem an El Salvador, dem Ausbruch einer „Krise" in Mittelamerika zuvorzukommen (210, so sieht Anfang 1984 die Kissinger-Kommission die USA in der denkbar schlechtesten Position, in Mittelamerika offen oder verdeckt einen Krieg zu führen. Es sei denn, sie hätten die Entschlossenheit und Konsequenz, ihn so zu führen, daß er „gewonnen" werden kann. In einem halbherzigen „endless war" (22) dagegen müßten die USA „verlieren", solange sie nicht „gewinnen". Die Zeit – so die Kissinger-Kommission weiter – läuft „nun gegen die USA" und damit besteht die Gefahr, daß künftige Kosten aus diesem „Nicht-Gewinnen" für die amerikanische Innen- und Außenpolitik auf längere Sicht untragbar würden (23).
„Die Krise wartet nicht. Es ist keine Zeit zu verlieren..."

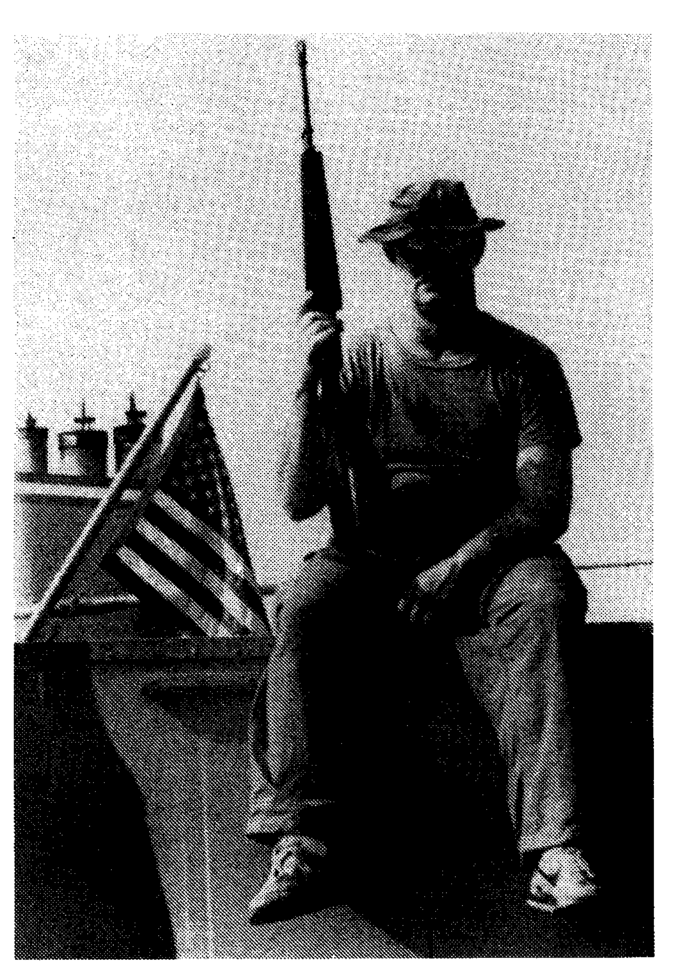
**Die Kissinger-Kommission zu Nicaragua**

Der allgemeine Tenor der Kissinger-Kommission (24) weist darauf hin, daß es in dieser verschlechterten Lage (z. B. sei mittlerweile selbst der „Zusammenbruch" des Regimes in El Salvador nicht mehr auszuschließen) unbedingt notwendig sei, daß die USA sich in Mittelamerika umfassend und langfristig engagieren. Weil die Reagan-Administration „nicht genug" unternommen habe, sei jetzt die für die USA schlimmst-mögliche Situation eingetreten. Da weder eine „schnelle Lösung" noch eine mittel- und langfristige Perspektive in Sicht sei, drohe den Vereinigten Staaten im Inneren eine „Paralyse" der außenpolitischen Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit.
Gleichzeitig nach außen der weitere Verlust an militärisch-politischer Kompetenz wie an „moralischer Autorität". Somit verbiete sich eine Politik, die lediglich auf militärische Eindämmung setzt (und sich dabei auf die Stützung und Unterstützung von Militärdiktaturen beschränkt, deren Methoden der „counter-insurgency" sich als ebensowenig „human" wie „effektiv" erwiesen hätten...) Und so wird eine offensive und dynamische, umfassende und langfristige „Gesamtlösung" umrissen.
Sie baut zunächst auf eine erfolgreiche, „moderne" und „effektivere" Militärstrategie der „counter-insurgency". Nach der militärischen „Bereinigung" der gegenwärtigen Patt-Situation verheißt sie mittel- und langfristig jedoch „Demokratisierung", „wirtschaftliche Entwicklung", „soziale Gerechtigkeit" und „menschliche Entwicklung" im Rahmen eines regionalen Systems von Kooperation und Integration.
Wenn auch ein „direktes" militärisches Eingreifen der USA als generell wenig „wünschenswert" betrachtet wird, so sollen doch alle nur möglichen militärischen Mittel unterhalb der Schwelle des unmittelbaren und massiven Einsatzes von US-(Boden-)Kampftruppen genutzt werden. Immerhin rechtfertige aber ein „marxistisch-leninistischer" Sieg in El Salvador oder eine Konsolidierung des „militarisierten" und „totalitären" Regimes in Nicaragua die militärische Intervention und Invasion, soweit dies der amerikanischen Öffentlichkeit als eindeutige Bedrohung der „nationalen Sicherheit" demonstriert werden könnte. Es zu beweisen sei Sache der Regierung.
Im Vordergrund des Berichts steht jedoch die massive Erhöhung der US-Militärhilfe an El Salvador (auf 400 Mill. Dollar für die Finanzjahre 1984/85) sowie an Honduras und Guatemala, um jene „modernere" und „effektivere" counter-insurgency zu erreichen. Minimalstandards zur „Beach-

tung der Menschenrechte" sollten zugleich zu einer „Humanisierung" der Kriegsführung beitragen (und die innenpolitische Unterstützung der Militärhilfe in den USA möglichst verbreitern...).
Gegenüber Nicaragua sind die militär-politischen Empfehlungen entsprechend eindeutig: Schon die Konsolidierung der Sandinisten an sich stellt eine „permanente Bedrohung" der gesamten Region dar, die durch die Einmischung „aggressiver, feindlicher äußerer Kräfte" noch eine global-strategische Bedeutung erhält. Beide Aspekte zusammengenommen verkörpern jedoch schon jene „direkte Herausforderung der nationalen Sicherheit der USA sowie der gesamten Hemisphäre, die den Einsatz „der letzten Mittel" eigentlich rechtfertigt. Mit Blick auf die US-Öffentlichkeit (25) wird zwar offiziell versichert, die USA forderten weder einen „Sturz" der Sandinisten noch die „liquidation of Sandinista government" (was immer das heißen soll), und sie unterstützten auch nicht die Contras. Doch „vor dem Zorn des eigenen Volkes soll die nicaraguanische Regierung " nach Reagan „dann doch nicht geschützt (!)" werden.
In der Sprache der Kissinger-Kommission bedeutet die Unterstützung der Contras lediglich, daß die Sandinisten mit einer Mischung aus „Anreizen" und „Pressionen" dazu gebracht werden sollen „ernsthaft" zu verhandeln, und dazu, nach innen „demokratischen Pluralismus", nach außen „Nichteinmischung" und „Zurückhaltung" zu üben. Die Regierung in Managua bräuchte „formell" nicht einmal von ihren „revolutionären Idealen" Abstand zu nehmen.
Derzeit kritisieren viele Demokraten die Implikationen des Berichts der Kissinger-Kommission, die „die Kämpfe in El Salvador intensivieren, den Krieg gegen Nicaragua schüren und unvermeidlich amerikanische Soldaten in die Kämpfe verwickeln werden". Die Kommission habe damit „einen Kurs vorgezeichnet, der letztlich nur dann zum Erfolg führen kann, wenn US-Streitkräfte sich in dem Krieg als Kombattanten engagieren" (26). Diese kritischen Stimmen scheinen jedoch vereinzelt zu sein, denn gerade der offizelle Sprecher der Demokratischen Partei war es, der behauptete, Differenzen zur Mittelamerika-Politik der Reagan-Regierung gebe es nur in „engen taktischen Fragen" (27): „El Salvador dürfe nicht fallen", das „Karibische Becken" nicht an „Marxisten-Leninisten" verloren gehen...

**Ausblick**

Es ist zu erwarten, daß gerade im Wahljahr weitere Stimmen aus der Demokratischen Partei laut werden, die verlangen, daß die Vergabe bzw. Erhöhung der Militärhilfe an bestimmte Bedingungen geknüpft wird, wie etwa die Verwirklichung der Menschenrechte und die weiterhin verlangen, daß die Unterstützung der Contras eingestellt und Verhandlungen aufgenommen werden sollen.
Solchen Vorstellungen steht jedoch die erklärte Politik der Reagan-Administration engegen, die jegliche derartige „Verhandlungen" vermeiden will, die dem Kongreß ein Mitsprache- oder gar Mitentscheidungsrecht einräumen könnten und die unilaterale Handlungsfähigkeit der US-Regierung einschränken würden. (28) Daher soll der „Contadora-Prozeß" keinesfalls gestärkt und taktisch genutzt werden (29). Bestenfalls könnte die Contadora-Gruppe *nach* einem von den USA durchgesetzten Arrangement als ein „regionales" Instrument an seiner Durchführung und Überwachung mitbeteiligt werden.
Hinter den diplomatischen Kulissen wurde deshalb auch mit Nachdruck daran gearbeitet, die mexikanischen Initiativen, die Aktionen der sozialistischen Internationale und die spanischen Vermittlungsbemühungen zu neutralisieren. An der Bonner Mittelamerikapolitik läßt sich deutlich die Richtung ablesen, in die auch die anderen westeuropäischen Länder gedrängt werden sollen.



Im Bericht der Kissinger-Kommission wird eine neue „Allianz" für „Demokratie und Prosperität" in Mittelamerika und in der Karibik anvisiert. Sie soll über eine glatte Verdoppelung der finanziellen Leistungen der USA initiiert werden. Später soll sie mit Hilfe von wirtschaftlichen Maßnahmen organisiert werden, wie etwa Präferenzen für mittelamerikanische Exporte, zollfreie Handelszonen, privilegierte Umschuldungen, Anreize für multinationale Konzerne und Banken zu „joint ventures" (ohne freilich Mechanismen zur Stabilisierung von Rohstoffpreisen vorzusehen, die aus US-Sicht als „unangemessen" verworfen wurden). Doch schon die ersten Reaktionen aus dem Kongreß und aus den beiden Parteien weisen daraufhin, daß eine beträchtliche Ausweitung der Wirtschaftshilfe (im Gegensatz zur Militärhilfe) kaum in Frage kommt. Wegen der gigantischen Budget-Defizite bestehen grundsätzliche Probleme bei Ausgabenerhöhungen. Überdies scheinen speziell zum Thema Wirtschaftshilfe mittlerweile alle Congress-Koalitionen zusammengebrochen zu sein. Erst eine tiefgreifende politische Reorganisation im Kongreß und eine administrative Umstrukturierung (30) lassen Veränderungen erwarten.

Es zeichnet sich vor diesem Hintergrund also zunächst noch die Fortsetzung und Fortdauer des „endlosen Krieges" in Mittelamerika ab. Doch diese Vorgänge scheinen in den USA nur solange aufrechtzuerhalten zu sein, wie der Dauerzustand des organisierten, noch indirekten und mühsam verdeckten Krieges durch „demonstrative" Siege in „offe-

nen" Militäraktionen zugleich durchbrochen und gerechtfertigt werden kann. Dieses Wechselverhältnis zwischen „offener" und „verdeckter" Militarisierung erweitert und verengt sich paradoxerweise in Abhängigkeit von der Unterstützung durch den Kongreß und die öffentliche Meinung:
Da Verhandlungen als bloß „defensive Unternehmungen" betrachtet werden, die sich gegen US-Interessen auswirken würden (wie es in einem Dokument des Nationalen Sicherheitsrats heißt (31)), will die Regierung verhindern, daß sich der Kongreß in Planung und Durchführung von Verhandlungen einschaltet. Daher wird das Wechselverhältnis von „verdeckter" und „offener" Militarisierung zum vorherrschenden Vehikel, um am Kongreß vorbeiregieren zu können. Das ist möglich, indem Reagan sich auf die Mittelamerikapolitik als Vorrecht des Präsidenten beruft und eine reine Militärpolitik mit direkter und indirekter Intervention betreibt. In der Logik dieser Strategie und Taktik liegt es, daß permanent auf eine politisch-ideologische Eskalation der Drohungen und der Bedrohung zurückgegriffen werden muß, bis mit der Proklamation des Not- und Ausnahmezustandes schließlich auch der „Ernstfall" genutzt werden kann. Es liegt auf der Hand, daß im Zuge dieses Militarisierungsmechanismus zivile Handlungsmöglichkeiten vernachlässigt und stattdessen militärische Handlungs„zwänge" aufgebaut werden.
Eine solche Strategie bedarf der „Siege". Dem zaudernden breiten Publikum muß der Beweis erbracht werden, daß man „siegen" kann. Auf die Dauer wird aber dann das „Siegen müssen" zum eigentlichen Antrieb der Politik, zur Voraussetzung und zum Ergebnis einer starken Militarisierung.
Das Grenada-Syndrom zeigt die spezifische „Logik" auf: Nach der Invasion unterstützten 71 % der befragten US-Bürger die Aktion. Die generelle Befürwortung der Reaganschen Außenpolitik erhöhte sich von 42 auf 55 % (32)...

Frieder Schlupp

**Anmerkungen**

1) Vgl. die „state-of-the-union-message" vom 26. Januar 1984; als Überblick: F. Schlupp – „...die Welt neu zu beginnen..." „Zur imperialen Ideologie und Globalstrategie der Reagan-Administration, MS. Konstanz Okt. 1982
2) Vgl. S. Kaplan: Diplomacy of Power. Soviet Armed Forces as a Political Instrument, Brookings 1981; Congressional Research Service-Soviet Policy and U.S. Response in the Third World, in: Wireless Bulletin from Washington (WB) 95/1981
3) Vgl. Z. Brzezinski, Spiegel-Gespräch 16/1981; G. Liska – Russia and World Order.Baltimore 1980; H. Kissinger, Spiegel-Gespräch 40/1983
4) P. Laxalt-New Vulnerabilities in the 80's, in: WB 32/1981
5) G. Liska (Anm. 3); s. 97; R. Tucker – The Purpose of American Power, in: Foreign Affairs, Winter 1980/81, S. 241 ff.
6) Am krassesten bei C. Gray ausgeführt; vgl. z.B. R. Kühnl; Colin S. Gray – ein Stratege von Orwellschem Zuschnitt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1983
7) Vgl. die „Defense Guidance" 1984-88 des Pentagon; Auszüge in Blätter ... 8/1982
8) Vgl. den Budget-Antrag für das Haushaltsjahr 1984, nach: WB 21/1983
9) Nach SZ vom 21.3.1983, S. 1. Vgl. auch: B. Blechman/S. Kaplan; Force without war. U.S. Armed Forces as a Political Instrument, Brookings 1978
10) Vgl. dazu auch F. Schlupp; Kriegsgefahr und innerimperialistische Konkurrenz. Von der Welfare – zur Warfare-Politik, in: links 134/1981
11) Vgl. AirLand- und AirLand Battle 2000 (z.B. in: Blätter...7/83 und 10/1983); ami 11/1983, d-21 ff
12) Vgl. den „Report on the situation in El Salvador" des State Department vom 16.1.1984 (in: WB 11/1984)
13) Vgl. z.B. E. Kenworthy Central America: Beyond the Credibility Trap, in: World Policy Journal, fall 1983, S. 181 ff
14) Fontaine, R. et al; A New Inter-American Policy for the Eighties, Council for Inter-American Security, 1980, S. 52 f
15) Nach SZ vom 15.6.1983, S. 8
16) J. Kirkpatrick in: WB 202/1983 – nach der Grenada-Invasion...
17) H. Kissinger, in: Newsweek vom 1.8.1983; R. Reagan – in WB 80/1983; F. Ikle in: New York Review, 8.12.1983
18) Vgl. WB 36/1983
19) Vgl. WB 169/1983
20) Nach L. Barrett; Gambling With History, Garden City 1983, S. 207
21) Vgl. WB 80/1983
22) J. Chace; The endless war, in: New York Review of Books, 8. 12. 1983
23) Der Bericht der Kissinger-Kommission ist in Auszügen dokumentiert in: WB 7-9/1984; zum Hintergrund kurz: Spiegel 3/1984, S. 96 f
24) Vgl. dazu auch die Pressekonferenzen (in: WB 8 und 9/1984)
25) Vgl. J. Rielly (ed); American Public Opinion and U.S. Foreign Policy 1983, Chicago Council on Foreign Relations, 1983; im Frühjahr 1983 sprachen sich 64 % der Befragten gegen US-Aktionen zum Sturz „mittelamerikanischer" Regierungen, und 78 % gegen US-Aktionen zum Sturz der Sandinista aus.
26) Sen E. Kennedy (nach Die Zeit 4/1984, S. 5); vgl. auch K. Ege-Alternative zu Reagan?, in: Blätter ... 1/1984
27) Vgl. E. Kenworthy (Anm. 13)
28) NSC-Dok: Die Politik der USA in Mittelamerika und Kuba bis zum Haushaltsjahr 1984, dtsche Übers. in: Blätter 5/1983, S. 756 ff.
29) Vgl. J. Chace (Anm. 22)
30) So hat Ende 1983 eine vom State Department eingesetzte Kommission den völligen „Zusammenbruch" der öffentlichen Unterstützung für Auslandshilfe konstatiert, während im Congress sich die Polarisierung bzw. Blockierung vertieft hat; die Vorschläge zielen darauf ab, die Wirtschaftshilfe an die Militärhilfe zu koppeln, um erstere überhaupt noch durchbringen zu können.
31) Vgl. Anm. 28
32) Nach Umfragen der Washington Post und der ABC-News.

# NICARAGUA

# Frieden für Nicaragua

## – gegen eine Invasion der US-Regierung in Mittelamerika

Während in der Bundesrepublik und in anderen NATO-Ländern der Protest der Friedensbewegung gegen die Raketenrüstung ein großes Ausmaß erreichte, verstärkte die US-Regierung ihren Druck auf mittelamerikanische Länder und führte die Invasion auf Grenada durch. Um dem Verlust der traditionellen Herrschaft und ihrer politischen und ökonomischen Vormachtstellung in Mittelamerika entgegenzuwirken, setzt die Regierung Reagan zunehmend auf militärische Gewalt.

– In Guatemala wurden durch einen Putsch im Sommer 1983 Militärs an die Macht gebracht, die nicht nur die Vernichtungsstrategie gegen die indianische Bevölkerung und jede Art der politischen Opposition fortführen, sondern auch die Pläne der US-Regierung zur Wiederbelebung eines mittelamerikanischen Militärpaktes (CONDECA) gegen Nicaragua und die Befreiungsbewegung von El Salvador zu verwirklichen bereit sind.
– In El Salvador erhalten die USA durch massive Militär- und Finanzunterstützung das von der Befreiungsbewegung FDR/FMLN politisch und militärisch besiegte Regime.
– Gleichzeitig wird Honduras durch die Anlage US-amerikanischer Militärstützpunkte und durch die Aufrüstung der honduranischen Armee zur Drehscheibe der militärischen Aktionen der US-Regierung in Mittelamerika ausgebaut: z.Zt. befinden sich etwa 5.000 US-Soldaten in Honduras, die dort seit über sechs Monaten „Übungen" mit der honduranischen Armee durchführen.

Die Regierung der USA bekämpft mit dieser Strategie revolutionäre Bewegungen, die Ursachen in der Ausbeutung und Verelendung eines großen Teils der Bevölkerung dieser Länder haben.

Die Invasion Grenadas hat erneut bewiesen, daß die US-Regierung dort, wo sie mit wirtschaftlichem und politischem Druck nicht weiterkommt und der schnelle militärische Sieg möglich erscheint, zu direkten militärischen Aktionen bereit ist. Die Bedrohung Nicaraguas hat sich durch diese Entwicklung extrem zugespitzt. Schon seit Jahren sieht sich das Volk Nicaraguas wirtschaftlichem Druck und Angriffen konterrevolutionärer Gruppierungen ausgesetzt, die offen von der Regierung der USA, namentlich ihrem Geheimdienst CIA, mit Waffen, Dollars und Militärberatern unterstützt werden. Diesem unerklärten Krieg sind seit Anfang dieses Jahres bereits mehr als 1000 Menschen zum Opfer gefallen. Durch Sabotageangriffe auf Produktionsanlagen, Verkehrswege und Treibstofflager sind allein in diesem Jahr Schäden in Höhe von mehr als 120 Millionen US-Dollar verursacht worden. Dadurch wird die Versorgung der Bevölkerung Nicaraguas mit lebensnotwendigen Gütern ernsthaft bedroht.

Das Volk Nicaraguas braucht dringend Frieden, um die erklärten Ziele seiner Revolution verwirklichen zu können. Die Regierung Nicaraguas bemüht sich seit langem, militärische Konfrontationen zu vermeiden und hat gerade in letzter Zeit eine Reihe von einseitigen Vorleistungen erbracht, im Sinne der Friedensinitiative der sog. CONTADORA-Staaten.

Wir sind davon überzeugt, daß Einzelne, Gruppen und Organisationen, die sich bei uns für den Frieden einsetzen, auch einen wirkungsvollen Beitrag für die Erringung des Friedens in Mittelamerika leisten können.

Die Bundesrepublik ist der engste Verbündete der USA und als militärischer Eckpfeiler der NATO für die aggressive Politik der USA mitverantwortlich. Die Bundesregierung hat in den letzten Wochen beschlossen, erneut einen Botschafter nach El Salvador zu entsenden. Während die „Entwicklungshilfe" für El Salvador gerade erheblich erhöht worden ist, kommt die Bundesregierung ihren Finanzverpflichtungen gegenüber Nicaragua, die sie bereits vor zwei Jahren eingegangen ist, nicht nach.

Vor diesem Hintergrund fühlen wir uns als Bürger der Bundesrepublik besonders verpflichtet, uns für den Frieden in Nicaragua einzusetzen. Wir rufen deshalb dazu auf, eine internationale Präsenz in Nicaragua zu bilden, die sich für den Frieden in dieser Region einsetzen soll. Wir wissen, daß eine Reihe von Gruppen in anderen NATO-Ländern, speziell den USA selbst, die Lage in Mittelamerika ähnlich beurteilen wie wir und an gemeinsamen Aktionen interessiert sind.

Die US-Regierung soll wissen, auf wen sie im Ernstfall schießen läßt: US-Amerikaner, Spanier, Deutsche, Holländer, Franzosen etc. Sie soll auch wissen, daß diese internationale Bewegung eine permanente Öffentlichkeit über ihre Aktionen in Mittelamerika herstellen wird.

Der Aufenthalt in Nicaragua kann in der Beteiligung an Arbeitsbrigaden und anderen Friedensaktionen bestehen. Ein erster wichtiger Schritt ist die Entsendung von Internationalen Arbeitsbrigaden für die Kaffeeernte im Dezember 1983.

Damit möglichst viele Menschen aus vielen Ländern und

## Eine Bücherei für Masaya

Wir – eine autonome Gruppe von 8 Frauen – hatten der Stadt Masaya im Juli 1983 den Vorschlag unterbreitet, eine Stadtbibliothek mitaufzubauen. Postwendent erhielten wir Antwort, daß eine Bücherei benötigt und gewünscht wird, daß die Leute aus Massaya schon auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten sind und uns demnächst eine Literaturliste zusammenstellen wollen. Von unserer Seite stellen wir uns ein breites Spektrum an Büchern, vor allem von lateinamerikanischen Autoren/innen, vor: Kinderbücher, Sachbücher, Politik und Poesie, Technik und Gedichte, und, natürlich Literatur von und über Frauen. Unser Beitrag besteht in der Beschaffung der Gelder, der Organisation der Bücher, die wir teils in Spanien, teils in Lateinamerika kaufen werden, einige eventuell in Nicaragua in Druckauftrag geben wollen. Anschließend – wahrscheinlich Januar/Februar 1984 fliegen wir zur Katalogisierung für ca. 2 – 3 Monate nach Nicaragua. Danach wird die Stadt Masaya die Weiterführung der Bibliothek übernehmen. Zur Finanzierung des Projekts (ca. 20.000 DM) sind wir auf Spenden angewiesen, die ausschließlich für die Organisation der Bücher verwendet werden. Flug und Aufenthalt unserer Gruppe tragen wir selber.
Falls ihr spanischsprachige Literatur habt und sie entbehren könnt, bitten wir euch, diese bei den unten angegebenen Sammelstellen vorbeizubringen.

Für Nachfrage zu dem Projekt wendet euch bitte an:
Ulrike Schätte
Grimmstr. 6 1 Berlin 61 Tel. 030/6934937

Spenden sind zu richten an:
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.
Gneisenaustr. 2 1 Berlin 61,
Postscheckkonto Berlin West 179966-104

Stichwort: Bibliothek Masaya – Das FDCL ist gemeinnützig, daher sind Spenden absetzbar.

Die Sammelstellen für eure Bücher sind:
FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

verschiedenen Bereichen an Aktionen in Nicaragua teilnehmen können, muß der Aufenthalt in einer Art Rotationsprinzip über einen längeren Zeitraum erfolgen. Die Teilnehmer der Friedenskampagne sollen während ihres Aufenthaltes in Nicaragua symbolische Aktionen durchführen und in der Gemeinde- und Landesentwicklung mitwirken. Z.B. in der Ernte helfen, in der Landwirtschaft, in den Schulen, beim Bau von Kanalisationen, beim Wiederaufbau zerstörter Einrichtungen.
Wir rufen Menschen verschiedenen Alters, verschiedener sozialer Zusammenhänge und politischer Orientierungen auf – die Friedensbewegung, die Frauenbewegung, Jugendverbände, kirchliche und gewerkschaftliche Organisationen – sich an dieser Kampagne zu beteiligen. Die verschiedenen Personen, Gruppen und Organisationen können ganz unterschiedliche Beiträge leisten: mit dem Einsatz der eigenen Person in Nicaragua, im vollen Bewußtsein des Risikos, das damit auf sich genommen werden muß;
mit politischer und moralischer Unterstützung der Teilnehmer in der Öffentlichkeit ihrer Länder;
mit materieller Unterstützung durch Geldspenden, technische Ausrüstung etc.;
durch die Übernahme von Patenschaften (mancher verfügt über die notwendigen finanziellen Mittel, kann aber aus persönlichen Gründen nicht nach Nicaragua fahren – andere haben die Voraussetzungen für einen Aufenthalt in Nicaragua, aber nicht genügend Geld, um ihren Einsatz finanzieren zu können. Patenschaften können hier einen Ausgleich schaffen). Auf diese Weise kann die ganze Kampagne eine größere Öffentlichkeit erreichen.
Diese Kampagne bezieht sich auf ein Land, in dem militärische Überfälle an der Tagesordnung sind. Darum muß sich jeder, der nach Nicaragua geht darüber klar sein, daß der Aufenthalt dort mit einer Gefahr für sein Leben verbunden ist. Aus diesem Grunde hat die Entscheidung, ob jemand nach Nicaragua geht oder die Kampagne hier aktiv unterstützt, einen sehr persönlichen Charakter.
Unsere Aktionen sind nicht militärisch und werden ohne Waffen durchgeführt. Es ist aber für uns selbstverständlich, daß die Völker Mittelamerikas die Formen ihres Kampfes um soziale Gerechtigkeit und Freiheit selbst bestimmen.
Wir glauben, daß in dieser Idee eine historische Chance liegt und daß ihre rasche Verwirklichung der US-Regierung eine ganz andere Art von Widerstand entgegensetzen wird, als Reagan es bisher erwarten mag. Es ist für uns eine Herausforderung und eine Chance zugleich, qualitativ neue Formen der internationalen Solidarität zu entwickeln.
Wenn unsere Regierungen den Krieg fördern, laßt uns den Frieden erkämpfen. Die Gruppen, die nach Nicaragua gehen, werden unterstützt von den Vielen, die in ihren Heimatländern ihren Widerstand ausdrücken gegen alle, die die Kriegspolitik der Regierung der USA in Mittelamerika mitbetreiben oder tolerieren und die von der täglichen Ausbeutung und Unterdrückung profitieren.

**Kontakt und Organisation bundesweit:**
Informationsbüro Nicaragua e. V. Katernberger Schulweg 123, 5600 Wuppertal 1
Tel. 0202/760527 für Brigaden nur zwischen10.00 – 12.00 und 16.00 – 18.00 Uhr

**Regionale Kontaktstellen:**
*Frankfurt:* Evelyn Becker, Mercatorstr. 9, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/492521 nur zwischen 15.00 – 18.00 Uhr oder:
Verein Monimbo, Telefon 06074/26891 zwischen 14.00 - 17.00 Uhr
*Münster:* Katholische Hochschulgemeinde, Kardinal von Galen Ring 45, 4400 Münster 1, Barbara Issel, Telefon 0251/47814
*Stuttgart:* Furtbachstr. 14,
Rainer Salm, Hohenstauffenstr. 21, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/6407480 zwischen 18.00 – 19.00 Uhr
*Berlin:* Brigadevorbereitungskreis c/o FDCL im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, Telefon 030/6934029
*Göttingen:* Uwe Klettke, Hannoversche Str. 105, 3400 Göttingen, Telefon 0551/31460
*Nürnberg:* Kontakt: Hans Hunglinge, Denisstr. 21, 8500 Nürnberg, Telefon 0911/268960
*Hamburg:* Reiner Rischmüller, Weidenallee 30c, 2000 Hamburg 6, Telefon 040/4104429

**Hinweis:**
„Frieden für Nicaragua ist ein umstrittener Aufruf des Informationsbüro Nicaragua e.V.. Auf dem nächsten Bundestreffen Anfang März wird ein neuer Aufruf diskutiert und verabschiedet werden. Auch die Redaktion der blätter des iz3w hält diesen Aufruf nicht sonderlich gut; wir drucken ihn aber dennoch ab, um die Mittelamerika-Solidarität einer breiteren Leserschicht vorzustellen.
Die Unterstützungskampagne für die Arbeitsbrigaden benötigt in kürzester Zeit DM 200.000 für Material. Spenden können überwiesen werden auf das Konto: 976 738 bei der Stadtsparkasse Wuppertal, Informationsbüro Nicaragua e.V., BLZ 330 500 00 Stichwort angeben.

# Freundeskreis Tonio Pflaum

# Ein Arzt für Wiwili



Am 30. April 1983 wurde Dr. med. Albrecht Pflaum in Nicaragua von einer Konterrevolutionären Bande ermordet. Albrecht Pflaum, der von seinen Freunden Tonio genannt wurde, stammte aus Steinen bei Lörrach. Er studierte in Freiburg und legte dort 1976 sein medizinisches Staatsexamen ab.
Sein Entschluß, nach seiner Assistenzzeit als Arzt in einem Land der 3. Welt zu arbeiten, kam nicht unvermittelt: Während seiner Ausbildung war er in der Dritte-Welt-Bewegung engagiert.
So ging er 1980 im Rahmen eines Soforthilfeprogramms des deutschen Entwicklungsdienstes (DED) nach Nicaragua. Im Hospital von Wiwili begann er gemeinsam mit einheimischen Ärzten seine Tätigkeit. Die schwierigen materiellen Bedingungen versuchte er zu verbessern, indem er persönlich von seinen Bekannten und Kollegen im Ausland Mittel und Medikamente beschaffte. Auf dem Ostufer des Rio Coco entstand auf seine besondere Initiative hin ein Gesundheitszentrum, das insbesondere die ambulante Versorgung übernehmen sollte.
Wenige Zahlen mögen ein Licht auf seine Tätigkeit werfen: In Wiwili wurden in knapp 3 Jahren 24.783 Kranke und Verwundete ambulant versorgt, 219 Schwangere entbunden und 79 Operationen durchgeführt. Die Landbevölkerung wurde erfolgreich gegen Berglepra geimpft. Darüber hinaus wurde eine Apotheke eingerichtet, ein Krankenarchiv angelegt und Helfer ausgebildet.

### Der Freundeskreis

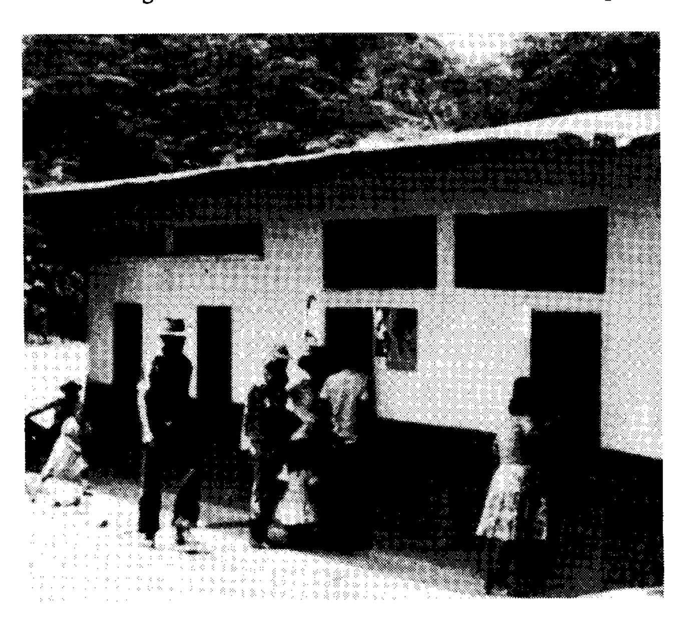
*„Trauer und Schmerz reichen nicht, wenn sie nicht umschlagen in das Bewußtsein, das wir brauchen, um selbst zu handeln und zu begreifen, daß sein Beispiel nicht stellvertretend sein kann, für das, was wir selber zu tun haben, wenn es uns ernst ist mit der Solidarität."*

*Aus dem Nachruf von Tonios Geschwistern*

Ein Freund, ein Kollege, einer, der es ernst gemeint hatte mit der Solidarität mit der Dritten Welt, ist ermordet worden; nicht als Zufallsopfer zwischen den Fronten, sondern gezielt um seine Arbeit für Menschen, die zum erstenmal in ihrem Leben etwas wie medizinische Versorgung als Möglichkeit erfahren durften, ein für allemal zu beenden.
Der „Freundeskreis Tonio Pflaum", zwar von einigen die Tonio gekannt haben, gegründet, ist kein nostalgischer Verein. Freund Tonios ist jeder, der dazu beiträgt, daß die Arbeit, für die Tonio sein Leben geopfert hat, weitergeführt werden kann. Mit Hilfe von einmaligen Spenden und vor allem von Dauerbeiträgen und auch durch aktive Mitarbeit im Freundeskreis sollen Projekte im Gesundheitswesen in Nicaragua gefördert und besonders auch Tonios Arbeit fortgeführt werden.
Der Verein wurde am 18.6.1983 gegründet. Er ist beim Amtsgericht Bremen eingetragen. Die Gemeinnützigkeit ist beantragt. Es können aber auch jetzt schon steuerabzugsfähige Spendenbescheinigungen ausgestellt werden über „medico international", mit dem enge Zusammenarbeit besteht.

### Gesundheitszentrum „Centro De Salut Tonio Pflaum" in Wiwili

Wiwili ist eine Provinzstadt am Rio Coco im Nordwesten von Nicaragua nahe der Grenze zu Honduras. Der Hauptteil



des Ortes liegt auf dem Westufer des Flusses. Dort steht das Hospital „Jorge Navarro". Tonio arbeitete dort seit 1980. Vor der Revolution gab es in der ganzen Region nichts, was mit Gesundheitsfürsorge zu tun hatte. Heute kommen nicht nur die Menschen aus weitem Umkreis in Nicaragua nach Wiwili, sondern mancher Miskito-Indianer bringt auch seine Verwandten aus Honduras über die Grenze mit zur Behandlung.

Durch das gewaltige Anschwellen des Patientenstromes und den für oft viele Wochen nur schwer passierbaren Fluß, ergab sich bald die Notwendigkeit, gegenüber, am Ostufer des Rio Coco eine weitere Gesundheitseinrichtung zu schaffen. Auf Initiative und unter großem persönlichen Einsatz von Tonio entstand dort ein neues Gesundheitszentrum.

Heute ist die Arbeit des Hospitals und des Gesundheitszentrums wieder stark gefährdet. Seit Tonio's Tod ist die internationale Hilfe für Wiwili fast zusammengebrochen. Die wenigen Mittel, die die nationalen Gesundheitsbehörden verteilen, reichen bei weitem nicht aus.

Die einzige noch im Gesundheitszentrum arbeitende Krankenschwester ist froh, wenn sie zusammen mit drei Schwesternhelferinnen wenigstens die notwendigste Versorgung der täglich bis zu hundertzwanzig Hilfesuchenden schafft.

Die Schwester hat zwei dringende Bitten an die Menschen in unserem Land:

- Wir brauchen Instrumente, medizinische Einrichtungen und Hilfe bei der Beschaffung von Medikamenten
- schickt uns einen Arzt, der die Arbeit von Tonio fortführt.

Als erstes wollen wir versuchen, finanzielle und materielle Hilfe für das Gesundheitszentrum zu organisieren.

**Ein Arzt für Wiwili**

Unser Traumziel wäre aber die Entsendung eines Arztes, der die medizinische Arbeit des Gesundheitszentrums wieder voll weiterführen könnte.

**Kontaktadressen**

Dr. Roland Stahn, Landsknechtstr. 20, 7800 Freiburg

Heinrich Brunner, Pfaffenhofer Str. 2, 7914 Roth-Pfaffenhofen

**Konto:**
**Volksbank Ammerbusch BLZ 641 613 97**
**Konto: 75 613 000**

Ich interessiere mich für

☐ regelmäßige Informationen über die Arbeit des Freundeskreises Tonio Pflaum
☐ die Mitgliedschaft im Freundeskreis Tonio Pflaum

Name u. Vorname: . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

Straße u. Hausnummer: . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

Wohnort: . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

Beruf: . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

Mindestbeitrag: DM 60,–/Jahr; Schüler, Studenten, Auszubildende und Rentner DM 30,–/Jahr.



Das Bild auf S. 38 zeigt das Gesundheitszentrum „Centro De Salut Tonio Pflaum" in Wiwili; das Bild auf dieser Seite zeigt die Rückseite des Gesundheitszentrums, die Krankenschwester, die einen Vater mit seinem kranken Sohn (auf dem Pferd) abweisen muß, weil kein Serum vorhanden ist.

# Städtepartnerschaft

## Städtepartnerschaft Freiburg/Brsg. – Wiwili/Nikaragua

**Als Tonio Pflaum ermordet wurde, haben sehr viele Freiburger ihre Trauer und ihre Empörung ausgedrückt. Solche Gefühle können bloße Stimmungen sein, die so schnell verschwinden, wie sie aufkommen. Sie können aber auch eine Kraft sein. Mit dieser Kraft ist in Freiburg eine beispielhafte Initiative begonnen worden, die eine Sädtepartnerschaft Freiburg - Wiwili fordert; eine Möglichkeit, uns die sogenannte Dritte Welt ein Stück näher zu bringen.**

Als die Nachricht vom Mord an Tonio Pflaum hier ankam, hat sie für ein paar Tage Unruhe ausgelöst. Für ein paar Tage war der Krieg, der in allen Regionen der Dritten Welt tobt, nicht bloß ein Fernsehereignis, er schien näher gerückt, weil die Kugel einen aus unserer Stadt getroffen hat, einen, den viele auch persönlich kannten.
Die Mörder, stellten wir fest, kamen nicht aus dem Dunkel. Sie sind bekannt. Der Contra-Terrorismus ist offizieller Teil der US-Mittelamerika-Politik. Weder Regierung noch Parlamente der Vereinigten Staaten haben jemals versucht, diese Tatsache zu verheimlichen.
Die Bundesregierung in Bonn hat noch nicht einmal mit einer Protestnote in Washington gegen den Mord an Tonio Pflaum reagiert, im Gegenteil, 5 Tage später hat sich der Bundeskanzler vor dem Parlament vorbehaltlos mit der US-Mittelamerikapolitik identifiziert. Die Witwe hatte noch das Beileidstelegramm des Außenministers in den Händen, als sie diese Rede hörte.
Danach ist der Fall Tonio Pflaum aus den Medien verschwunden. Dabei wollen wir es nicht belassen.
Wir fordern die Gemeineräte, unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Doktrin, zu einem demonstrativen und gleichzeitig praktischen Schritt auf. Wir fordern sie auf, zwischen Freiburg und der Stadt Wiwili in Nicaragua eine Städtepartnerschaft zu vereinbaren.
Wir schlagen vor, daß sich die Stadt an dem Projekt des Freundeskreises Tonio Pflaum anschließt. Das Gesundheitszentrum in Wiwili, das auf die Initiative von Tonio Pflaum zustande kam, braucht finanzielle und materielle Hilfe, wir möchten auch, daß in absehbarer Zeit dort wieder ein Arzt arbeiten kann. Im Rahmen einer Städtepartnerschaft wäre es wünschenswert, die Freiburger Bevölkerung mit der sozialen, politischen und kulturellen Wirklichkeit Wiwilis bekannt zu machen. Weitere Projekte können sich aus weiteren Erkundigungen ergeben.
Es ist uns durchaus bewußt, daß Wiwili verglichen mit Padua, Innsbruck oder Besancon nicht salonfähig ist.
Gerade deshalb schlagen wir die Städteparnerschaft mit Wiwili vor. Vielleicht nimmt nach und nach in unserer Stadt das Bewußtsein darüber zu, warum und zu wessen Nutzen Regionen wie Mittelamerika so heruntergekommen, und warum und auf wessen Kosten Städte wie Freiburg so stattlich geworden sind.

Wir wissen, daß es inzwischen politischen Mut erfordert, wenn eine Stadt in der BRD sich mit den Opfern der US-Außenpolitik in Beziehung setzen will. Wir hoffen, der Freiburger Gemeinderat bringt diesen Mut auf.



*EL CASTILLO am Rio San Juan*

# ÄTHIOPIEN/ERITREA

## Eritrea war ein wichtiger Grund, warum sich Mengistu dem Osten zuwandte

### Interview mit einem ehemaligen Mitglied des DERG

**In Äthiopien sind viele der grundlegenden Probleme des Landes auch nach mehr als neun Jahren der Militärherrschaft nicht gelöst. Im Gegenteil, einige, vor allem das Nationalitätenproblem und die Eritrea-Frage, haben sich in dieser Zeit weiter zugespitzt.**
**Warum das so ist, wird etwas verständlicher aus dem im folgenden auszugsweise abgedruckten Interview mit dem Eritreer Major Negas Tesfatsion, der bis Mitte 1976 Mitglied des „Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates" (im folgenden DERG) gewesen ist. Negashs Schilderung und Interpretation der Politik des DERG lassen erkennen, welches die entscheidenden Leitlinien gewesen sind, die die Politik der Militärs, zumindest in den ersten beiden Jahren geprägt haben.**

1. **Alles daran zu setzen, um die einmal errungene Macht zu bewahren und zu festigen**
2. **Äthiopien mit allen Mitteln, insbesondere militärischen, in den Grenzen von 1974 zu erhalten und wenn möglich gar zu vergrößern.**

**Negash weist auch daraufhin, daß die im Kern fortschrittliche und auch überfällige Landreform, aber ebenso die Nationalisierungen in der Industrie, genau in diesem Zusammenhang zu begreifen sind. Denn nur damit konnte der DERG der herrschenden Klasse die ökonomische Basis entziehen und einen potentiell bedrohlichen Machtfaktor ausschalten.**
**Aus dem Interview geht auch hervor, daß der heutige Vorsitzende des DERG Mengistu Haile Mariam, von Anfang an einer der wichtigsten und einflußreichsten Exponenten dieses Politikverständnisses gewesen ist. Nur, daß er in der Befolgung der Leitlinien um einiges radikaler und letztlich auch erfolgreicher gewesen ist, als die übrigen Mitglieder des DERG. Mit der gleichen Rücksichtslosigkeit, mit der der DERG seine Macht in Äthiopien behauptete, räumte Mengistu im DERG seine Rivalen aus dem Weg, so daß er 1977 seine Position zu der eines faktischen Alleinherrschers ausbauen konnte.**
**Der DERG bekannte sich schon relativ bald nach der Machtübernahme zum Sozialismus, wenn auch erst in einer späteren Phase zur speziellen Version des Marxismus-Leninismus. Vielen Beobachtern der sozio-ökonomischen Veränderungen in Äthiopien schien dies im Widerspruch zu stehen zu der rücksichtslosen Machtpolitik und dem engen Nationalismus des DERG. Es entspannen sich daraus heftige Debatten darüber, ob man Äthiopien das Attribut „sozialistisch" zubilligen könne oder nicht. Für Negash selbst stellt sich diese Frage gar nicht, denn die Orientierung am sowjetischen Gesellschaftsmodell ist seiner Meinung nach keine Konsequenz theoretischer Einsicht, sondern das Ergebnis eines nüchternen Abwägens der nationalen Interessen. Eine Entscheidung, die unter veränderten Bedingungen auch revidiert werden könnte. Die Frage, ob Äthiopien sozialistisch ist oder nicht, ist allerdings auch schon deswegen müßig, weil der Marxismus-Leninismus in seiner sowjetischen Ausprägung, schon längst zu einer Herrschaftsideologie degeneriert ist die im wesentlichen dazu dient, außerökonomische Gewaltverhältnisse ideologisch zu legitimieren – eine Funktion, die sie für die äthiopischen Militärs auch so brauchbar macht.**
**Major Negash Tesfatsion ist einer von insgesamt fünf Eritreern, die dem DERG einmal angehört haben. Er gehörte zu den ersten Jahrgängen, die auf der Militärakademie in Harar ausgebildet wurden. Aufgrund seiner akademischen Ausbildung – er ist Ingenieur – und seines militärischen Ranges, gehörte er nahezu automatisch zum inneren Führungskreis des DERG. In den zwei Jahren, die er dem DERG angehörte, war er zweiter Vorsitzender im Militär- und im Sicherheitskomitee, zwei der wichtigsten Komitees im DERG überhaupt. Obwohl der DERG in dieser Anfangszeit noch kollegialer organisiert war, als dies heute der Fall ist, dürfte Negash daher über mehr Einblick in die Politik des DERG verfügt haben, als ein gewöhnliches Mitglied."**
**Nachdem Negash den DERG verlassen hatte, schloß er sich der EPLF an, hauptsächlich seiner nationalistischen Gefühle wegen, wie er freimütig eingestand. Heute arbeitet Negash als Militärausbilder in der EPLF!**

**Red./wha**

**Das Interview fand am Anfang des Jahres 1983 im Norden Eritreas statt. Die Fragen haben gestellt: L. Bondestam, L. Cliff, K. Eikenberg, W. Haettig, G. Schröder und A. Tseggai.**



F.: *Sie haben 1976 den DERG verlassen. Welche Gründe haben Sie zu diesem Schritt veranlaßt?*

A.: Nun, als der DERG die Macht ergriff, glaubten alle, daß sich in Äthiopien nun alles zum Besseren wenden würde. (...) Aber als dann der DERG die Macht in Händen hielt, verschlimmerte sich alles nur noch.
Als Mitglied des Militär- und Sicherheitskomitees konnte ich sehen, was sich intern abspielte (...) Den Berichten, die uns geliefert wurden, konnte ich entnehmen, was in Äthiopien damals los war: es herrschte ein großes Durcheinander, außerdem war der DERG unfähig, das Land zu regieren. Hinzu kam noch eine militärische Operation, die 'razar' genannt wurde. Sie war eine Kopie des „Grünen Marsches", den König Hassan von Marokko im März initiiert hatte.[1])
Als Mengistu von diesem Marsch hörte und daß er irgendwie

erfolgreich gewesen sei, entschloß er sich, die äthiopischen Massen nach Eritrea zu schicken. Aber dieser Marsch war ein völlig anderer als der in Marokko: die Bauern wurden bis an die Zähne bewaffnet, ihr Operationsbefehl lautete, in Eritrea alles umzubringen. Das galt jedoch nicht für die Städte, wo sich Ausländer aufhielten, denn diese hätten die Massaker beobachten und der Außenwelt berichten können. Es wurde daher strengstens befohlen, die Städte nicht zu berühren – die Dörfer sollten dagegen völlig zerstört werden. Das war der letzte Punkt, der mich zum Gehen veranlaßte. Ich habe mir gesagt, du kannst nicht zusehen, wie dein Volk hingerichtet und vom Erdboden ausgelöscht wird. Daher habe ich mich zum Gehen entschlossen. (...)

F.: *Wie homogen war der DERG damals – gab es viele Fraktionen?*

A.: Was Eritrea betraf, waren sich alle DERG-Mitglieder einig. Nur ganz, ganz wenige konnten sich scharfen Maßnahmen gegen Eritrea widersetzen. Denn Mengistu sagte, daß uns Eritrea das meiste Kopfzerbrechen bereite und daß wir es deswegen zerstören müßten. Wir müssen es zerstören – das war sein Motto. Die meisten DERG-Mitglieder – da politisch unreif – setzten als selbstverständlich voraus, daß alles richtig ist, was Mengistu sagt, ja überhaupt alles, was die Leute an der Spitze sagen. Man kann sagen, daß die meisten keine Ahnung hatten von der Politik und auch keine Ahnung, wie man regiert.

## Ich konnte nicht zusehen, wie mein Volk vom Erdboden ausgelöscht wird

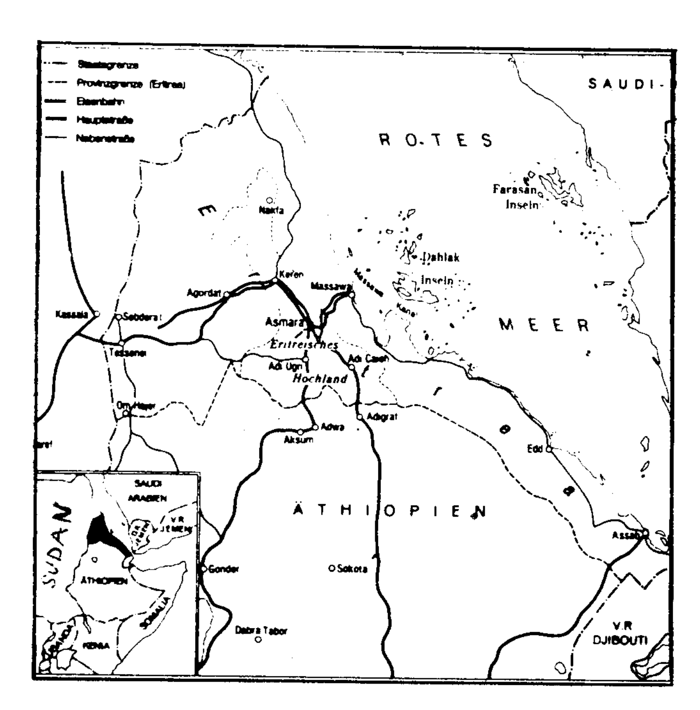
Das einzige, was sie als Militärs kannten, war die Sprache des Gewehres und daß jeder, der sich widersetzt, vernichtet werden muß. Darin waren sie sich alle einig – man kann daher nicht sagen, daß es im DERG unterschiedliche Meinungen gab – vor allem dann nicht, wenn es die Eritrea-Frage betraf.

F.: *Gab es am Anfang, als Sie sich dem DERG anschlossen, so etwas wie offene Diskussionen im DERG?*

A.: Es herrschte ein ziemliches Durcheinander. Es waren Leute, die sich gegenseitig nicht kannten. Leute mit verschiedenen Sprachen – in dem Sinne, daß sie über nichts die gleiche Meinung oder Vorstellung hatten. Am Anfang herrschte ziemliche Verwirrung – wir wußten überhaupt nicht, was wir machen sollten. Es gab daher eigentlich keine Diskussion über Äthiopien oder Eritrea – lediglich darüber, wie man die Macht festigt – wie man den DERG an der Macht hält (...).

F.: *Hat Mengistu Ihrer Meinung nach in politischen Zusammenhängen gedacht?*

A.: Nein ... Was ihn überleben ließ – war die Hilfe der Experten im Außenministerium und in den anderen Ministerien. Diese Experten unersuchten die Probleme im Detail und händigten ihm die Ergebnisse aus – so zum Beispiel im Fall Eritreas. Mengistu betrachtete Eritrea niemals aus einem politischen Blickwinkel. Er sagte immer, im Ogaden, in Arussi und in Sidamo haben die Bauern rebelliert – und wir haben sie alle niedergeworfen, selbst in der Zeit Haile Selaassies. Im Fall Eritreas war es Haile Selassies Schuld, daß die Eritreer nicht unterworfen wurden, da er aus Rücksicht auf das Ausland zu vorsichtig war. Mengistu sagte, wir machen es anders, wir werden die eritreische Bewegung zerschlagen. Das war am Anfang sein Standpunkt – politische Gesichtspunkte bezog er in seine Überlegungen nicht ein. Später mußte er jedoch einsehen, daß es nicht so




einfach ist, die eritreische Bewegung zu zerschlagen.
Das Außenministerium verfaßte eine Denkschrift, in der er seine Ideen darlegte, wie mit dem Eritrea-Problem umzugehen sei. Zusammengefaßt besagte sie: (...) Die westliche Welt, unter amerikanischer Führung, wird Äthiopien selbst jetzt noch unterstützen, weil sie das Problem kennt und weil sie auch schon Haile Selassie unterstützt hat. Was Afrika betrifft – jedes afrikanische Land hat mehr oder weniger ein ähnliches Problem wie Eritrea, sie werden daher eine Sezession Eritreas nicht unterstützen. Der Rest der Dritten Welt steht mehr oder weniger unter amerikanischem oder russischem Einfluß. Wo der DERG jedoch sorgfältig aufpassen muß, ist der Nahe Osten – dort haben wir auch einige spezielle diplomatische Schritte eingeleitet. Das größte Problem sind die sozialistischen Länder, denn diese Länder könnten der Bewegung in Eritrea helfen. Dieses Problem muß der DERG daher genau untersuchen (...)
Die Denkschrift gab also die Empfehlung, daß mit den sozialistischen Ländern etwas getan werden müsse. Die Eritrea-Frage war ein wichtiger Grund, warum sich Mengistu dem Osten zuwandte (...).
Es wurde also beschlossen, daß der DERG seine Beziehungen zum Osten verbessern muß. Ungeklärt war jedoch, ob zu China oder zur Sowjetunion.
Die Studiengruppe (des Außenministeriums) untersuchte auch diese Frage und kam zu dem Ergebnis, wenn wir unsere Beziehungen zur Sowjetunion verbessern, wäre folgendes zu erwarten:
Erstens, die SU würde Somalia davon abhalten, sich in unsere Angelegenheiten einzumischen – oder in Äthiopien einzumarschieren. Wir würden daher in Eritrea freie Hand haben.
Zweitens, sei die militärische und wirtschaftliche Hilfe, die wir von der Sowjetunion erhalten könnten, größer als die aus China.
Drittens habe die Sowjetunion erheblichen Einfluß in einem größeren Teil der Welt und dieser Einfluß wäre zu unserem Vorteil.
Das einzige, was für China sprach, war, daß Chinas industrielle Kapazität oder Kleinindustrie besser zu den Bedürfnissen Äthiopiens passe. Wenn man Äthiopien in ein Industrieland verwandeln will, wäre es also besser, die Beziehungen zu China auszubauen als die zur Sowjetunion. Denn was wir von der Sowjetunion erhalten könnten, ist genau das Gleiche wie das, was uns der Westen geben wür-

de: großindustrielle Anlagen (...). Entscheidend war schließlich, daß Somalia kontrolliert würde, wenn wir uns mit der UdSSR verbündeten und wir damit in Eritrea freie Hand bekamen. Daher wurde entschieden, daß es besser sei, die Beziehungen zur UdSSR zu verbessern.
Übrigens hatte Mengistu zuvor insgeheim China besucht. Niemand wußte etwas davon – selbst im DERG wußten nur ganz wenige, daß Mengistu nach China fliegt, um sich mit der dortigen Führung zu treffen (...).

F.: *Sie sagten, der DERG habe nicht viel von Politik verstanden, er habe nicht gewußt, was er machen sollte. Aber es gab doch einige wichtige Entscheidungen, wie die Landreform oder die Nationalisierung etc. ... Woher kamen diese Ideen?*[2])

A.: Nun, die DERG-Mitglieder hatten zu jener Zeit keine Ahnung von Ideologien usw. Aber es gab sehr viele Radikale an der Universität und einige geheime Organisationen. Und diese Leute knüpften Kontakte zu allen Mitgliedern des DERG. Zum Teil waren es ehemalige Studienfreunde oder Studienkollegen, die nun kamen und den DERG-Mitgliedern ihre Ideen auseinandersetzten und ihre Ideen unter den DERG-Mitgliedern verbreiteten.
Kommen wir zu den 60.000 Studenten, die in die Dörfer geschickt wurden – nun, die Studenten waren zu jener Zeit gegen den DERG.[3]) In den Diskussionen wurde gesagt, wenn wir in Ruhe arbeiten wollen, müssen wir diese

## Die einzige Sprache, die der Derg kannte, war die Sprache des Gewehres

lästigen Leute loskriegen, müssen wir sie irgendwohin in die Dörfer schicken. Die Studenten sind bereit für das Volk zu arbeiten und sie sind begeisterungsfähig, etc. ... wenn wir also diese Zemecha-Kampagne machen, dann werden wir sie los aus den Städten.[4])
Außerdem befürchteten Mengistu und der DERG, daß sich die Landlords, organisieren und gegen den DERG erheben könnten. Mengistu sagte, wenn wir diese Landlords niederhalten wollen und wenn wir unbelästigt bleiben wollen, dann ist es das Beste, die Studenten (auf die Dörfer) zu schicken, denn diese Studenten werden die Massen gegen die Landlords führen und gegen alle, die sich dem DERG widersetzen. Nur deswegen wurden die Studenten geschickt. (...)
Was die Verteilung des Landes an die Bauern betrifft – ehrlich gesagt war sie nicht für die armen Leute gedacht. (...) Der DERG wollte an der Macht bleiben (...), die einzigen, die ihn in Äthiopien bedrohen konnten, waren die Landlords. Denn diese Leute – so wurde argumentiert – haben die Massen eine lange Zeit beherrscht und wären daher fähig, einen Aufstand gegen den DERG zu organisieren. Wenn wir also die Bauern aus deren Einfluß holen wollen, gibt es nur eines: ihnen das Land zu geben.

Gegen diesen Vorschlag gab es viel Widerstand. Es gab wirklich viel Widerstand dagegen, das Land an die Bauern zu verteilen – aber der Vorschlag kam jedenfalls durch. Aber die eigentliche Absicht war nicht, den armen Bauern das Land zu geben, sondern sie auf die Seite des DERG zu bringen, damit dieser seine Macht behält. (...)

F.: *Glauben Sie, daß sich Mengistu jemals ernsthaft mit dem Marxismus befaßt hat – oder sind die Ideen des Marxismus lediglich nützliche Worte für ihn?*

A.: Nun, Mengistu (...) ist ein hundertprozentiger Nationalist und kein Sozialist oder Kommunist. Er will ein größeres Äthiopien – und dazu gehört es auch, Eritrea zu halten. Dafür ist er bereit, alles zu machen, was er kann. Wenn es notwendig wäre, sich dem Westen zuzuwenden – um Eritrea zu halten – würde er es tun. Tatsächlich würde er Äthiopien, wenn er könnte, noch vergrößern – von Eritrea einmal ganz abgesehen. 1975 gab es einen Plan, in Djibouti einzumarschieren. (...)

F.: *Welche Rolle hat Aman Andom im DERG gespielt?*[5])

A.: Nun, man kann sagen, daß Andom pro-amerikanisch eingestellt war. Er sagte ganz offen, wenn wir aus Äthiopien schon ein sozialistisches Land machen, dann sollten wir den „skandinavischen Sozialismus" übernehmen – nicht mehr!
Außerdem sagte er ganz offen, daß die DERG-Leute un-

## Die Landreform war ehrlich gesagt nicht für die armen Leute gedacht

fähig seien, das Land zu regieren, da sie keine Erfahrung hätten, daß sie allenfalls als Botschafter etwas taugten. Um das Land zu führen, müßten andere Leute die Macht übernehmen, Leute, die erfahrener und kenntnisreicher wären. Mit dieser Meinung prallte er natürlich mit Mengistu zusammen (...) Mengistu sagte (...), wir waren die einzigen, die gekämpft haben und daß wir jetzt nicht denjenigen die Macht überlassen, die sich damals verkrochen hatten oder sich in den Häusern versteckt hielten.
Darüber hinaus verlangte Andom, Eritrea müsse mindestens den Föderationsstatus zurückerhalten, zwar nicht die völlige Abtrennung, aber doch die Föderation. Ich glaube, Andom war innerlich hin- und hergerissen, er wollte der Führer Äthiopiens sein, gleichzeitig mußte er aber auch immer an Eritrea denken. Er forderte, daß Eritrea die Föderation zurückerhält, daß das Eigentum, das im letzten Krieg zerstört wurde, ersetzt wird und daß die Leute, die am eritreischen Volk Verbrechen verübt haben, vor Gericht gestellt werden. (...)

F.: *Sie sagten vorhin, daß Mengistu ein Nationalist sei und deswegen Eritrea halten will. Aber das ist ein bißchen vage – was heißt Nationalist sein?*

WORKERS AND OPPRESSED PEOPLES OF THE WORLD UNITE
TRAVAILLEURS ET PEUPLES OPPRIMÉS DU MONDE ENTIER UNISSEZ-VOUS

*Ist es eine Frage des Prestiges für ihn oder spielen – und in welchem Ausmaß – ökonomische Überlegungen dabei eine Rolle? Gibt es in diesem Zusammenhang so etwas wie eine Domino-Theorie?*

A.: ... ja, so etwas war immer in seinem Kopf. In seinen Reden sagte er immer, daß es ohne Eritrea kein Äthiopien gibt. Wenn einmal Eritrea fiele, dann würde Tigray das nächste sein und dann ein weiteres etc. ... und schließlich gäbe es überhaupt kein Äthiopien mehr – daher müßten wir Eritrea behalten.
Äthiopien hat eine lange Geschichte, unsere Aufgabe sei es, Äthiopien größer und nicht kleiner zu machen. In seinen Reden bewunderte er Menelik, den König also, der Äthiopien im Süden und im Westen vergrößert hat. Wenn er könnte, würde er es ihm gerne gleichtun... (...)[6])

F.: *Welche Rolle spielen dabei ökonomische Überlegungen, bzw. daß Äthiopien einen Zugang zum Meer braucht. Wurde dies auch im DERG diskutiert?*

A.: Mengistu hat in seinen Reden die Notwendigkeit eines Zugangs zum Meer nie direkt erwähnt. Aber es spielte in der Politik eine Rolle (...)
So beispielsweise bei der 'Razar-Operation': Dabei sollte Eritrea völlig zerstört werden, das Danakil-Gebiet sollte jedoch davon ausgenommen werden. Das ist das Gebiet, in dem die Häfen Massawa und Assab liegen. Das zeigt, daß in Mengistus Überlegungen zumindest der südliche Teil Danakils gehalten werden soll – falls Eritrea eines Tages doch entgleiten sollte. (...) Außerdem beabsichtigte die äthiopische Regierung alle Afars (oder Danakils) in einer Provinz zu vereinigen. (...) Vielleicht auch mit einem Autonomiestatus – die Afars könnte er damit glücklich machen, denn dann wären sie alle in einer Provinz vereinigt – und gleichzeitig würde sich Mengistu damit den süd-östlichen Teil Eritreas sichern. (...) Die Danakils versucht er zudem speziell zu fördern (...), etwas, das er für andere eritreische Völker nicht gemacht hat: Schulen und Kliniken wurden gebaut, der Hafen in Assab erweitert, ebenso der Flughafen und andere Einrichtungen. [7]) (...) Es wurde auch eine Landkarte vorbereitet, die das Bild Äthiopiens völlig verändern sollte. (...) Vom südöstlichen Teil Eritreas sollte der größte Teil Wollo zugeschlagen werden, der kleinere dagegen Tigray, Massawa sollte bei Eritrea verbleiben, nicht jedoch das Gebiet südlich von Massawa. (...)

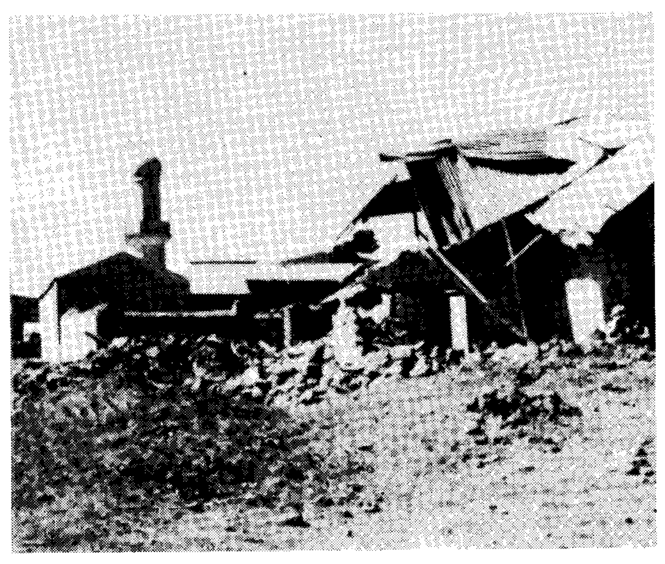
F.: *Soll das heißen, daß der DERG, wenn er den Eritreern die Autonomie anbietet, nur dieses verkleinerte Eritrea meint?*

A.: Zu jener Zeit war sie für das ganze Eritrea gedacht – aber nur eine Autonomie dem Namen nach. Denn die Zentralregierung hätte in allen politischen und militärischen Angelegenheiten die Entscheidungen getroffen. Für den Fall einer Autonomie wurde beschlossen, alle Kämpfer der EPLF in die äthiopische Armee zu integrieren, die Führer der EPLF sollten ihren Fähigkeiten entsprechende Positionen erhalten, diejenigen mit Kriegserfahrung sollten den Rang eines Oberst oder Generals erhalten (...). Die meisten von ihnen sollten in der Armee oder in der Polizei eingegliedert werden. Die Autonomie sollte nur eine dem Namen nach sein, praktisch sollte sich nichts verändern. (...)



F.: *Warum wurde Teferi Bauti und nicht Mengistu 1974 zum Vorsitzenden gewählt?* [8])

A.: Daß Teferi an die Macht kam, gehörte zu Mengistus Taktik. Mengistu wollte der Führer Äthiopiens werden – aber damals sagte er sich, daß die Zeit noch nicht reif sei (...), daß er seine Macht noch nicht hundertprozentig gefestigt habe. Daher schien es ihm besser, Leute zu lancieren, die als Marionetten dienen konnten – um in der Zwischenzeit die eigene Macht von innen her zu festigen. Bei Aman gehörte dies zu seiner Taktik, um die Kontrolle über die Armee zu gewinnen. Bei Teferi beabsichtigte er die Unterstützung der Oromo zu erlangen – der großen Massen also. Aber er



*Nakfa, ein Städtchen, das vor 1978 von 3.000 Menschen bewohnt wurde; heute – ein Trümmerhaufen.*

hatte nicht vor, ihn zum wirklichen Führer und zu einem Führer für immer zu machen. Mengistu ist in solchen Dingen sehr clever.

F.: *Wenn man Teferi und Andom miteinander vergleicht – waren sie sich ähnlich?*

A.: Nein, sie waren sich nicht ähnlich. Aman sagte gerade heraus, was er fühlte, Teferi verhielt sich dagegen so, wie es die Situation erforderte. (...) Aman war ein Militär und ein Draufgänger, er war sozusagen kein Politiker. Wäre er ein richtiger Politiker gewesen, dann hätte er Mengistu entmachtet. Er drückte einfach aus, was er fühlte – daß Eritrea die Föderation zurückerhalten sollte etc. (...) Als er Eritrea bereiste, hörte er sich die Klagen des Volkes an. Diejenigen, die Verbrechen verübt hatten, ließ er verhaften, ob sie Offiziere waren oder nicht. All das wurde Mengistu zugetragen. Übrigens, die Amhara luden die Mitglieder des DERG in ihre Häuser, sie organisierten große Parties für sie, mit Mädchen, Alkohol etc. ... Sie sagten zu den DERG-Mitgliedern, was ihr da macht, ist sehr sehr gut (...), nur warum habt ihr Aman zum Führer gemacht, Aman, einen Araber oder so etwas ähnliches (Weil er arabisch sprach!) Könnt ihr nicht einen intelligenten Mann unter den Amharas finden? Aman ist der größte Fehler, den ihr gemacht habt.

Da die DERG-Mitglieder wegen ihrer geringen Kenntnisse durch solche Parties, durch Mädchen, Alkohol etc. beeinflußt werden konnten, wendeten sich die Dinge gegen Aman. Wir Eritreer informierten ihn, daß gegen ihn intrigiert wird und daß er vorsichtig sein soll. Aber er sagte, wer kann mir schon etwas anhaben. Von Mengistu hielt er nicht sonderlich viel. Er hatte ihn schon gekannt, als dieser noch Leutnant war. Aman war damals Kommandeur der 3. Division in Harar, und Mengistu hatte dort mehrere Jahre unter ihm gedient.
Als Andom aus Eritrea zurückkam, konspirierte Mengistu schon gegen ihn. In einem Treffen von einigen DERG-Mitgliedern wurde festgestellt, daß die Situation in Eritrea unkontrollierbar wird. Es wurde daher beschlossen, die Truppen in Asmara zu verstärken. Aman war aber dagegen: „Noch gestern habe ich dem eritreischen Volk versprochen, daß es von nun an kein Gewehr mehr hören werde, daß in Eritrea nun Friede sei. Und nun schicken wir ein Panzer-Batallion und die 1. Division nach Eritrea – das kann ich nicht akzeptieren". Daraufhin schlug Mengistu vor, das Problem in den DERG einzubringen, damit dieser entscheide. Der DERG war aber schon entsprechend vorbereitet. Wenn Aman ein Politiker gewesen wäre, hätte er sich zu diesem Zeitpunkt einverstanden erklärt, hätte seine Zeit genützt und hätte alle Brigadekommandeure der Armee oder die Divisionskommandeure – die damals keinen Respekt hatten vor dem DERG und Andom wirklich bewunderten – hinter sich geschart und gegen Mengistu geputscht.[9]) Stattdessen sagte er in der Versammlung: Ich habe dem Volk Eritreas versprochen, daß von nun an Friede herrsche, daß es keine Gewehrschüsse mehr hören werde. Und nun wollt ihr ein Panzerbatallion und die erste Division hinverlegen. Ich kann dafür nicht einstehen.
Dann kam die Angelegenheit in den DERG. (...) Als es darum ging, ob Andom gehen soll, hoben alle die Hand. Aman nahm seinen Hut und ging wortlos. (...) So führte er den Bruch selbst herbei, für Mengistu war es dann ein leichtes, ihn (in seinem Haus) zu umstellen, die Telephondrähte zu durchschneiden ... (...)

F.: *Gab es irgendwelche Kontakte zwischen Andom und de r EPLF oder ELF?*

A.: Nein – soweit ich weiß, gab es keine Kontakte.



**Anmerkungen**

1) Negash irrt sich mit der Zeitangabe. Der „Grüne Marsch" fand im November 1975 statt. König Hassan wollte mit dem Marsch der Bauern die Ansprüche Marokkos auf das Gebiet der Span. Sahara geltend machen. Der DERG hätte bei der Organisation ihres Bauernmarsches auch gar nicht auf das Beispiel Marokko zurückgreifen müssen, da es in der äthiopischen Geschichte genügend Beispiele ähnlicher militärischer Unternehmungen gibt. Der „Bauern-Marsch" wurde gestoppt, bevor er Eritrea überhaupt erreichte. Neben den logistischen Problemen, die nicht bewältigt werden konnten, erwiesen sich die schlechtausgerüsteten und untrainierten Bauern auch den zahlenmäßig weit unterlegenen Eritreern als nicht gewachsen. Schon nach zwei Angriffen der eritreischen Guerillas, bei denen die Bauern hohe Verluste erlitten, war das Bauern-Heer völlig demoralisiert und begann zu fliehen. Vom DERG wurde offiziell niemals zugegeben, daß dieses „Bauern-Heer" jemals existiert hat. Mit den mobilisierten Bauern wurden schließlich die ersten Milizverbände aufgebaut.
2) Vor der Landreform, die am 14. März 1975 verkündet wurde, nationalisierte der DERG alle Banken und 13 Versicherungsgesellschaften (am 1. Januar 1975), sowie 72 Industrie- und Handelsgesellschaften. Darüber hinaus erlangte der Staat in 29 anderen die Kapitalmehrheit (3. Februar 1975). Aufgrund dieser Nationalisierungen erhielt Äthiopien – hauptsächlich aufgrund der Initiative der US-Regierung – bis vor kurzem keine Weltbankkredite mehr. Erst als Äthiopien Ende 1980 sich bereit zeigte, die ausländischen Firmen zu entschädigen, änderte die Weltbank ihre Haltung.
3) Die Studenten forderten eine Ablösung der Militärregierung durch eine Volksregierung. Im September 1974 demonstrierten sie in Addis, um ihren Vorstellungen mehr Nachdruck zu verschaffen. Der studentischen Opposition wurde jedoch mit Alphabetisierungs- und Entwicklungskampagne (Zemecha) der Wind aus den Segeln genommen, da alle Studenten sowie die beiden letzten Klassen der Oberschule zwangsweise verpflichtet wurden, sich an der Kampagne zu beteiligen.
4) Die Zemecha-Kampagne war der anspruchsvolle Versuch, die Bauern Äthiopiens nicht nur zu alphabetisieren, sondern ihnen auch zugleich grundlegendes Wissen zu vermitteln in den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheit, Technik und Soziales. Am 21.12.1974 wurden daher 60.000 Studenten in alle Teile des Landes – mit Ausnahme Eritreas – geschickt. Die Kampagne machte jedoch erst wesentliche Fortschritte, als die Landreform verkündet wurde. Die Durchführung der Landreform, insbesondere die Organisation der Bauernvereinigungen, wurde nun die Hauptaufgabe der Studenten. Dabei kam es jedoch bald zu erheblichen Spannungen zwischen den Studenten und den herrschenden Militärs, da die Studenten die günstige Situation nützten, um die Bauern zu politisieren und gegen die Militärs zu mobilisieren.
5) Generalleutnant Aman Andom, ein Eritreer, erfreute sich in Äthiopien – vor allem in der Armee – großer Beliebtheit. Seit er 1964 wesentlich dazu beigetragen hatte, den somalischen Angriff auf Äthiopienzurückzuschlagen, war er so etwas wie ein „Nationalheld" in Äthiopien. Da Andom aufgrund seiner Beliebtheit und seines Ehrgeizes Haile Selassie zu gefährlich wurde, versetzte er Andom in den Ruhestand. Seine Zusammenarbeit mit dem DERG beginnt mit dem 1. Juli 1974, als er zum „chief of staff" ernannt wurde. Nach der Absetzung Haile Selassies, die im übrigen hauptsächlich auf Initiative Andoms erfolgte, wurde Andom zum Staatsoberhaupt gewählt. Gleichzeitig war er auch Vorsitzender bzw. Sprecher des DERG, ohne jedoch selbst ein reguläres Mitglied des DERG zu sein. Aman Andom wurde im November 1974 nach erheblichen politischen Differenzen mit führenden DERG-Mitgliedern umgebracht.
6) Menelik II (1889 – 1913) ist einer der bedeutendsten Kaiser Äthiopiens gewesen. Als König des Teilstaates Shoa und später in seiner Regierungszeit als Kaiser, eroberte er zwischen 1875 und 1897 ein Kolonialimperium in den südlichen Räumen und dehnte das damalige Äthiopien auf das heutige Territorium – mit der Ausnahme Eritreas – aus. Meneliks Bedeutung liegt jedoch nicht allein in der Vergrößerung des Äthiopischen Reiches, sondern auch in der geglückten Abwehr europäischer Kolonisierungsversuche (Italien erleidet 1896 in der Schlacht von Adua eine vernichtende Niederlage) und in seinem Versuch, Äthiopien zu modernisieren.
7) Tatsächlich organisierte der DERG im April 1977 einen Kongreß mit den Vertretern der Afar-Clans. Auf diesem Kongreß wurde von den Afars die Autonomie gefordert, das Thema wurde jedoch nach dem Kongreß vom DERG nicht mehr weiterverfolgt. Ein Grund mag sein, daß das für den Kongreß verantwortliche DERG-Mitglied Negussie Negessa, der im DERG der engagierte Befürworter der regionalen Autonomie gewesen sein soll, direkt nach Ende des Kongresses umgebracht wurde (vermutlich von den Afar). Ein weiterer Grund dürfte sein, daß erst die Gründung einer Partei abgewartet werden soll, die dann die Aufgabe haben dürfte, auch autonome Gebiete eng an das Zentrum zu binden. Immerhin ist man den Afar insoweit entgegengekommen, daß man Assab in eine eigenständige Verwaltungsregion umgewandelt hat und das Afar-Gebiet Awsa in eine Provinz.
8) Der 1921 geborene Teferi Benti, ein Oromo, war kein reguläres Mitglied des DERG. Der Brigade-General Benti kommandierte die 2. Division in Eritrea, als er zum Nachfolger Aman Andoms bestimmt wurde.
Im Unterschied zu Andom wurde er als ein Mann ohne erkennbare Ambitionen beschrieben. Nach einer Reorganisation des DERG Ende 1976, die das Ziel hatte, Mengistus Position im DERG zu schwächen, wurde Teferi jedoch mit soviel Macht und Autorität ausgestattet, daß man ihn nicht länger als Marionette bezeichnen konnte. Anfang Februar 1977 wurde Teferi und einige andere DERG-Mitglieder umgebracht, als Mengistu in einem Putsch sich endgültig die Macht im DERG sicherte.
9) In der Literatur wird jedoch eine andere Version beschrieben: Danach hat Andom durchaus versucht, die Armee gegen den DERG zu mobilisieren. Sein Telefon wurde jedoch abgehört; auch ein Telegramm Andoms an alle Einheiten erreichte keinen der Adressaten, da Amans Adjutant das Telegramm dem DERG überbrachte. Am gleichen Tag, an dem Aman umgebracht wurde, ließ der DERG 57, mehr oder weniger willkürlich ausgewählte, politische Gefangene, allesamt führende Vertreter des alten Regimes, hinrichten.




# Indische Ureinwohner – eine Minderheit von 50 Millionen Menschen

**Im Februar 1983 wurde die Weltöffentlichkeit auf einen sonst vergessenen Konflikt im indischen Nordosten aufmerksam. Im Tee- und Ölstaat Assam gingen die verschiedenen Volksgruppen – assemesische Hindus, Ureinwohner der Völker Boro und Lalung und bengalische Einwanderer aufeinander los. Annähernd 5000 Menschen kamen dabei ums Leben, 400.000 mußten ihre Häuser und Felder verlassen. Mehr als 100.000 Bengalen flohen panikartig ins angrenzende West-Bengalen. Ursache des Konflikts ist die seit einem Jahrhundert andauernde Einwanderung hinduistischer und moslemischer Bengalen in das relativ dünnbesiedelte Assam. Die eingeborenen Völker des indischen Nordostens werden in immer unzugänglichere Berggebiete abgedrängt. Der steigende Bedarf nach Ackerland führt zur Rodung großer Waldflächen und greift damit unmittelbar die Ressourcen der Stammesvölker an. Auch in anderen Regionen des Subkontinents finden sich die Ureinwohner mehr und mehr als Opfer von Bevölkerungswachstum und wirtschaftlichem Fortschritt wieder. Einige kleine Wildbeutergruppen sind sogar von der vollständigen Vernichtung bedroht.**

Als vor mehr als dreitausend Jahren indogermanische Hirtenvölker in Nordindien einwanderten, fanden sie die fruchtbaren Flußtäler von Indus und Ganges bereits bewohnt vor. Am Indus stießen sie auf planmäßig erbaute Städte mit gut entwickelten Abwassernetzen und Bewässerungsanlagen. Dort erlebte zwischen 2500 und 1500 v. Chr. die „Harappa"-Kultur ihre Blütezeit – neben Ägypten, Mesopotamien und China einer der ältesten Kulturen der Menschheit. In Harappa gefundene Specksteinsiegel tragen Schriftzeichen, die die Bewohner der antiken Städte am Indus als Angehörige der drawidischen Sprachenfamilie ausweisen. Drawidische Völker bewohnten damals weite Teile des Subkontinents und werden in der Literatur häufig als die Ureinwohner Indiens bezeichnet. Dabei wird jedoch übersehen, daß auch heute noch viele nicht-drawidische Volksgruppen existieren, wie etwa die südindischen Paniyan, Nachkommen australoider Stämme, die ebenfalls vor der arischen Einwanderung auf dem Subkontinent ansässig waren.

Die Indo-Germanen, die sich selbst als „Arier" bezeichneten, besiedelten zunächst die nordindischen Ebenen und

vermischten sich mit deren ursprünglichen Bewohnern. Allmählich gaben sie das Nomadentum auf und gingen zum Ackerbau über. Das Hausrind, bis dahin die Grundlage ihrer Existenz, wurde zum Symbol der Hindu-Religion, die auf alte arische Schriften zurückgeht. Das hinduistische Kastensystem grenzte später die arischen von den eingeborenen Bevölkerungsgruppen ab. Letztere wurden als unrein und primitiv erklärt und von der Gesellschaft ausgeschlossen. Während die arische Hindu-Kultur nach Süden vordrang, zogen sich die alteingesessenen Völker in entlegene Gebiete zurück, wo sie ihre Traditionen weitgehend erhalten konnten.

Heute werden alle Volksgruppen zu den Ureinwohnern gezählt, deren gesellschaftliche Ordnung nach Verwandtschaftslinien (Sippen) organisiert sind und die nach traditionellen Methoden wirtschaften, abseits vom Hauptstrom der indischen Gesellschaft. Im amtlichen Sprachgebrauch werden sie mit dem Hindi-Wort „Adivasi" (Ureinwohner) bezeichnet. Ihr Anteil an der indischen Gesamtbevölkerung beträgt etwa sieben Prozent.

leben traditionelle Fischergemeinschaften, die heute mit ihren kleinen Holzbooten gegen die Konkurrenz motorisierter Trawler ankämpfen.

Gemeinsam ist allen diesen Volksgruppen eine basisdemokratische Gesellschaftsordnung, in der gewählte Dorfsprecher und Priester die Autorität ausüben: Ihre Ernährung sichern sie durch einfache Formen der Landwirtschaft, aber auch die Jagd, der Fischfang und das Sammeln von Früchten, Kräutern und Wurzeln spielen dabei eine wichtige Rolle. Das enge Verhältnis, das sie deswegen zum Wald als ihrem Lebensraum entwickelt haben, spiegelt sich auch in den religiösen Bräuchen vieler Stämme wider. Naturgottheiten und Waldgeister werden um Hilfe bei Erkrankungen gebeten und durch Opfergaben günstig gestimmt. Außerdem besitzt jeder Familienklan eine oder mehrere Gottheiten, die über das Schicksal des Verwandtschaftsverbandes und ihres Siedlungsgebietes wachen. Jedes Klanmitglied führt seine Abstammung auf diese mythischen Vorfahren zurück.



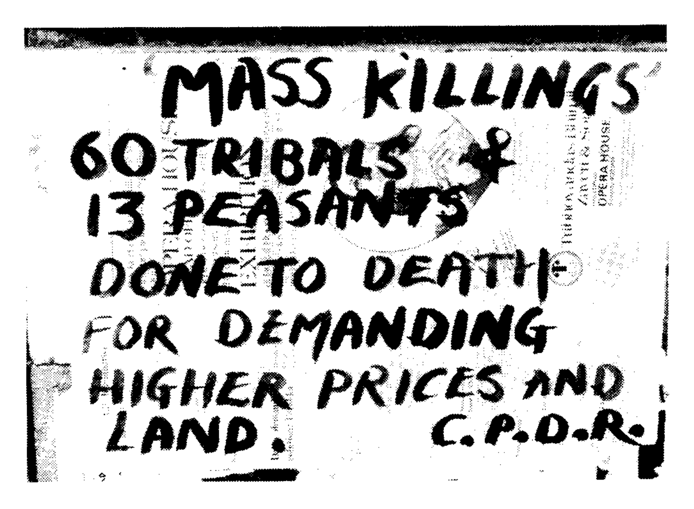
*Frauen vom Volk der Maria*

Mehr als 250 Stämme sind als Adivasi registriert. Zu den Ureinwohnern rechnet man sowohl kleine Wildbeutergruppen mit weniger als hundert Angehörigen, als auch Ethnien wie Gond, Bhil oder Santhal, die jeweils mehr als eine Million Menschen zählen. Einige Nomadenstämme, die seit altersher als fahrende Händler, Gaukler und Musiker eine wichtige kulturelle Mittlerfunktion ausüben, gelten als die Vorfahren der europäischen Roma und Sinti. Entlang der Küsten zum arabischen Meer und dem Golf von Bengalen

**Die indische Verfassung soll die Adivasi schützen**

Artikel 342 der indischen Verfassung befugt den Präsidenten, eingeborene Volksgruppen zu „scheduled tribes" (registrierte Stämme) zu erklären. Gegenwärtig genießen etwa 250 Stämme und Völker diesen Status, der mit besonderen Privilegien verbunden ist. Von den 524 indischen Unterhaussitzen etwa sind 42 den scheduled tribes vorbehalten. Außerdem hält die Verfassung eine bestimmte Anzahl öffentlicher Arbeits- und Ausbildungsplätze für Adivasi

bereit. Der „Commissioner for Scheduled Tribes and Scheduled Castes" soll die Einhaltung dieser Gesetze überwachen. Aus seinen Berichten ist ersichtlich, daß auch nach 25 Jahren Verfassungswirklichkeit die dem Bevölkerungsanteil entsprechende Anzahl von Adivasi nicht in den Genuß der gesetzlichen Vorkehrung kommt.
Bei der Vergabe von Entwicklungsgeldern sollen Gebiete mit starker Adivasi-Bevölkerung bevorzugt behandelt werden. Eine große Anzahl weiterer Gesetze gewährt den Ureinwohnern Schutz vor Betrügereien und Landraub. Sie regeln Pachtverträge, Kreditgeschäfte, Landverkäufe und Arbeitsverhältnisse. Die weitverbreitete Korruption verhindert im Zusammenhang mit den halbfeudalen Machtverhältnissen und den mangelhaften Kommunikationsmöglichkeiten in den entlegenen ländlichen Gebieten eine Durchsetzung der Protektionsgesetze.
So gelingt es skrupellosen Geldverleihern und Grundbesitzern immer wieder, mithilfe korrupter Staatsbediensteter die schriftunkundigen und gutgläubigen Waldbewohner zu übervorteilen und ihres Landes zu berauben. Nicht wenige Adivasi-Familien leben seit Generationen in Schuldknechtschaft zu einem Grundbesitzer, der uneingeschränkt über ihre Arbeitskraft verfügt. Sexuelle Ausbeutung von Adivasi-Frauen ist allgemein verbreitet.
Trotz wohlwollender Politikerreden ist es der Staat selbst, der den Adivasi großen Schaden zugefügt hat, vor allem mit den Gesetzen, die die Besitzverhältnisse und Nutzungsrechte an den indischen Wäldern regeln. Bei der großangelegten Vermessung und Registrierung des Landbesitzes in den fünfziger und sechziger Jahren wurden die Ureinwohner auf




*Ein Straßenanschlag in Bombay. Er weist auf ein Massaker in Indravelli in Andrhra Pradesh hin, wo am 20. 4. '81 60 Adivasi und 13 Pächter von der Polizei erschossen wurden, als sie sich mit vielen anderen zu einer Landarbeitergewerkschaftssitzung versammelt hatten.*

kaltem Wege enteignet. Jedes Adivasi-Dorf besaß traditionell ein durchschnittlich fünf mal fünf Kilometer großes Waldgebiet, die sogenannte Almende. Dieses Gebiet war kollektives Eigentum des Dorfes oder einer Sippe und sicherte die Ernährung der Dorfbewohner. Da kollektives Landeigentum in den neuen Forstgesetzen nicht vorgesehen war, wurden die Almenden als staatlicher Besitz in die Bücher eingetragen. Den Dörflern blieb nur jener Landbesitz erhalten, der auf eine bestimmte Familie eingetragen war. Seither sind die Ureinwohner auf die Gnade der Forstbehörde angewiesen, die ihnen Nutzungsrechte gegen Bezahlung gewähren kann.

**Widerstand der Adivasi**

Die Zerstörung des Lebensraumes der Adivasi begann allerdings schon in der britischen Kolonialzeit. Kolonialbeamte und Geschäftsleute drangen erstmals im 18. Jahrhundert in die Dschungelgebiete ein. Hundert Jahre später begannen britisch-indische Firmen mit der Förderung von Kohle und Mineralerzen. Ganze Landstriche wurden entwaldet, um Holz für Eisenbahnschwellen und edle Möbelstücke zu gewinnen. Die bis dahin autonomen Waldbewohner setzten sich schon früh gegen den Raubbau zur Wehr.
So verschieden wie ihre kulturelle und sprachliche Herkunft sind die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen, denen die indischen Ureinwohner in den einzelnen Landesteilen unterworfen sind. Die Bergvölker des Nordostens blieben von Maßnahmen der britischen Kolonialverwaltung relativ unberührt. Obwohl sie sich Kolonialbeamten und Soldaten gegenüber zurückhaltend bis feindselig verhielten, faßten viele Naga, Mizo, Khasi und andere Vertrauen zu britischen Missionaren. Sie wurden Christen und konnten dennoch ihre kulturelle Identität weitgehend bewahren. Die relativ hohe Alphabetenrate und ein ungebrochenes Stammesbewußtsein stärken ihre Autonomiebestrebungen. Der großen strategischen Bedeutung des Gebietes, das an Burma und China grenzt, Rechnung tragend, gab die indische Zentralregierung den militanten Autonomieforderungen vieler Völker nach und trennte 1972 die Stammesterritorien Arunachal Pradesh, Nagaland, Mizoram, Manipur, Tripura und Meghalaya von Assam ab. Sie wurden zu selbständigen Unionsstaaten erklärt. Dieser Schritt hat jedoch nicht zu der von Delhi erhofften Befriedung des Gebietes geführt. Auch heute operieren in fast allen Stammesstaaten Guerillaorganisationen, die sich gegen die wirtschaftliche Ausbeutung der Stammesgebiete, den unkontrollierten Zustrom bengalischer Einwanderer und nicht selten gegen die von Delhi beeinflußten Regierungen der Klein-Staaten richtet. Der Erfolg der Guerilla liegt unter anderem in der Rückzugsmöglichkeit der Kämpfer über die Grenze nach Burma begründet.
Das Bergland von Chota Nagpur, die Heimat der Santhal, Munda, Oraon und Ho umfaßt Teile der Unionsstaaten Bihar, West-Bengalen, Orissa und Madhya Pradesh. Hier liegen drei Viertel aller indischen Bodenschätze. Seit den Tagen der Kolonialherrschaft befinden sich die eingeborenen Völker im Widerstand gegen die wirtschaftliche Ausbeutung ihrer Wälder. 1855 rebellierten die Santhal gegen die britische Armee, die den Aufstand blutig niederschlug. In den dreißiger Jahren entstand die Jharkhand-Bewegung, die, hauptsächlich getragen von christlich missionierten Adivasi, Autonomie für das Stammesland forderte. Anfangs ein militanter Teil der Unabhängigkeitsbewegung, ist sie auch heute noch ein bedeutender politischer Faktor, wie Wahlerfolge in Orissa und Bihar bewiesen.

Die Voraussetzungen für eine starke Guerilla sind hier im Gegensatz zum Nordosten wesentlich ungünstiger; es fehlt eine Rückzugsmöglichkeit vor der Übermacht der indischen Armee. Chota Nagpur ist jedoch auch nach der Unabhängigkeit ein latent unruhiges Gebiet geblieben. Streiks, Proteste und militanter Widerstand der eingeborenen Völker unter Führung der Jharkhand-Partei beeinträchtigen die Ausbeutung der reichen Bodenschätze.

Die Voraussetzungen für eine starke Guerilla sind hier im Gegensatz zum Nordosten wesentlich ungünstiger; es fehlt eine Rückzugsmöglichkeit vor der Übermacht der indischen Armee. Chota Nagpur ist auch nach der Unabhängigkeit ein latent unruhiges Gebiet. Streiks, Proteste und




militanter Widerstand der eingeborenen Völker unter Führung der Jharkhand-Partei beeinträchtigen die Ausbeutung der reichen Bodenschätze.
In Zentral- und Südindien ist seit einigen Jahren ein Erwachen der Stammesvölker zu beobachten. Bedroht durch das Vordringen von Wirtschafts- und Siedlungsaktivitäten in ihr Siedlungsgebiet beginnen sich die eingeborenen Völker ihrer Identität bewußt zu werden und sich zu organisieren. An Protesten gegen Staudammprojekte und Waldzerstörung wird sichtbar, daß die Regierung nicht mehr lange mit einem Stillhalten der Ureinwohner des Dekkhan rechnen kann.
Die Antwort der Regierenden auf Proteste und Rebellionen der Ureinwohner war stets die gleiche. Polizei- und Militärüberfälle auf Adivasi-Dörfer, Mord, Vergewaltigung und Zerstörung. Der Krieg der indischen Armee gegen die Autonomiebestrebungen der Naga, Miso und anderer Völker im Nordosten hat seit den fünfziger Jahren mehr als 100.000 Adivasi das Leben gekostet. Bis heute wurde das Selbstbestimmungsrecht der Adivasi-Völker immer den ehrgeizigen Plänen zur Entwicklung der Wirtschaft und den nationalen Sicherheitsinteressen untergeordnet.

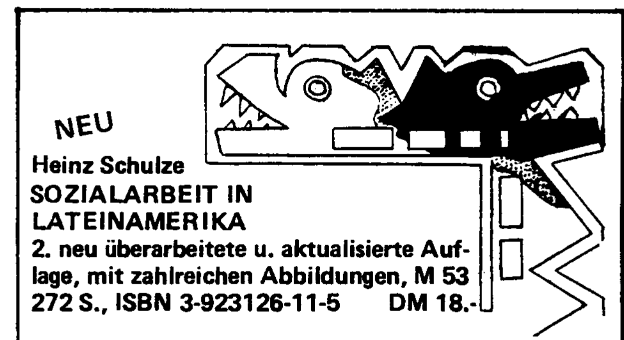
**Widerstand gegen ein neues Forstgesetz**

Im April und Mai 1982 sorgten Pläne der Zentralregierung für ein neues Forstgesetz für Aufregung in der Öffentlichkeit. Umweltschützer, Soziale Aktionsgruppen und bekannte Persönlichkeiten protestierten gegen die vollständige Aneignung der Wälder durch den Staat. Der Grund: Alarmiert durch die gallopierende Vernichtung der ehemals üppigen Wälder griff die Regierung zum Holzhammer und schrieb die Nutzung der Wälder ausschließlich den Forstbehörden zu. Die Beamten sollten polizeiliche und richterliche Vollmachten erhalten, um Gesetzesbrecher gefangenñehmen und verurteilen zu können.
Für die Adivasi hätte das Gesetz eine Kriminalisierung jener Tätigkeiten bedeutet, die seit tausenden von Jahren die Grundlagen ihrer Existenz bilden: Jagd, Fischfang, das Sammeln von Wurzeln, Früchten und Kräutern, sogar das Auflesen von trockenem Holz für den Hausbrand. Die wahren Zerstörer der Wälder, die privaten Unternehmer, die im Auftrag der Holzindustrie im großen Stil Bäume fällen lassen und auch vor illegalen Methoden nicht zurückschrecken, wären kaum an der Ausübung ihres Geschäftes gehindert worden.
Smitu Kothari, Mitarbeiter der Umweltschutzorganisation „Lokayan" berichtet in einem Interview über den Protest gegen den Gesetzentwurf: „Dieses neue, sehr autoritäre Forstgesetz, das von der Regierung geplant wurde, hätte alle im Wald Erwerbstätigen jeglicher Nutzungsrechte beraubt. Daher nahmen etwa zweihundert Gruppen aus allen Teilen des Landes untereinander Kontakt auf und starteten Aktionen gegen das neue Forstgesetz. Schließlich mußte das Vorhaben vorläufig fallengelassen werden und zur Zeit ist ein neuer Gesetzentwurf in Beratung."
Die Aktionsfront gegen das neue Forstgesetz hat gezeigt, daß sich in Indien eine breite Solidarität für die Belange der Ureinwohner entwickeln kann. Der Widerstand der eingeborenen Völker ist in den letzten Jahren stark angewachsen. Er reicht von bewaffneten Überfällen auf Militärpatroillen und -lager im Nordosten (Tripura, Manipur), vereinzelten Landnahmen und Zwangsernten durch hungernde Landarbeiter in Zentralindien bis zur Zerstörung von Einrichtungen der Forstbehörde in Chota Nagpur. Im März 1982 schrieb der bekannte Journalist und Entwicklungstheoretiker B. G. Verghese im Nachrichtenmagazin „India Today": „Das Indien der Adivasi ist ein Pulverfaß. Wenn nicht eine weisere und menschlichere Politik ersonnen wird, um eine tatsächliche Partnerschaft mit diesen Menschen zu verwirklichen, könnte bald Mittelindien und der Nordosten in Flammen aufgehen. Es gäbe dann keinen versteckten oder ausländischen Einfluß, dem man die Schuld zuweisen könnte. Die Warnung steht am Himmel geschrieben."

Rainer Hörig

## HINWEIS:

Die Regionalgruppe Berlin der Gesellschaft für bedrohte Völker besitzt eine Foto-Ausstellung mit Objekten über das Leben des Maria-Volkes.
Die Ausstellung kann dort ausgeliehen werden. Kontaktadresse: Rainer Hörig, Riemannstraße 26, 1000 Berlin 61



# Waffentests auf dem Gebiet der Innu

**Über die Benutzung des Innu-Gebietes von Ntesinan und den Gebieten der anderen nichteuropäischen Völker in Nordamerika zum Zwecke der militärischen Ausbildung, Übungen und Waffentests durch NATO-Kampfstreitkräfte.**

Im äußersten nordöstlichen Teil Nordamerikas, auf der Landmasse der Labrador-Ungave-Halbinsel lebt das Innu-Volk. Archäologische Forschungen belegen, daß das Innu-Volk dieses Gebiet seit mehr als 10.000 Jahren bzw. seit der letzten Eiszeit bewohnt und benutzt. Ihre Wirtschaft, ihre soziale Organisation und ihr kulturelles Leben, ja selbst ihre physische Gesundheit hängen fast ausschließlich von den freien, natürlichen Begebenheiten dieses Gebietes ab. Die Tiere, vor allem die Caribou (Rentierart) spielen für dieses Leben in der Wildnis eine äußerst wichtige Rolle. Noch heute ist Ntesinan, wie das Gebiet von den Innu genannt wird, die Heimat der größten nordamerikanischen Caribou-Herden.
Die Regierung der USA und der Dominion of Canada begannen jedoch 1942 in diesem Gebiet einen militärischen Luftwaffenkomplex aufzubauen, allerdings ohne Zustimmung der Innu. Seither wird dieses Gebiet von verschiedenen Luftwaffen der NATO für Trainingszwecke benützt. Auch die Deutsche Luftwaffe benützt seit 1982, gemeinsam mit anderen NATO-Streitkräften, das Gebiet für Tiefflugübungen. Die dort eingesetzten F4-Phantom Düsenflugzeuge üben mehrmals täglich, dabei fliegen sie in Höhen von ungefähr 30 Metern über der Erde mit Geschwindigkeiten von ca. 925 km/H.

Im November 1983 waren Angehörige des Innu-Volkes in der BRD, um auf ihre Probleme aufmerksam zu machen. Bei einer Pressekonferenz der Innu-Delegation in Bonn behauptete der Luftwaffensprecher Oberst Bühler, daß der Stützpunkt Goose-Bay auch für Arbeitsplätze sorge. Von den Innu-Vertretern wird diese Behauptung jedoch bestritten.
Am 6. Dezember 1983 schloß Verteidigungsminister Wörner mit den Kanadischen Militär-Sachbearbeitern im NATO-Hauptquartier in Brüssel ein Abkommen. Es räumt der Bundeswehr für die nächsten 3 Jahren Trainingsmöglichkeiten für Panzer und maximal 16 deutsche Luftwaffenflugzeuge ein. Die BRD will für die Nutzung des Gebietes 22 Millionen Canadische Dollar bezahlen. Die Innu waren weder über die Verhandlungen noch über das Abkommen informiert worden.
Bei diesem Abkommen soll es jedoch nicht bleiben. Am 9. Dezember erzählte der kommandierende Offizier der Kanadischen Streitkräfte in Goose Bay, Lt. Colonel Scott, einem CBS Reporter, daß die Bundeswehr in Kanada ein Gebiet der Größe 50 x 50 Meilen haben wolle, um es für Bombenabwürfe zu benutzen. Scott schränkte jedoch ein, daß lediglich Übungsbomben, also keine hochexplosiven, abgeworfen werden sollen. Die kanadische Regierung hat den Wünschen der Bundeswehr schon entsprochen, das der Bundeswehr zugebilligte Gebiet soll allerdings noch größer sein, als Scott angegeben hat.
Die Folge dieser Vereinbarung war die Ausweisung verschiedener Innu-Familien, da es kein Gebiet dieser Größenordnung gibt, das von Innu nicht benützt wird.

**Chronologische Auflistung der Nutzung von Ntesinan als Luftwaffenübungsgebiet:**

1965 – 1982:
*Royal Air Force trainiert mit Vulcan-Bombern*

1980 – (Mai – August):
*Die Luftwaffe beginnt mit einem Tiefflugprogramm, 6 F4-Fantoms fliegen in 5 km breiten Korridoren in zwei Bahnen nördlich und südlich von Goose-Bay. Eine Maschine geht „verloren".*

1981:
*6 F 4 Fantoms fliegen von Mai – August im gleichen Gebiet; die südliche Linie muß aufgegeben werden, das es wegen Wasservögeln beinahe zu Abstürzen gekommen wäre.*

1982:
*8 F4 Fantoms der Lufwaffe sind in Goose Bay. Die vorher angekündigten Einschränkungen sind aufgegeben, die Maschinen fliegen über dem gesamten Gebiet, wie 1980. Die Zonen, die überflogen werden, sind von den Tieren verlassen worden. Eine Gegend, in der normalerweise die Caribou ihre Kälber zur Welt gebracht haben, ist ebenfalls von den Tieren verlassen worden. Im gleichen Jahr vergrößert die US-Air Force ihr Gelände bei Goose-Bay, die Royal Air Force zieht die Vulcans zurück.*

1983:
*10 F4 Fantoms der Luftwaffe fliegen in der gleichen Gegend wie 1982; von der Royal Air Force trainieren Jaguar-Bomber im Sommer über Ntesinan. Zwei der Jaguars gehen „verloren". Es gibt mehrere Übungen der US-Air Force; im Oktober treffen die MRCA-Tornados ein.*

1984:
*10 F4 Fantoms der Luftwaffe zusätzlich im Juni/Juli Alpha-Jets und wahrscheinlich Beginn des vollen Trainings mit Royal Air Force Tornados. Zusätzlich eventuell italienisches Luftwaffentraining mit den Tornado. Die Pläne der US-Air Force sind noch nicht bekannt.*

Es ist interessant, an dieser Stelle das „Weißbuch" 1979 zur Sicherung der BRD zu zitieren:
„Um die Bevölkerung weniger zu belasten, hat die Luftwaffe den Fluglärm auf mannigfaltige Weise eingeschränkt: Generelles Flugverbot an Wochenenden und gesetzlichen Feiertagen, zeitliche Einschränkungn von Tiefflügen, keine Überschallflüge während der Nacht und möglichst auch nicht in der Mittagspause, Rücksichtnahme auf Kurorte, Heilbäder und Stadtkerne von Großstädten. An zusätzlichen Maßnahmen sind verfügt worden: Festsetzung der Mindestflughöhen für Tiefflüge bei Tag und bei Nacht, sowie einer Höchstgeschwindigkeit auf Tiefflugstrecken, Teilverzicht auf Nutzung der Tieffluggebiete, Einführung leiserer Triebwerke, strenge Überwachung der Flugdisziplin. Der Fluglärm auf Flugplätzen wird durch Lärmschutzwälle, Blenden und Aufforsten in Grenzen gehalten.
Über 65 % der Pilotenausbildung und fast 10 % der Verbandsausbildung hat die Lufwaffe in das verbündete Ausland verlegt. Damit wird der Fluglärm um eine Größenordnung vermindert, die dem Flugverkehr von sechs Kampfverbänden entspricht." (S. 169)
Welche Auswirkungen die Flugübungen auf die Caribou-Herden und auf den übrigen Wildbestand haben werden, darüber kann bisher nur spekuliert werden. Bekannt ist bisher lediglich, daß die Caribou sehr streßempfindlich reagieren auf tief- und langsam fliegende Flugzeuge. Solche Flüge, die vor allem von Flugzeugen praktiziert werden, die nach Mineralien suchen, mußten inzwischen nach einem Gerichtsverfahren eingestellt werden. Bekannt ist auch, daß Gebiete, in denen sich normalerweise Wasservögel aufhalten, und in denen häufig auch die Innu-Familien jagen, durch die Trainingsprogramme bereits ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen wurden. Wichtige Plätze sind bereits völlig von den Vögeln verlassen worden, so auch der See Snekamuk. Dort hatte der Canadian Wildlife Service eine Station, um Vögel mit Ringen zu versehen. Diese Station mußte inzwischen geschlossen werden.
Stuart Luttich von der Regierung Neufundlands und Labradors schreibt, daß sich weibliche Caribou offensichtlich nicht mehr im Lac Champdor aufhalten.
Abgesehen von der Verletzung der nationalen Integrität des Landes Ntesinan, hat die militärische Nutzung des Gebietes auch fatale Folgen für die Wirtschaft des Innu-Volkes. Den größten Teil des Jahres, von Anfang März bis Juni und von Mitte September bis Ende Dezember, ist das Innu-Volk völlig verteilt über das riesige Gebiet von Ntesinan und zwar in kleinen, mobilen Jagdcamps, die jeweils 2 – 3 Familien beherbergen. In dieser Zeit leben die Innu hauptsächlich von der Jagd der Caribou, der Wasservögel und von Tieren, die im Wasser leben, wie Biber und Fische.
Abgesehen davon, daß die Innu es aus prinzipiellen Gründen mißbilligen, daß sie durch fremde Völker bevormundet werden und daß ihr Gebiet für militärische Zwecke mißbraucht wird, sind die Innu überzeugt, daß ihre Wirtschaftsform der Selbstversorgung sich nicht vereinbaren läßt, mit der Benutzung ihres Heimatlandes als Trainingsgebiet für die Armeen fremder Länder.
Von den Kanadiern werden die Innu als Separatisten bezeichnet, aber sie weisen diesen Vorwurf zurück. „Wir haben nie zu Kanada gehört, so wenig Kanada uns gehört hat. Kanada hat nicht das Recht, uns Rechte zu erteilen. Wir verlangen die Anerkennung als selbständige Nation".

Dietmar Lückehe

**NESTLÉ**

# Unterschriftenkampagne zum Nestlé-Boykott

## 20.000 Unterschriften dem Nestlé-Konzern überreicht

Ende November wurden an den Nestle-Konzern in Frankfurt – Sitz der deutschen Nestle-Gruppe – 20.000 Unterschriften für den Nestle-Boykott aus 5 europäischen Ländern (Bundesrepublik, Schweden, Norwegen, Dänemark und Frankreich) in einem Kinderwagen überreicht.
Die Unterzeichner erklären darin ihre Weigerung, keine Nestle-Produkte mehr zu kaufen, bis der Konzern die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) über die Vermarktung von Muttermilchersatzprodukten einhält. Diese Empfehlungen sehen ein Ende der Werbung für künstliche Babymilch vor, weil der Gebrauch von künstlicher Babynahrung – besonders in der Dritten Welt – oftmals schwere Infektionskrankheiten, Durchfall, Unterernährung und sogar den Tod von Säuglingen hervorrufen kann.
Nestle hat mit über 50 % weltweit den größten Anteil im Babynahrungsgeschäft.
Die Unterschriftenkampagne zum Nestle-Boykott läuft seit einem Jahr, bereits im Mai 1983 wurden dem Nestle-Konzern in Lausanne (Schweiz) während einer Nestle-Aktionärsversammlung 110.000 Unterschriften aus 38 Ländern der Welt überreicht. In den nächsten Tagen werden in den USA und in Kanada dem Nestle-Konzern 100.000 Unterschriften für den Nestle-Boykott überreicht werden.
Insgesamt sollen eine Million Unterschriften für den Boykott gesammelt werden. Sie erinnern symbolisch an jene 1 Million Säuglinge, welche laut UNICEF jährlich an den Folgen der Flaschenernährung sterben.
Bei der Übergabe der Unterschriften in Frankfurt waren Vertreter von Organisationen, die den Nestle-Boykott bzw. die Babymilchkampagne unterstützen, stellvertretend für die 20.000 Unterzeichner anwesend. Dazu gehören die GRÜNEN im Bundestag, der Bundesverband Bürgerinitiative Umweltschutz (BBU), die Arbeitsgemeinschaft kirchlicher Entwicklungsdienste (AGKED), Medico International und der Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen (BUKO) und die schwedische Nestle-Boykott-Organisation.
Der Nestle-Boykott begann 1977 in den USA und hat sich mittlerweile auf 10 Industriestaaten ausgedehnt. (USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Großbritannien, Schweden, Norwegen, Finnland und Bundesrepublik Deutschland).
Vom 25. – 27. 11. 1983 fand in Ludwigsburg (bei Stuttgart) ein nationales Koordinierungstreffen zum Nestle-Boykott und zur Babymilchkampagne statt. Etwa 30 Vertreter von Babynahrungsaktionsgruppen, Dritte Welt-Gruppen, Grüne, Terre des Hommes – und Stillgruppen nahmen daran teil. Es wurde beschlossen, die internationale Boykottunterschriftenaktion hier in der Bundesrepublik verstärkt fortzuführen. Ebenso wurde beschlossen, noch in diesem Jahr eine Nescafe-Boykottkampagne vorzubereiten. Höhepunkt der Aktion soll im Mai 1984 – wenn sich der WHO-Kodex zum dritten Mal jährt – eine bundesweite Aktionswoche sein. Nescafe gehört zu den bekanntesten Nestle-Produkten. Durch den Boykott dieses Produktes soll der Babymilchskandal in die Öffentlichkeit getragen werden und der Konzern gezwungen werden, seine unverantwortlichen Werbepraktiken einzustellen. In Großbritannien wird in diesen Tagen ebenfalls eine Nescafe-Boykottkampagne gestartet.

**Thomas Koch**
**Aktionsgruppe Babynahrung (AGB e.V., Göttingen**
**c/o Gesundheitsladen**
**Düsterer Eichenweg 2, 3400 Göttingen**

**Zur Hintergrundinformation verweisen wir auf frühere Artikel in den „blättern des iz3w":**
**WHO-Kodex gegen Milchkonzerne, in: Nr. 94, Juni 1981, S. 23 – 25.**
**Nestle-Boykott in der BRD, in: Nr. 103, August 1982, S. 45 – 47.**

---

**Verein für entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien gegründet**

Zweck des Vereins ist es, die deutschsprachige Öffentlichkeit über die Verhältnisse und Entwicklungen in den Ländern der südostasiatischen Region zu unterrichten.
Dazu soll in den nächsten Monaten vom Vorstand eine **Südostasien Informationsstelle** eingerichtet werden. Möglichst bald soll ein regelmäßig erscheinendes Informationsblatt herausgegeben werden.
Zudem sind für die nächste Zeit vier inhaltliche Projekte geplant:

1. BRD-Interessen in Südostasien
2. Frauen in Südostasien (mit dem Schwerpunkt: Industriearbeiterinnen in Weltmarktfabriken Südostasiens unter besonderer Berücksichtigung von BRD-Unternehmen)
3. Waffenexporte nach und Militarisierung in Südostasien
4. Umweltzerstörung und Ökologie in Südostasien

Zu den jeweiligen Projekten sollen Arbeitsgruppen gebildet werden, in denen eine aktive Mitarbeit möglich ist.
Bei Interesse an einer Mitarbeit in den Arbeitsgruppen, inhaltlichen Vorschlägen oder Informationsanfragen gibt Auskunft:

**Verein für entwicklungsbezogene**
**Bildung zu Südostasien**
**Josephinenstraße 71**
**4630 Bochum 1** **Telefon: 0234 / 50 27 48**

# DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK

# Offener Brief an das BMZ

## Entwicklungshelfer wehren sich gegen Mittelkürzung

Herrn
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Karl-Marx-Str. 4 – 6
5300 Bonn 1

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

wir, Entwicklungshelfer und hauptamtliche Mitarbeiter des Deutschen Entwicklungsdienstes in Ruanda, haben mit Unmut und Besorgnis zur Kenntnis genommen, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit erhebliche Restriktionen beim Haushalt des DED für 1984 vorsieht. Die geplante nominale Steigerungsrate von 2,78 % kommt einer realen Mittelkürzung gleich und wird nach den Berechnungen unserer Geschäftsleitung einen Rückgang der Entwicklungshelferzahlen um rund 40 Fachkräfte zur Folge haben. Damit ist der DED zum ersten Mal in seiner zwanzigjährigen Geschichte gezwungen, seine Programme zu kürzen und die Zahl der Mitarbeiter zu vermindern. Die Reduzierung der EH-Zahlen wird sich auf die laufenden Programme in den einzelnen Ländern um so stärker auswirken, als der DED sich gleichzeitig erheblichem Druck von Seiten des BMZ und der privaten Gesellschafter ausgesetzt sieht, die Mitarbeit in Mali noch im Jahr 1984 aufzunehmen. Wir sind grundsätzlich für ein Engagement in diesem Land der LLDC-Gruppe; wir meinen jedoch, daß die Aufrechterhaltung der DED-Verpflichtungen in den bisherige Partnerländern, zumal bei den LLDC, Priorität hat gegenüber einer Ausweitung der Mitarbeit.
Die von Ihnen vorgeschriebenen Eckdaten für den DED-Haushalt 1984 haben speziell für das Land Ruanda zur Folge, daß

- von 14 möglichen Neuplätzen in den Bereichen Wiederaufforstung, Trinkwasserversorgung, Handwerkerförderung und Verbesserung des ländlichen Gesundheitswesens im nächsten Jahr höchstens ein Platz besetzt werden kann,
- Zusagen gegenüber den ruandischen Partnern wieder rückgängig gemacht werden müssen und
- die Kontinuität in mehreren laufenden Projekten stark beeinträchtigt wird. So müssen wir in einzelnen Projekten nahezu einjährige Interimszeiten einplanen, da uns nach einem neuen Quotensystem pro Quartal nur noch eine ganz bestimmte Anzahl Entwicklungshelfer zur Verfügung steht.

Daß hierdurch unsere Glaubwürdigkeit gegenüber dem Partner und die Qualität unserer Arbeit in Frage gestellt werden, liegt auf der Hand. In anderen DED-Ländern ist die Diskrepanz zwischen realen Möglichkeiten und auferlegter Beschränkung noch viel krasser.
Dabei gibt es keine sachlichen Gründe, das Engagement des DED insgesamt zu reduzieren. In den Partnerländern wird die Arbeit der Enwicklungshelfer hochgeschätzt und allseitig anerkannt. Das Interesse an weiteren Fachkräften des DED ist deshalb groß und man hat in der Regel keine Schwierigkeiten, sinnvolle Projekte und Arbeitsplätze zu finden.

Auch das Argument der Mittelknappheit ist unseres Erachtens nicht stichhaltig. Ein Entwicklungshelfer kostet nur ca. DM 40.000 pro Jahr. Damit ist diese Art personeller Entwicklungshilfe ungleich billiger als der Einsatz von Experten. Es müßte deshalb in Zeiten der Austerität geradezu ein Gebot der wirtschaftlichen und politischen Vernunft sein, verstärkt auf personelle Hilfe von Entwicklungsdiensten zurückzugreifen, zumal sie in bestimmten Bereichen mindestens genauso gute Arbeit leisten wie teure Expertendienste.

Der Haushalt des BMZ betrug im Jahre 1982 über 6 Milliarden DM. Davon erhielt die Kreditanstalt für Wiederaufbau 2,4 Mrd. zur Finanzierung von Großprojekten, die GTZ 894 Millionen, ebenfalls in der Regel für Großprojekte, die privaten Träger ca. 400 Millionen DM und der DED ca. 69 Millionen DM.
Vergleicht man diese Zahlen, dann wird erst deutlich, mit welch geringen Mitteln der DED wirtschaften muß. Unseres Erachtens ist das BMZ durchaus in der Lage, dem DED die fehlenden 1,6 Mio. DM für 40 Entwicklungshelfer zusätzlich zukommen zu lassen, damit wenigstens der Stand von 1983 mit 850 Entwicklungshelfern gehalten werden kann.
Angesichts dieser Tatsachen wird deutlich, daß die Reduzierung der EH-Zahlen und damit die Beeinträchtigung der laufenden Programme politisch gewollt ist und mit dazu dient, den unliebsamen, weil mit dem Etikett „Links" versehenen DED in seiner relativen Eigenständigkeit weiter einzuschränken und unter stärkerer Kontrolle zu bringen.
Sie selbst, Herr Minister, haben erst kürzlich im DED-Brief Nr. 2/83 anläßlich des 20jährigen Bestehens des DED folgendes geäußert: „Entwicklungsdienste genießen den Vorzug besonderer Nähe zu ihren Partnern. Sie orientieren sich eng an deren Bedürfnissen, sie haben aber auch ihre eigenen inneren Orientierungsdaten. In der Abwägung muß der enge Partnerbezug den Vorrang genießen."
In der Praxis hat sich jedoch gezeigt, daß bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt die Bedürfnisse unserer Partner immer mehr in den Hintergrund gedrängt werden. Nicht mehr die Wünsche der Partner auf Hilfe, Unterstützung, Ausbildung etc. stehen an erster Stelle, sondern nur noch die wirtschaftlichen Aspekte der Bundesrepublik Deutschland.
In öffentlichen Erklärungen haben sowohl Sie, Ihr Parlamentarischer Staatessekretär als auch die Bundesregierung immer wieder betont, daß die personelle Hilfe ausgebaut werden solle, freilich ist hierbei immer nur die Rede von (Senior-) Experten und integrierten Fachkräften, nicht jedoch von Entwicklungshelfern.
Wir müssen hingegen feststellen, daß es in der Realität ganz anders aussieht: Nicht die personelle, sondern die finanzielle Hilfe wird nach wie vor groß geschrieben. Da gehen Millionenbeträge in Großprojekte, deren Sinnhaftigkeit von vielen Fachleuten angezweifelt wird, vor allem weil die Länder die riesigen Folgekosten ohne eine weitere Verschuldung nicht aufbringen können.

Ihr Ministerium und damit die Bundesrepublik Deutschland verlieren durch eine solche Politik sicherlich einiges an Ansehen und Glaubwürdigkeit in den Augen der Dritten Welt.
Wir fragen Sie daher, Herr Minister Warnke:
- Stehen Sie zu Ihrem Wort?
- Nehmen Sie die Partnerwünsche wirklich ernst?
- Sind Sie tatsächlich bereit, die personelle Hilfe unter Einbeziehung des Deutschen Entwicklungsdienstes auszubauen?

Falls ja, dann sollten Sie auch danach handeln und Ihre Politik an diesen Grundsätzen ausrichten.
Hochachtungsvoll

| | | |
|---|---|---|
| Abelt, Regina | Huppertz, Hans-Iko | Schäfer, Ulrich |
| Biesel, Ingrid | Kanschik, Wolfgang | Sordini, Ester |
| Bornemann, Harald | Klemm, Günther | Rath, Silvia |
| Disselhoff, Brigitte | Landmann, Susanne | Stoll, Maria |
| Elias, Friedhelm | Loreck, Sabine | Vester, Berthold |
| Görgen, Helmut | Mühle, Hans | Wagner, Reinhild |
| Görgen, Regina | Negele, Heinrich | Wintermeier, Jürgen |
| Hackbarth, Frank | Pahsmann, Rita | Wolfarth, Dieter |
| Hohloch, Sabine | Patzke, Sigrid | Wütschner, Rita |

B. P. 186, Kigali/Rwanda




Sehr geehrte Herren,

mit großem Interesse habe ich den Artikel von Herrn Frank Ballot über Uganda („Die Perle Afrikas soll wieder glänzen") gelesen, der in Ihrer Nummer vom Dezember 1983 erschienen ist.
Was mir beim Lesen am stärksten auffiel, war die durchgehende Charakterisierung der Situation in Uganda als „ambivalent". Obote und seine Politik sind „ambivalent", Ssemogereres Politik und Position sind „ambivalent", die Wirtschaftspolitik der Regierung ist „ambivalent" – so viele Dinge in Uganda sind „ambivalent", daß man sich am Ende des Eindrucks nicht erwehren kann, der Autor sei über der Beurteilung der Lage in Uganda selbst ziemlich ambivalent geworden.
Obgleich der Autor Anzeichen für eine positive Entwicklung während der letzten drei Jahre findet, kann er andererseits nicht widerstehen, all die häßlichen Dinge zu schreiben, die in den letzten ein oder zwei Jahren in den internationalen Medien über Uganda geschrieben worden sind.
Es wirkt fast so, als habe sich der Autor selbst gezwungen, ein gutes Wort für Uganda einzulegen, sei dann aber doch der Versuchung erlegen, alle diese häßlichen Dinge zu wiederholen. Wir alle könnten dieser ambivalenten Situation ein Ende bereiten, indem wir uns an Folgendes erinnern:

1) Es kann kein Zweifel daran geben, daß das Land in allen Bereichen – Wirtschaft, innere Sicherheit, Soziales etc. – enormen Schwierigkeiten ausgesetzt war und noch immer ist. Diese Schwierigkeiten sind die unmittelbare Folge einer der schlimmsten Diktaturen unserer Zeit, einer Diktatur, die das Land an den Rand des Abgrunds geführt hatte.
2) Ebenso kann kein Zweifel daran sein, daß die Wahlen vom Dezember 1980 – ungeachtet der aus einem bestimmten Lager kommenden zynischen Bemerkungen – die Rückkehr zu einem demokratischen Leben bedeuten, ebenso wie die Rückkehr zu einer politischen Führung, deren oberstes Ziel die Wiederherstellung seiner Grundrechte ist. Während wir vor 1980 keine Perspektive hatten, haben wir heute eine. Das Land aus dem Abgrund, in den es hineingeraten war, wieder herauszubringen, ist in der Tat eine gewaltige Aufgabe, deren Lösung ihre Zeit braucht. Wir sollten nicht vergessen, daß zu zerstören immer einfacher ist und weniger Zeit erfordert, als aufzubauen. Jeder Besucher kann aber sehen, daß die Entschlossenheit der Regierung, das soziale und ökonomische Wohlergehen wiederherzustellen, uneingeschränkt und eindeutig ist.
3) Was auch immer unsere Verleumder über die Situation seit den Wahlen von 1980 sagen mögen – es ist offensichtlich, daß die letzten drei Jahre die Richtigkeit der Regierungspolitik in allen Bereichen bestätigen. Im Parlament existiert eine stabile und lebendige Opposition; Rede- und Pressefreiheit sind gewährleistet; die Wirtschaft entwickelt sich in sehr ermutigender Weise, wie auch von solchen Autoritäten wie der Weltbank oder dem Internationalen Währunsfonds (IWF) anerkannt wird; in keinem Teil Ugandas gibt es eine Hungersnot oder auch nur Nahrungsmittelknappheit; in allen Gebieten Ugandas herrschen Friede und Sicherheit, abgesehen von den Distrikten Mpigi, Mubende und Luwero, die alle Hochburgen der Democratic Party sind.

Abschließend möchte ich Folgendes feststellen:
Wir habe unsere Schwierigkeiten, aber wir kennen kein Land, das nicht auch Schwierigkeiten hätte. Wir bemühen uns, unsere Schwierigkeiten mit Entschlossenheit und Ausdauer zu überwinden.
Wir sind davon überzeugt, daß die Perle Afrikas wieder glänzen wird und heißen alle diejenigen willkommen, die gemeinsam mit uns daran arbeiten wollen, diese glückliche Situation herbeizuführen.

Hochachtungsvoll
James N. Obua-Otoa
Botschafter der Republik Uganda in
der Bundesrepublik Deutschland

*Der Brief wurde von der Redaktion aus dem Englischen übersetzt.*

# Zionismus und palästinensische Araber

**Awad Hegazi, Zionismus und palästinensische Araber. Vorwort von Erich Fried, Edition CON, Periferia Verlag, Bremen 1983, 189 S., 20,00 DM**

Die Arbeit von A. Hegazi beginnt mit einem Kapitel über die Entstehung der zionistischen Bewegung, ihrer Politik in Palästina unter dem Schutz der britischen Mandatsmacht, sowie der Gründung des zionistischen Staates und der damit verbundenen Vertreibung eines großen Teiles des palästinensischen Volkes. In einem eigenen Abschnitt werden die Ursachen für das Scheitern der palästinensischen Nationalbewegung in ihrem Kampf gegen die britische und zionistische Kolonisations-Politik aufgeführt, die der Autor in der Klassenstruktur der palästinensischen Gesellschaft, der Nahost-Politik Englands und Frankreichs, sowie der Politik der Palästina benachbarten Staaten sieht.
In sechs weiteren Kapiteln untersucht A. Hegazi die Auswirkungen des zionistischen Kolonialismus auf die palästinensische Volksgruppe in Israel anhand einiger Aspekte ihres Lebens. Dabei dient ihm jeweils die Situation vor der Gründung des zionistischen Staates als Ausgangspunkt für das Aufzeigen der Entwicklungen bis zur Gegenwart.
„Die demographische Entwicklung der palästinensischen Araber" wird im dritten Kapitel mit umfangreichem Zahlenmaterial dargestellt. Im folgenden Kapitel beschreibt der Autor die „Militärherrschaft als Instrument der Kontrolle der palästinensischen Araber und der Zionisierung des Landes." Diese war den Worten des ersten israelischen Ministerpräsidenten David Ben Gurion zur Folge errichtet worden, „um das Recht auf jüdische Ansiedlung im ganzen Staatsgebiet zu verteidigen."




**Zeitschriftentitel aus der Kolonialzeit**

Im anschließenden Kapitel über „Die zionistische Bodenpolitik" kommen die verschiedenen Gesetze und Vorwände für die massiven Landenteignungen zur Sprache, die zur Zerstörung der Agrarwirtschaft des palästinensischen Dorfes führten. Durch die zionistische Enteignungspolitik vollzog sich in der palästinensischen Gesellschaft ein radikaler Umwandlungsprozeß, in dessen Verlauf die überwiegende Mehrheit der vormaligen Bauern zu ungelernten, zumeist im Bausektor tätigen Lohnarbeitern wurden, die im Vergleich zu den Juden unterbezahlt werden.
Im siebten und längsten Kapitel über die „Erziehung der Kolonisierten" zeigt A. Hegazi die Diskriminierung der Palästinenser im Bildungswesen auf. In allen schulischen Ausbildungsstufen kommt die Unterdrückung und Entfremdung der palästinensischen Schüler in Bezug auf ihre Kultur durch die staatlich verordneten Bildungsinhalte zum Tragen. Die Geschichte des Judentums und die zionistische Ideologie nehmen einen viel breiteren Raum ein als das arabisch-islamische und christliche Erbe. Gleichzeitig wird deutlich, wie die Diskriminierung der Palästinenser in Israel in allen Lebensbereichen durchschlägt. Aufgrund des niedrigen Einkommensniveaus ist das Steueraufkommen der palästinensischen Gemeinden gering, die für den größten Teil des Schulwesens zuständig sind und dementsprechend nur über wenig Mittel verfügen. Mögliche Zuschüsse seitens der Regierung werden ausschließlich anerkannten, d.h. politisch genehmen Gemeinderäten gewährt. Bis heute wurde aber ein Drittel von diesen nicht anerkannt. Ebenfalls wegen des niedrigen Einkommens können viele Eltern nicht das Geld für die weiterführende Ausbildung ihrer Kinder aufbringen. Hat die palästinensische Bevölkerung schon unter erheblichem Lehrermangel zu leiden, so wird das Problem noch dadurch verschärft, daß Lehrer aufgrund ihrer politischen Überzeugung entlassen und Absolventen von Lehrerseminaren mit derselben Begründung gar nicht erst eingestellt werden.

Defizite in der Vorbildung, Universitätsgebühren sowie politische Auswahlkriterien sind letztlich maßgebend für die geringen Chancen, die palästinensische Bewerber auf einen Studienplatz an einer israelischen Universität haben, zumal ihnen das Studium eines großen Teils der naturwissenschaftlich-technischen Fächer aus „Sicherheitsgründen" ohnehin untersagt ist. Die wenigen erfolgreichen Universitätsabsolventen sehen sich dann der diskriminierenden Einstellungspraxis der Behörden und der Industrie gegenüber.
Der Autor geht auch auf die politische Unterdückung der Palästinenser ein, denen die in Israel geltenden demokratischen Rechte vorenthalten werden. Die Verbote von politischen Organisationen der Palästinenser führten jedoch zu einer wachsenden Politisierung, die sich namentlich in der Gründung von Berufsorganisationen ausdrückte. Verschiedene Versuche der Palästinenser auf nationaler Ebene Methoden zur Lösung ihrer Probleme zu erarbeiten, wurden durch den zionistischen Staat unterbunden, wie etwa die für Ende 1980 geplante Konferenz von Nazareth, für deren Verbot Ministerpräsident Begin die „Defense Regulation" (1) von 1945 heranzog.
Die Arbeit von A. Hegazi ist hervorragend geeignet, deutschen Lesern die vielschichtige Diskriminierung der Palästinenser im zionistischen Staat vor Augen zu führen. Zumal hierzulande – zionistischer Propaganda entsprechend – immer noch die Meinung vorherrscht, daß die Palästinenser von der israelischen Staatsgründung doch noch profitiert hätten und deutsche Israel-Touristen die Palästinenser in der Regel bestenfalls als exotische Einzelwesen, nicht aber als unterdrückte nationale Minderheit wahrnehmen.
Die übersichtliche Gliederung und die Zusammenfassung der einzelnen Kapitel machen das Buch schnell überschaubar. Vermißt wird allerdings, daß die Arbeit über eine reine Bestandsaufnahme hinaus keine Hinweise auf die politische Zukunft der Palästinenser in Israel enthält. Der Autor vertritt im Schlußwort die Auffassung, daß die Palästinenser ihren Status als Kolonisierte nur dann abschaffen können, wenn sie den Zionismus beseitigen. Wünschenswert wäre meines Erachtens gewesen, wenn er auch mögliche Wege in Richtung auf dieses Fernziel aufgezeigt hätte. Denn immerhin scheint selbst Vertretern der PLO dieses Ziel fast zu weit gesteckt zu sein, sie sprechen schon seit 1975 von einem palästinensischen Staat, den es in den seit 1967 besetzten Gebieten zu errichten gelte.

Palästinensische Organisationen in Israel betonen ihrerseits, daß der Kampf der Palästinenser in Israel für ihre nationalen Rechte nur im Bündnis mit fortschrittlichen jüdischen Kräften eine Perspektive hat. Die generelle Abqualifizierung der israelischen Juden als „zionistische Siedler", die A. Hegazi in seiner Arbeit konstant vornimmt, ist jedoch nicht dazu angetan, zu einer Verständigung zwischen beiden Völkern beizutragen.
„Zionismus und palästinensische Araber" ist zweifellos die materialreichste und bezüglich des Zahlenmaterials die aktuellste Arbeit, die gegenwärtig in deutscher Sprache zu diesem Thema vorliegt. Nun hat der Autor zwar nicht den Anspruch erhoben, die erste umfassende Abhandlung dazu erstellt zu haben. Aber es wäre schon wünschenswert, darüber Rechenschaft abzulegen, inwieweit die eigene Arbeit das Thema unter einem bisher nicht oder nur wenig beachteten Gesichtspunkt abhandelt oder ob sie lediglich die aktualisierte Form einer bereits vorliegenden Untersuchung ist. Bei der Arbeit von A. Hegazi handelt es sich um eine aktualisierte Bestandsaufnahme der seit 1970 in deutscher Sprache vorliegenden Arbeit „Die Araber in Israel" von Sabri Geries und Eli Lobel. Selbst die behandelten Aspekte stimmen überein. Bezeichnenderweise ist die oben genannte Arbeit in ihrer arabischen und deutschen Version auch die von A. Hegazi mit Abstand am häufigsten zitierte Quelle, wobei sich dem aufmerksamen Leser des Literaturverzeichnisses die Frage stellt, warum der Mit-Autor Eli Lobel unterschlagen wurde.

Herbert Saure

**Anmerkung:**

1) Die „Defense Regulations" wurden von der britischen Mandatsmacht zur Kontrolle der jüdischen Einwanderer und der zionistischen Aktivitäten im Lande erlassen. Sie werden seit 1948 vom zionistischen Staat auf die Palästinenser angewendet, obwohl sie jüdischerseits immer wieder als „faschistisch" gebrandmarkt wurden.

# DOKUMENTATION

# „Wenn ich den Namen Dan Diner höre – fange ich an zu zittern"

**Eine israelische Rezension des Sammelbandes „Der Palästina-Konflikt und was wir damit zu tun haben", hrsg. vom Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg 1983. Übersetzung aus dem Hebräischen von Ursula Spehl.**

*Wir drucken im Folgenden eine Rezension unseres im Sommer 1983 erschienenen Buches zum Palästina-Konflikt ab, die in der vielgelesenen israelischen Abendzeitung JEDIOTH AHARONOT erschienen ist. Wir sehen keine Möglichkeit, uns inhaltlich mit den in der Rezension erhobenen Vorwürfen auseinanderzusetzen. Wer sich die Mühe macht, im Buch selbst nachzulesen oder in den „blättern des iz3w" Nr. 106, 107, 109, 110, wo die Beiträge zuerst abgedruckt waren, wird feststellen, daß die Zitate falsch widergegeben sind. Der Rezensent dokumentiert, daß er seinerseits nicht zu einer Auseinandersetzung bereit ist. Er ignoriert den in* a l l e n *Beiträgen des Buches enthaltenen Grundsatz der Anerkennung des Staates Israel. Und er ignoriert den in* a l l e n *Beiträgen angelegten Maßstab des Unabhängigkeits- und Selbstbestimmungsrechts der Völker, in diesem Fall des israelischen* u n d *des palästinensischen Volkes.*
*Wir drucken die Rezension als Dokument ab. (d. Red.)*

## ISRAELISCHER EMIGRANT MACHT IN DEUTSCHLAND PROPAGANDA FÜR DIE PLO

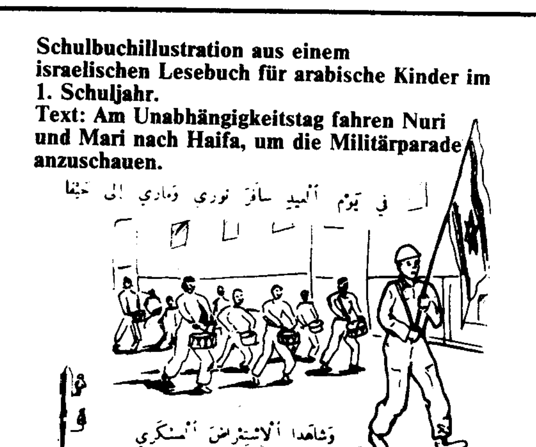
**Von Schlomo Schemger[1]);**

Wenn ich den Namen Dan Diner höre – fange ich an zu zittern. Ich bin dem Menschen nie begegnet, aber sein Name ist mir wohl bekannt. Wo immer sich in Deutschland Zions-Hasser versammeln – da findet man auch den Israeli mit dem deutschen Paß (oder, andersherum, den Deutschen mit dem israelischen Paß), der gegen den Zionismus hetzt und überhaupt gegen die Existenz eines jüdischen Staates.
Woher der 37jährige Dozent an der Universität Frankfurt soviel pathologische Wut schöpft gegen das Land, in dem er aufgewachsen ist – das herauszufinden muß Psychiatern überlassen werden. Die Feindschaft von Arafat gegen uns ist gar nichts im Vergleich mit der feindseligen Haltung, die jener an den Tag legt, der ehemals Vorsitzender der jüdischen Studenten in Deutschland war.
Es überraschte mich daher nicht, seinen Namen unter den Autoren eines neuen pro-palästinensischen Sammelbandes zu finden, der kürzlich in Deutschland erschienen ist. Der Titel des 264 Seiten umfassenden Buches lautet: „Der Palästina-Konflikt und was wir damit zu tun haben", erschienen beim „Informationszentrum Dritte Welt" in Freiburg, welches das Lager der extremen Linken in Deutschland versorgt. Rund ein Dutzend Autoren präsentieren ihre mehr oder weniger „fortschrittlichen" Meinungen voll von Gift, Heuchelei und Ignoranz. Fast allen ist Israel, seine Politik und die zionistische Motivation ein Dorn im Auge. Dr. Diner ist zwar bereit, sich mit einer jüdischen Volksgruppe im Lande abzufinden, aber den Kolonialstaat namens Israel gilt es von der Landkarte zu tilgen, denn die Existenz solch eines rassistischen Staates ist mit Diskriminierung, Unterdrückung und Vertreibung der Palästinenser verbunden und kann nicht geduldet werden.

Die übrigen Teilnehmer an diesem Verleumdungs-Pamphlet stehen dem Emigranten Diner nicht viel nach:
Friedhelm Ernst fühlt den Schmerz der Juden mit, die von Benjamin Zeev Herzl verführt und aus den Gettos der

Diaspora in ein einziges großes Getto gebracht wurden. Für ihn sind „die historischen Rechte des Volkes Israel auf sein Heimatland nichts als plumpe Propaganda der israelischen Regierung für interne Bedürfnisse." „Die Revisionisten bezogen ihre Inspiration aus dem italienischen Faschismus, und die Demokratie in Eretz Israel kümmerte sie nicht", usw.[2])
Bernhard Merk behauptet, daß die Zahlungen aus Deutschland „das den Palästinensern zugefügte Unrecht noch verstärken" und zum Ausbau des Rüstungsapparates und zur israelischen Expansion beitrugen. Auf jeden Fall „muß das zionistische Gebäude zerstört werden, auf welche Art ist nicht so wichtig"[3]). Die Regierung in Bonn muß aufgefordert werden, jegliche Hilfe an Israel einzustellen und die „freiwerdenden" Gelder verschiedenen Projekten zukommen zu lassen, z. B. Studenten der Bir Zeit-Universität, der PLO oder „kritischen oder linken" jüdischen Organisationen.[4])
Über die Illustrationen, die das Buch zieren, und über deren künstlerisches Niveau, kann mit Schweigen hinweggegangen werden. Der Anhang des Buches enthält eine Rezension des neuesten Werkes von Dan Diner: „Keine Zukunft auf den Gräbern der Palästinenser" (aus der Feder von Mariele Pelster, die es lobt – aber zugibt, daß der Stil Diners umständlich sei und seine Ideen vage und unrealistisch) sowie Listen von Büchern und Filmen, die demjenigen empfohlen werden, der sich weiter in das Thema vertiefen möchte. Und die erste aufgeführte Adresse, an die man sich wenden kann, um weitere Informationen zu erhalten, sagt bereits alles: das Propaganda-Büro der PLO in Bonn.

1) Übersetzung der Rubrik: „Hier Bonn" aus JEDIOTH AHARONOT (Tel Aviv), 25. Dezember 1983.
2) Die Rückübersetzung der als angebliche Zitate ausgewiesenen Stellen folgt wörtlich dem hebräischen Text. Der deutsche Originaltext der einzigen hier in Frage kommenden Stelle lautet: „Das Problem der dort (d. h. in Eretz Israel) lebenden Araber... war für die Revisionisten insofern nicht wichtig, da für sie, die sich am italienischen Faschismus orientierten, die Frage der Demokratie in 'Eretz Israel' nicht zur Debatte stand." (Der Palästina-Konflikt, Seite 20).
3) Der deutsche Originaltext zum ersten Zitat lautet: „Über die Aufbauhilfe für den Staat Israel wurde so die – teilweise durch das Nazi-Unrecht an den Juden geschaffene – Unrechtssituation in Palästina gefestigt." (Seite 158). – Der deutsche Originaltext zum zweiten Zitat lautet: „Zur Verwirklichung einer gemeinsamen Perspektive von Juden und Arabern in diesem Raum ist es sicherlich notwendig, die zionistischen Strukturen des Staates Israel zu überwinden (ganz gleichgültig, welche der z. Z. diskutierten Lösungen schließlich verwirklicht wird)." (S. 166).
4) Der deutsche Originaltext lautet: „Die materielle und politische Unterstützung verschiedener Projekte (Studenten der Bir Zeit-Universität z.B.) oder Bewegungen (PLO, kritische bzw. linke jüdische Organisationen) darf diese Forderungen an die Bundesregierung (zum Abbruch der Entwicklungshilfe für Israel) nicht ersetzen, ist aber selbstverständlich kein Widerspruch zu denselben." (Seite 166).


**Schulbuchillustration aus einem israelischen Lesebuch für arabische Kinder im 1. Schuljahr.
Text: Am Unabhängigkeitstag fahren Nuri und Mari nach Haifa, um die Militärparade anzuschauen.**

## CHRIFTENÜBERSICHT

**.hrichten,Nr. 80/1983**
ır und Dürre in Nordostbrasilien: „Man- .nich für reich, aber meine Kinder müssen arbeıı... – Agrarreformprogramme in Brasilien – Dürreopfer = Opfer struktureller Gewalt – Notizen aus der Dürre – Interview mit Dr.Mark Münzel – Strafen gegen Priester bestätigt – Bücher-, Zeitschriftenschau – Karte: Dürre im Nordosten.
Bezug: Lichtenbergstr. 1, 4500 Osnabrück, 7,00 DM

* * *

**Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 74, Dezember 1983**
Weg von der Resignation – Material- und Medienbörse – Wende beim BMZ – Bericht über eine gelungene Aktion – Vorstellung einer neuen BUKO-Mitarbeiterin – Pharma-Brief, Agro-Brief, Frauen – Veredelungs- oder Verelendungswirtschaft, Buchbesprechung, Protokolle, Offene Briefe
Bezug: FEA-Ferlag, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

* * *

**edp-Entwicklungspolitik Nr. 2/84**
Richtlinien über Rüstungsexport – Protektionismus – Exportkredite – Quito-Konferenz – Rohstoff-Fonds – Kontroverse um die „Wende" – Südafrika-Kodes – USA – Zimbabwe – SPD – Westsahara
Analyse: Die Fragesteller sind zu befragen (Annette Niemeyer) – Kriege in der Dritten Welt (Bernhard Moltmann) – Durch Rüstungsexporte Unterentwicklung (Herbert Wulf) – Die Expansion der Bundesdeutschen Rüstungsexporte (M. Brzoska) – Südafrikas Rüstungsautarkie – ein Mythos (P. Ripken) – Dokumentation: Stellungnahme der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung zum Hearing „Rüstung und Entwicklung" – Liste der Fragen des Hearings –
Bezug: epd, Friedrichstr. 2 - 6, 6000 Frankfurt /m.
Einzelnummer: 3,– DM, Jahresabo: 52,20 DM

**Entwicklungspolitische Korrespondenz (EPK), 4/1984**
Grenada – oder: Gehört die Welt den USA? – Vorgeschichte der US-Intervention – Augenzeugenbericht – Politik Kubas gegenüber Grenada – Briefwechsel Bishop - Reagan – New Jewel Movement – Weltbank zu Grenada – US-Politik – US-Wirtschaftsinteressen in der Karibik – Deutsche Politiker zur Grenada-Invasion – Oressepolitik der USA
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19, Einzelpreis 5,– DM

* * *

**Guatemala Post, 3/83, Dezember**
Streiflichter, Kommentar – Briefe von drüben – Nachrichten aus Guatemala – Zentralamerika – Dokumente – Verelendung der Maya in Guatemala-Lesermeinung
Bezug: Missionswerk ständiger Diakone Rottenburg-Stuttgart, Rechbachweg 2a, 7076 Waldstetten, erscheint unregelmäßig

* * *

**AIB - Antiimperialistisches Informationsbulletin, Nr. 2/1984**
Schwerpunkt: Mittelamerika: Nicaragua: Hat der Frieden noch eine Chance – Lehren der Grenada-Invasion für Mittelamerika – Bericht von den Arbeitsbrigaden – Interview: Interventionsbasis Honduras – Interview mit Fidel Castro – Angola: Der unablässige Aggressionsdruck – Rückkehr zur „freien Wirtschaft" unter islamischem Gewand (Iran) –– Tunesien: Die Hungerrevolte. Berichte über Namibia, Palästina, Zypern, Brunei... Rezensionen, Infodienst, Kurzinformationen
Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg
Doppelheft: 4,50 DM, Einzelheft 2,50 DM, Jahresabo 25,– DM

## TAGUNGSHINWEISE

„Freihandelszonen-Hilfe für wen?", 2. – 4.3.1984 Niederstadtfeld
„Unsere Zukunft – hier und in der sog. 3. Welt", 31.3. – 1.4., Niederstadtfeld
„Die Fragwürdigkeit westlicher Entwicklungsmodelle – dargestellt am Beispiel Indien", 18. – 20. 5. 1984 in Niederstadtfeld
Informationen und Anmeldung für die o.g. Tagungen: Lernwerkstatt, Brunnenstr. 1, 5531 Niederstadtfeld

---

Seminare zum Thema: „Genossenschaften – Selbsthilfe, Sozialutopie oder neue Lebensform?"
1.) 17. – 19. 2. 1984 Planspiel: Aufbau einer Genossenschaft /eines kollektiven Betriebs
2.) 15. – 17. 6. 1984: Computer in Alternativprojekten
Information und Anmeldung bei: Dialog-Bildungswerk, Kreutzbergstr. 14, 4901 Hiddenhausen 6

---

„Probleme der landwirtschaftlichen Entwicklung in Mosambik", 9. – 11.3.1984, Bornheim,
Information und Anmeldung: Koordinierungskreis Mosambik, F. Escher, An dem Heerwege 20, 5800 Hagen

---

„Neuere Entwicklungen in Äthiopien", 2. – 4. März 1984, Bonn
„Wie vermittele ich meine Erfahrungen als Entwicklungshelfer in einer Gruppe?", 16. – 18. März 1984, Maulbronn
„Frauen in der Dritten Welt" (Seminar für Frauen), 6. - 8. April 1984, Vogelsburg/Würzburg
„Mitwirkung der ländlichen Bevölkerung an der Entwicklung ihrer sozialen und natürlichen Umwelt", 11. – 13.5. 1984 in Münster
„Dritte Welt als Thema in der Friedensdiskussion", 25. – 27. Mai 1984, Niederstadtfeld
Information und Anmeldung für die o.g. Tagungen: Kübel-Stiftung, Darmstädter Str. 100, 6140 Bensheim 1




„Sarvodayabewegung in Indien und Sri Lanka von Gandhis Tod bis heute", 4. – 6. Mai 1984, Wustrow
„Global 2000", 18. – 20. Mai 1984, Wustrow. Beide Tagungen in der Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktionen, Kirchstr. 14, 3131 Wustrow

---

Aktion „Hungern nach Frieden und Gerechtigkeit"
- „Frieden und Entwicklung in der ökumenischen Bewegung", 24. – 26. 2. 1984, Frankfurt
- Einführung in die Aktion, 3. – 4. 3. 1984, Emmerich
- „Rüstungsexport", 3. – 4. 3. 1984, Sievershausen
- „Hunger durch Überfluß", s2. – 4. 3. 1984, Frankfurt
- „Hungern nach Frieden und Gerechtigkeit", 23. – 25. März 1984, Höchst

Information und Anmeldng bei CFD-Aktion Hungern, Rendelerstr. 9 – 11, 6000 Frankfurt 60

---

Kieler Alternativ-Buchmesse „mini-press", 4. – 6. 5. 1984, Information bei Kunstforum Kiel, Wilhelmshavenerstr. 4, 2300 Kiel 1

---

BUKO-Vorbereitungsseminar „Probleme entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit-Aktionsformen entwicklungspolitischer Solidaritätsarbeit", 10./11. März 1984, Düsseldorf. Information und Anmeldung bei BUKO, Nernstweg 32 – 34, 2000 Hamburg 50

Gabi MEIER
Hinterkirchstr. 7
78 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg